

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Junge Welt



Vielen Dank für 1.869 Abonnements. Wir brauchen aber

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 19. FEBRUAR 2024, NR. 42 2,10 EURO (DE), 2,40 EURO (AT), 2,80 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

Unvergessen

Gedenkdemonstration in Hanau vier
4 Jahre nach dem rassistischen
Anschlag

Ungeahnt

Anders als oft behauptet, sind die
5 Sozialausgaben in der BRD nicht
besonders hoch

Unpolitisch

Andreas Dresens »In Liebe, Eure
11 Hilde« im Wettbewerb der
Berlinale. Von Kai Köhler

Un

Frag
12



»Kriegstreiber unerwünscht«: Linkes Aktionsbündnis mobilisiert am Samstag gegen »Sicherheitskonferenz«

Kriegstaum...

Krieg nach Außen = Repression im Innern

In dieser Ausgabe u.a.:

Berlin: Palästina-Kongress polizeilich gestürmt und verhindert

Interviews:

mit Mosche Zuckermann: »Dieser Zionismus ist in einer Sackgasse gelandet«
mit Omar Barghouti zur Boykottbewegung gegen das israelische Apartheidregime

»Die Partnerschaft zwischen dem Apartheidstaat Südafrika und Israel
suchte auf der Welt ihresgleichen«

Palästina-Kongress gestürmt und verboten

Der Versuch, den Solidaritätskongress mit dem palästinensischen Volk vom 12. bis 14. April in Berlin zu behindern oder gar zu verbieten, hat immer repressivere Formen angenommen. Je näher der Zeitpunkt des geplanten Kongresses rückte, desto verleumderischer wurde die mediale Kampagne, hinter der die jüdische Gemeinde, der Berliner Senat und die sie tragenden Parteien standen. Jegliche Kritik am israelischen Staat und seinen Regierungen wurde mit Antisemitismus gleichgesetzt. Seit dem 7. Oktober 2023 wird zugleich auch von einem »israelbezogenen Antisemitismus« geredet, so als würden Personen, insbesondere moslemische Mitbürger:innen, ihren »Judenhass« hinter der Kritik an der israelischen Regierung ausleben. Das stimmt weder mit den historischen Tatsachen überein, noch wird es durch aktuelle Ereignisse belegt. Es soll nur jegliche Solidarisierung mit dem palästinensischen Volk im Nahost-Konflikt diffamieren und kriminalisieren und die israelkritischen Stimmen mundtot machen. Dies gelingt angesichts der Kriegsverbrechen der israelischen Armee in Gaza und den Absichten der rechtsextremen israelischen Regierung zur Vertreibung der Palästinenser aus Gaza und aus dem Westjordanland immer weniger. Auch in der deutschen Bevölkerung wächst die Kritik am mörderischen Vorgehen der israelischen Armee.

Dem wollte der Kongress Ausdruck verleihen: *»Deutschland erklärt Recht zu Unrecht. Deutschland unterstützt einen Genozid. [...] Gemeinsam werden wir mit Stimmen der palästinensischen Bewegung und der internationalen Gemeinschaft Anklage gegen die israelische Apartheid, Genozid und die deutsche Mitschuld erheben.«¹*

Gegen diese Absicht hatte sich eine »Querfront« fast aller Parteien gebildet – von der AfD über die Unionsparteien, die Vertreter der Ampelkoalition bis hin zum rechten Flügel in der Partei DIE LINKE (stark vertreten vor allem im Vorstand des Landesverbands Berlin). Sie alle setzten sich gegen die Abhaltung des Palästina-Solidaritätskongresses ein und forderten dessen Verbot.² Da ein gesetzliches Verbot nicht möglich war, entschieden sich die Verantwortlichen durch die polizeiliche Stürmung den Kongress zu beenden. Sie sind bereit, ihre eigene Gesetzgebung zu missachten, wenn die Umstände dies erfordern oder sie es für opportun und möglich erachten. Von einem Teilnehmer erhielten wir darüber folgende Schilderung:

»Weil die Polizei den Einlass stundenlang verzögerte und dann nur 250 Teilnehmer zuließ, sahen wir uns den Kongress auf dem Livestream an. Die Videobotschaft von Salman Abu Sitta wurde nach wenigen Minuten unterbrochen und dann auch der Livestream abgestellt. Der Bildschirm wurde schwarz.«

Die Begründung der Polizei war, dass gegen Salman Abu Sitta, einen palästinensischen Forscher und Diskus-

sionspartner israelischer Friedensaktivisten, ein Betätigungsverbot in Deutschland bestehe. Obwohl die Polizei mit den Rechtsanwälten der Veranstalter zuvor die Rednerliste ohne Beanstandungen durchgegangen war, erfuhr diese erst nachträglich von dem Betätigungsverbot – das aber rechtlich ohnehin nur gilt, wenn die Person anwesend ist. Allein diese Entscheidung der Polizei war bereits rechtswidrig, erst recht die Auflösung des Kongresses, die sie auf die Vermutung stützte, »weitere« rechtswidrige Äußerungen würden fallen, obwohl es solche gar nicht gegeben hatte.

Die Veranstalter hatten die Intelligenz der staatlichen Repressionskräfte auf eine harte Probe gestellt, indem sie einen weiteren Abu Sitta zur Konferenz eingeladen hatten, nämlich Dr. Ghassan Abu-Sittah, seines Zeichens Rektor der Universität von Glasgow – dieser sollte über seine Erfahrung von 43 Tagen in Krankenhäusern in Gaza berichten. Er wurde am Flughafen BER dreieinhalb Stunden lang im Untergeschoss festgehalten und befragt (im Un-

Heft Nr. 2/3 · Juli 2024 · Jahrgang 65

Palästina-Kongress gestürmt und verboten	2
Zur Entstehung der deutschen Staatsräson	7
Interview:	
»Dieser Zionismus ist in einer Sackgasse gelandet«	11
Zur Boykottbewegung gegen das israelische Apartheidregime	15
»Die Partnerschaft zwischen dem Apartheidstaat Südafrika und Israel suchte auf der Welt ihresgleichen«	17
Veranstaltung: Wege zu Frieden und Gerechtigkeit für alle – in Israel und Palästina	20
»Laut gegen Rechts« in Bremen	22
Polizeigewalt gegen Antifa und Repressionen in Italien	24
Ostermarsch:	
Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg – Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!	25
Veranstaltung:	
»Tag des Sieges« oder »Befreiung vom Faschismus«?	29
Vor 75 Jahren verstarb der kommunistische Theoretiker und Internationalist August Thalheimer	32
Robert Siewert. Eine Biographie	36
Nachruf: Jürgen Schramm (1949 – 2014)	38

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des
Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de

1 Aus dem Aufruf »Palästina Kongress – Wir klagen an!«
2 Siehe: stern.de, spiegel.de, tagesspiegel.de, zentralratderjuden.de, ...



Der Polizeieinsatz vor und auf dem Palästina-Kongress verhinderte dessen Durchführung · Fotos: Ingo Müller

terschied zum Faschismus wurde er nicht gefoltert) – und dann nach London zurückgeschickt. Ihm wurde ein Betätigungsverbot in Deutschland ausgesprochen – auch bei ersatzweise verschickten Videos würde er sich strafbar machen.

Dr. Ghassan Abu-Sittah ist 55 Jahre alt, aber plastischer Chirurg – sollte er womöglich sein Gesicht verjüngt haben, um die Behörden am Erkennen des 87-jährigen Salman Abu Sitta zu hindern? Oder haben die wackeren Ordnungskräfte auf der Versammlung in ihrer Hast, der höheren Orts angeordneten Vorwandsuche nachzukommen, das am Flughafen ausgesprochene Betätigungsverbot für den 55-jährigen Ghassan auf das Video des 87-jährigen Salman bezogen? Da wir den Verantwortlichen nicht unterstellen wollen, sie könnten Namen nicht lesen, empfehlen wir ihnen zumindest die Anschaffung geeigneter Brillen. Oder gilt bereits Sippenhaft?»

Ähnlich erging es auch anderen eingeladenen Rednern. Das »Handelsblatt« vermeldete am 14. April 2024: »Deutsche Behörden verhängen Einreiseverbot gegen Varoufakis. Griechenlands Ex-Finanzminister sollte einer der Topredner des umstrittenen ‚Palästina-Kongresses‘ werden. Doch die Behörden verhinderten seinen Auftritt.«

Das Anwält:innenkollektiv Berlin zieht in seiner umfangreichen juristischen Stellungnahme vom 13. April folgendes Resümee: »Wir können nur davon ausgehen, dass das Thema Palästina und die Diskussion um den dort stattfindenden Genozid, trotz mehrfacher einstweiliger Anordnungen des IGHs [Internationaler Gerichtshof], mundtot gemacht werden sollen. Und dies trotz der deutschen Beteiligung am Genozid, die derzeit in Den Haag verhandelt wird. Mit der nationalen und internationalen Aufmerksamkeit für die Repression gegen den Palästina-Kongress ist jetzt wohl das Gegenteil eingetreten.«

DEMO IN BERLIN:

»Christen, Juden und Muslime – gegen eure Kriegsmaschine!«

war einer der Slogans, die auf der Demo am Samstag, den 13. April, als Reaktion auf die Be- und Verhinderung des Palästina-Kongresses: »Wir klagen an!«, gerufen wurden. Am Neptunbrunnen vor Berlins Rotem Rathaus versammelten sich ab 14.00 Uhr neben den palästinensischen Gruppen und Familien auch eine Vielzahl derer, die gegen die ungeheure Repression der deutschen Poli-

zei, der Staatsanwaltschaft und aller beteiligten Behörden ihren Protest zeigen wollten.

Anfänglich waren es vielleicht tausend, die mit unzähligen Fahnen und vielen Slogans die Komplizenschaft Deutschlands mit der Besatzung und dem Genozid am palästinensischen Volk anprangerten. Viele Statements unterstrichen die Solidarität *aller* Kriegsgegner des Gazakrieges, egal welcher Herkunft, welcher Religion, welcher Sprache. Die Frauen und Männer der jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost waren vertreten, ebenso palästinensische StudentInnen und unübersehbar ganze Familien – Groß und Klein, Alt und Jung –, neben den palästinensischen Aktivist:innen, denen es immer wieder gelang, die vielen Menschen mitzureißen und zu lautstarken Sprechchören zu bewegen. So entstand ein bunter Reigen deutscher, englischer und arabischer Slogans, und die Stimmung war radikal, entschlossen und nicht zu überhören. Über den Menschen wehten hunderte rot-grün-weißer Fahnen und die Zahl der Teilnehmer wuchs noch weiter an. Nach anderthalb Stunden setzte sich die Demo in Bewegung Richtung Brandenburger Tor. Die Polizei lief an den Seiten Spalier, was angesichts des Charakters der Demo eher als Provokation zu bewerten ist. Aber nichtsdestotrotz behielt die Demo ihre kämpferische und lebendige Ausstrahlung, etliche Zuschauer reihten sich in den Zug ein. Die Schätzungen der gesamten Veranstaltung und Demonstration bewegten sich zwischen drei- und viertausend Teilnehmer:innen.

Internationale Reaktionen

Auch in den Redaktionen der internationalen Presse stieß das Verbot des Kongresses auf Resonanz.

So schreibt die **Washington Post** am 13. April 2024: »Ghassan Abu Sitta, ein plastischer Chirurg, der im vergangenen Jahr 43 Tage lang Verwundete in Gaza-Stadt versorgte, sagte, er sei am Berliner Flughafen drei Stunden lang verhört worden, bevor ihm mitgeteilt wurde, dass er nicht einreisen dürfe. Ihm sei auch mitgeteilt worden, dass er keine Videos aufnehmen dürfe, die bei Veranstaltungen in Deutschland in diesem Monat gezeigt werden könnten. [...] ‚Heute haben wir gesehen, wie sich Komplizen eines Verbrechens verhalten‘, sagte Abu Sitta bei einer Demonstration vor der deutschen Botschaft in London, nachdem er wieder in Großbritannien angekommen war, und bezog sich dabei auf die Unterstützung Isra-

els für den Krieg durch Berlin. ‚Komplizen eines Verbrechens versuchen, die Beweise zu verbergen und die Zeugen zum Schweigen zu bringen.‘«

Die Zeitung der Redakteure (Efsyn) aus Griechenland schreibt am 13. April: »Deutschland untersagt Varoufakis die Einreise in das Land und jegliche politische Tätigkeit im Land.

Die Entscheidung betrifft auch zwei palästinensische Akademiker, die an der Palästina-Konferenz in Berlin teilnehmen sollten. In einer beispiellosen ‚autoritären Entscheidung‘, wie MP25 anprangert, hat das deutsche Innenministerium ein ‚Betätigungsverbot‘ für den Sekretär von Yanis Varoufakis erlassen. Grund dafür war offenbar seine Teilnahme an der Palästina-Konferenz, die durch polizeiliches Einschreiten gestoppt wurde. Das Einreise- und Betätigungsverbot gilt auch für zwei Akademiker, die ebenfalls an der Palästina-Konferenz teilnehmen sollten, die von den deutschen Behörden mit der Begründung verboten wurde, dass sie von ‚Mitgliedern der israelfeindlichen Boykottbewegung BDS, Mitgliedern linksextremer Gruppen und Sekten‘ organisiert werde. Um die Berliner Konferenz zu unterbrechen, drangen Polizeikräfte in das Gebäude ein, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte. Das ‚Betätigungsverbot‘ für Yanis Varoufakis, aber auch für den Akademiker Salman Abu Sitta und den Chirurgen und Rektor der Universität Glasgow, Ghassan Abu Sittah, der am Berliner Flughafen verhaftet und einem dreistündigen Verhör unterzogen wurde, beinhaltet nicht nur ein Einreiseverbot nach Deutschland, sondern auch ein Verbot der Online-Teilnahme und der Aktivität bei politischen Veranstaltungen im Land.«

Die schottische Zeitung **The National** meldet am 12. April: »Rektor der Universität Glasgow gewaltsam an der Einreise nach Deutschland gehindert.

Dr. Ghassan Abu-Sittah, ein britisch-palästinensischer Mediziner, beklagt, er sei zu einer Konferenz in Berlin eingeladen worden, um über seine Arbeit als Chirurg in Gaza zu sprechen, aber ihm wurde die Einreise verweigert. Abu-Sittah ist ein weltweit führender Experte für kriegsverletzte Patienten und Kinder und wurde letzten Monat zum Rektor der Universität Glasgow gewählt. ...

Er sagte: ‚Ich wurde eingeladen, auf einer Konferenz in Berlin über meine Arbeit in den Krankenhäusern von Gaza während des gegenwärtigen Konflikts zu sprechen... Die deutsche Regierung hat mich gewaltsam an der Einreise in das Land gehindert...Einen IGH-Zeugen des Völkermordes zum Schweigen zu bringen, macht Deutschland mitschuldig an dem andauernden Massaker.‘

Abu-Sittah war unmittelbar nach den Angriffen auf Israel am 7. Oktober in Gaza. Aufgrund seiner Erfahrungen als Mediziner während der israelischen Belagerung des Gazastreifens wurde er in Südafrikas Völkermordklage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) zitiert. Sein Zitat in der IGH-Klage lautet: ‚Da war ein Mädchen, dessen ganzer Körper mit Schrapnellen übersät war. Sie war neun Jahre alt. Am Ende musste ich diese Wunden ohne Betäubung und ohne Schmerzmittel wechseln und reinigen. Es gelang mir, etwas intravenöses Paracetamol zu finden, das ich ihr geben konnte ... ihr Vater weinte, ich weinte, und das arme Kind schrie ...‘

Owen Jones, ein Mitarbeiter von *The National*, verurteilte die Nachricht, Abu-Sittah sei die Einreise nach Deutschland verwehrt worden. Er sagte: ‚Ein Skandal... Ghassan Abu Sittah ist ein britisch-palästinensischer plastischer Chirurg, der den ersten Monat des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen mit deutschen Waffen miterlebt hat...Jetzt hat Deutschland ihm die Einreise verboten, um ihn daran zu hindern, Beweise für die Verbrechen zu liefern, die der deutsche Staat ermöglicht hat.‘

Der Green Party-Abgeordnete Ross Greer teilte seine Empörung ebenfalls online. Er sagte: ‚Ich bin entsetzt, aber nicht überrascht, dass die deutsche Regierung den Rektor der Universität Glasgow so behandelt...Sie können versuchen, die Zeugen von Israels Verbrechen zum Schweigen zu bringen, aber das macht sie nur noch mitschuldiger.‘

Abu-Sittah hat eine umfangreiche Karriere in der rekonstruktiven Chirurgie und der Hilfe für Kriegsverletzte hinter sich. ... Die deutsche Botschaft ist um eine Stellungnahme gebeten worden.«

Fortführung des Kongresses aus den Wohnzimmern

Da der Kongress verboten war, konnten sich die Referent:innen nur noch über Live-Schaltungen aus und in ihren Wohnzimmern treffen. Hier nun die verabschiedete Abschlusserklärung:

**RESOLUTION DES PALÄSTINA-KONGRESSES 2024
BERLIN, DEN 14. APRIL 2024**

Wir klagen an. Die Palästinenser:innen erleiden einen Völkermord.

Israel vernichtet Gaza und seine Bevölkerung. Mehr als 40.000 Palästinenser:innen wurden bis Ende März durch das israelische Militär getötet. In Gaza starben seit Oktober 2023 mehr Kinder als in allen weltweiten Konflikten von 2019 bis 2022. Fast alle Bewohner:innen Gazas wurden aus ihren Wohnorten vertrieben. Mehr als eine Million Menschen leiden an schwerem Hunger. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Medizin ist unterbrochen. Infrastruktur, Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Verwaltungsgebäude und Wohnblocks wurden zerbombt.

Die Ermordung Zehntausender und die Vertreibung Hunderttausender konstituieren einen Genozid. Die israelische Kriegsführung zielt auf die Zerstörung der palästinensischen Nation und darauf, deren mit der Nakba 1948 begonnene Vertreibung aus Palästina zu vollenden und zur Flucht nach Ägypten oder in andere Länder zu zwingen.

Die Bundesregierung leistet Beihilfe zum Völkermord.

Deutschland ist der zweitwichtigste Waffenlieferant für den Genozid. Seit Oktober 2023 verzehnfachte der Bundessicherheitsrat bestehend aus Olaf Scholz, Wolfgang Schmidt, Annalena Baerbock, Boris Pistorius, Christian Lindner, Nancy Faeser, Marco Buschmann, Robert Ha-



Palästina-Block auf dem diesjährigen Ostermarsch · Foto: Ingo Müller

beck und Svenja Schulze sowie seinen Besitzern Carsten Breuer, Dörte Dinger, Steffen Hebestreit und Günter Sautter die Waffenlieferungen an Israel.

Deutschland leugnet den Genozid. Nach der Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofes, der Anzeichen für genozidale Bestrebungen seitens des israelischen Staates sah, war es Vizkanzler Robert Habeck, der erklärte, dass der Vorwurf des Völkermordes »jeglicher Grundlage entbehre«. Die Mehrheit der privaten und öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender als auch deutscher Zeitungen beteiligt sich an einer Desinformationskampagne.

Deutschland unterstützt die genozidale Hungerpolitik der israelischen Regierung. Während sich bereits im Januar 2024 die Hungersnot in Gaza ausbreitete, erklärte die Ministerin für Zusammenarbeit Svenja Schulze, die humanitäre Unterstützung Deutschlands an die Palästinenser:innen und die UNRWA einzustellen. Die westliche »Notversorgung« durch eine Luftbrücke und auf dem Seeweg fungiert letztlich als humanitäre Flankendeckung für den Krieg.

Die Versammlungsfreiheit, die Organisationsfreiheit, die Freiheit von Presse und Wissenschaft werden eingeschränkt, um Proteste für einen Waffenstillstand zum Schweigen zu bringen. Dies geschieht durch Verordnungen der Innenminister. Es geschieht auch mit der Unterstützung regionaler und lokaler Politiker:innen, sowie der bereitwilligen Ausführung deutscher Polizist:innen und Verwaltungsbeamt:innen. Dass viele dieser Verordnungen »legal« sind, zeigt, wie groß der repressive und antidemokratische Spielraum in Deutschland bereits seit Jahrzehnten ist. Heute werden Gesetze in Bundes- und Landesparlamenten debattiert, die fundamentale demo-

kratische Rechte für jede und jeden dauerhaft und tiefgreifend einschränken werden.

»Nie Wieder« für alle.

Der Genozid in Gaza stellt daher ähnlich wie der Vietnam Krieg eine Zäsur in Deutschland dar. Die Regierung unterstützt schamlos und vor der Weltöffentlichkeit einen Völkermord. Der Lärm der Bombardements in Palästina wird nur durch das Verharmlosen, ja das vielfach dröhnende Schweigen zu den Kriegsverbrechen übertroffen. Deutsche Politiker:innen bemühen eine zynische Neuinterpretation der Geschichte und rechtfertigen im Namen des »Nie Wieder« ihre Unterstützung eines Genozids.

Wer mit der Tötung von israelischen Zivilist:innen am 07. Oktober die Zerstörung und Ermordung der gesamten palästinensischen Zivilisation in Gaza rechtfertigt, begräbt auch jeden Anspruch auf Menschlichkeit und Demokratie. Die deutsche Regierung versucht diesen Genozid mit dem Recht auf »Selbstverteidigung« zu rechtfertigen. Gleichzeitig spricht sie allerdings den Palästinenser:innen, die seit 76 Jahren Entrechtung und Vertreibung erleben, jedwedes Recht ab. Diese werden vielmehr rassistisch diffamiert, Protest wird unter den Generalverdacht des »importierten Antisemitismus« gestellt. Hinter dieser Hetze und Diffamierung steht ähnlich wie zu Zeiten des Vietnam-Kriegs kalte geo-strategische Berechnung, insbesondere des deutschen und US-amerikanischen Imperialismus. In solchen Berechnungen gelten nicht alle Menschenleben gleichviel. Wir stellen uns gegen diese Entmenschlichung und die hinter ihnen stehenden Interessen.

Widerstand ist gerechtfertigt.

Wir, die Teilnehmer:innen des Palästina Kongresses, erklären unseren Widerstand gegen diese aggressive und verbrecherische Politik. Wir verpflichten uns, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Vollendung des palästinensischen Genozids und damit eines weiteren Genozids unter deutscher Beihilfe zu verhindern.

Wir erklären, die Namen der verantwortlichen deutschen Entscheidungsträger:innen nie zu vergessen. Ihre Schuld ist nicht reinzuwaschen. Heute klagen wir sie moralisch an. Doch wir werden nie ruhen, bis sie zur Rechenschaft gezogen wurden.

Wir wissen, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Waffenlieferungen an Israel und die Kriegstreiberei der Regierung ablehnt. Trotz Lügen, Diffamierung und Hetze wird mehr und mehr Menschen bewusst, dass die Politik der deutschen Regierung zum Völkermord und zur Vertreibung von Millionen Menschen führt. Wir wenden uns an diese Menschen, unsere Kolleg:innen, Nachbar:innen, Mitschüler:innen: Erheben wir uns gemeinsam, damit der Genozid gestoppt wird, damit die Menschen Gazas, die Menschen Palästinas leben können. Durchbrecht gemeinsam mit uns das Schweigen und erhebt diese Forderungen. Schließt euch unserer Bewegung gegen Genozid und Krieg an.

Vereinen wir unsere Kräfte mit den Palästinenser:innen, die für ihre Freiheit kämpfen und mit der internationalen Bewegung gegen den Genozid. Schließen wir uns Millionen von Menschen an, die weltweit auf die Straße gehen, um ihre Regierungen unter Druck zu setzen. Vereinen wir unsere Kräfte mit den Protesten von Arbeiter:innen in Katalonien, Italien, Belgien und Indien, die sich geweigert haben, an Flughäfen und Häfen Kriegsgüter zu beladen. Vereinen wir unsere Kräfte mit den Aktivist:innen, die in England Blockaden und Besetzungsaktionen gegen die britische und israelische Rüstungsindustrie organisiert haben.

Unser Kampf für die Lebenden, für die Befreiung und Selbstbestimmung Palästinas!

- Sofortiger Waffenstillstand, sofortiger Rückzug der israelischen Armee · Vollständige Aufarbeitung aller begangener Kriegsverbrechen.
- Sofortige Aufhebung jeglicher Beschränkungen humanitärer Hilfe nach Gaza und die volle Ausfinanzierung der UNRWA.
- Sofortige Öffnung aller Grenzübergänge von Rafah bis Allenby. Reißt die Apartheidsmauern ein.
- Vollständige Reparationen Israels, Deutschlands und weiterer Verbündeter an das palästinensische Volk.
- Sofortige Einstellung jeglicher militärischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Unterstützung Israels durch den deutschen Staat sowie ein umfassendes Militärembargo.
- Sofortiger Rückzug der Bundeswehr, der US-Armee und aller NATO-Truppen aus dem Roten Meer und dem Nahen Osten! Nein zu Aufrüstung und Sondervermögen der Bundeswehr für den Krieg!
- Nein zu der Verwendung der zionistischen IHRA-Definition durch jegliche Institutionen oder staatliche Be-

hörden, nein zur Legitimierung des Genozids im Schulunterricht. Stoppt die Exmatrikulation von Studierenden und Entlassungen von Lohnabhängigen, die sich mit Palästina solidarisieren!

- Schluss mit der Kriminalisierung und Repression der Palästina-Solidaritätsbewegung in Deutschland. Sofortiger Stopp jeder Kriminalisierung palästinensischer Organisationen und Individuen sowie aller Abschiebungen. Öffnung der Grenzen und Aufnahme aller Geflüchteten bei vollem Recht auf Wohnen, Bildung und Arbeit.
- Durchsetzung des Rückkehrrechts der palästinensischen Geflüchteten sowie Ende des seit über 76 Jahren andauernden zionistischen Siedlerkolonialismus und der ethnischen Säuberung des gesamten besetzten Palästinas.

Wir rufen dazu auf, diese Forderungen in Vereinen, Parteigliederungen, Gewerkschaften, Betriebsversammlungen, Studierenden- und Schüler:innenvertretungen, in Kollektiven und Clubs einzubringen, zu diskutieren und zu unterstützen.

Denn die Verantwortung liegt bei uns. Zur Verwirklichung dieser Ziele rufen wir zu einer breiten Kampagne von Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen den israelischen Staat in Deutschland auf. Wir fordern die Offenlegung aller Geschäftsbeziehungen und Verträge deutscher Unternehmen mit Israel!

Wir rufen Gewerkschaften, Beschäftigte und die Bevölkerung dazu auf, Waffenlieferungen aus Deutschland zu stoppen. Wir fordern die Gewerkschaften auf, dem Aufruf ihrer palästinensischen Schwesterorganisationen zu folgen und eine international koordinierte Kampagne gegen das Morden zu organisieren. Jegliche Rechtfertigung und Unterstützung des Genozids in jedweder Form sind durch Streiks, Blockaden, Besetzungen oder zivilen Ungehorsam zu stoppen.

Beteiligt euch an der bundesweiten Aktionswoche vom 15. bis 22. April anlässlich des Tages der palästinensischen Gefangenen. Heute hält der israelische Staat weit über 10'000 palästinensische Menschen, darunter viele Minderjährige, im Verstoß gegen internationales Recht und Kriegsrecht als Geiseln.

Mobilisiert und organisiert gemeinsam mit uns zentrale Großdemonstrationen am 15. und 18. Mai in Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main und weiteren Städten. Wir rufen euch auf, die europaweite Nakba-Demonstration am 19. Mai in Brüssel zu unterstützen. Lasst uns anlässlich des 76. Jahrestages der Nakba, der Vertreibung des palästinensischen Volkes aus ihren Heimstätten und Dörfern, bundesweit und international koordiniert ein Zeichen gegen Genozid, Vertreibung und Spaltung setzen.

Denn wir, palästinensische und jüdische, deutsche und internationale Stimmen wissen: Frieden kann es nur auf Basis von Gleichheit und Gerechtigkeit herrschen, nur wenn die Unterdrückung der Palästinenser:innen voll und ganz beendet ist. Wir kämpfen für ein Ende des zionistischen Siedlerkolonialismus und seiner Apartheidpolitik vom Jordanfluss bis zum Mittelmeer, einschließlich des Rückkehrrechts aller palästinensischen Geflüchteten. ■



Friedensdemonstration gegen das Massaker im Gaza-Streifen am 4. November 2023 in Berlin · Fotos: Umbruch-Bildarchiv/heba

■ DEUTSCH-ISRAELISCHE BEZIEHUNGEN:

Zur Entstehung der deutschen Staatsräson

Auf dem Ostermarsch in Berlin berichtete Fanny Michaela Reisin (Mitglied bei »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.«) über die Kontosperrung für ihren Verein durch die Berliner Sparkasse. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die herrschende Staatsräson der BRD. »Die ‚deutsche Staatsräson‘ wurde von der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Ansprache vor der Knesset anlässlich des 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels [...] weltöffentlich proklamiert!«¹ Die deutsch-israelischen Beziehungen, die 1965 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführt hatten, waren von Beginn an durch die Unterstützung des zionistischen Staates und seiner Ausdehnungs- und Vertreibungspolitik geprägt. Hinter den besonderen Beziehungen der BRD zum Staat Israel verbarg sich das geostrategische Interesse der »westlichen Welt« und ihres Militärpaktes, der NATO. Für die Öffentlichkeit wurde es als Ver- und Aussöhnung eines geläuterten Deutschlands mit den Juden in Israel und der übrigen Welt dargestellt und gefeiert.

Beziehungen mit Hindernissen

Die Annäherung zwischen der BRD und Israel reicht zurück zum Beginn der 1950er Jahre. Darauf sind wir schon in der Arpo 4/23 eingegangen. Damals war Westdeutschland nicht geläutert, über die Vergangenheit wurde geschwiegen. Die alten Nazi-Kader hatten ihre Posten (beispielsweise in der Verwaltung und Polizei) behalten oder ihre neue Karriere als lupenreine »entnazifizierte Demokraten« begonnen. Die Politik in der BRD wurde bestimmt durch eine breite Übereinstimmung, von der Adenauer-Regierung bis zur Sozialdemokratie, um die Westanbindung zu festigen und der BRD einen Beitritt zur 1949 gegründeten NATO zu eröffnen. »In den frühen 1950er Jahren begannen die Verhandlungen zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion, dem Vorsitzenden der Jewish Claims Conference Nahum Goldmann und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer. [...] 1952 wurde das

Luxemburger Abkommen geschlossen. Fast gleichzeitig liefen die Verhandlungen zum Londoner Schuldenabkommen. Die Ratifizierung beider Verträge war die politische Vorbedingung, um den Besatzungsstatus aufzuheben.«² Der Weg für eine vollwertige Mitgliedschaft in der »westlichen Wertegemeinschaft« war frei und 1955 trat die BRD der NATO bei.

Sowohl in der israelischen Bevölkerung als auch im Parlament stieß das Luxemburger Abkommen auf Kritik. Die rechtsnationalistische und zionistische Partei Cherut unter Menachim Begin und die linke Arbeiterpartei Mapam lehnten das Abkommen ab. Sie warfen »den Befürwortern vor, die Würde der Opfer zu missachten, wenn sich die Mörder mit ‚Blutgeld‘ von ihrer Schuld loskaufen wollen.«³ Aber der junge israelische Staat war auf die politische, militärische und finanzielle Hilfe angewiesen, die er aus den Vereinigten Staaten erhielt. Ohne sie hätte er seine Armee nicht zur stärksten militärischen Kraft in der Region ausbauen können. Auch die BRD sollte und wollte ihren Beitrag dazu leisten.

Die moralischen Bedenken gegen die Zahlung des »Blutgelds« wurden von der Regierung unter Ben Gurion beiseite geschoben, um sich die vereinbarten finanziellen Zuwendungen durch die BRD zu sichern. Dabei störte es die israelische Regierung nicht, dass in der Bundesrepublik zahlreiche Vertreter der faschistischen Diktatur – Verantwortliche für die Rassegesetze und den Holocaust – erneut hochrangige politische Ämter bekleiden konnten. Einer von ihnen war die rechte Hand Adenauers, Ministerialdirektor Hans Globke, einer der Autoren der Nürnberger Rassengesetze.

Nicht nur in Israel, auch in der Bundesrepublik war damals die Ablehnung groß; nur 11 % der Bevölkerung stimmten zu Beginn der 1950er Jahre nach einer Umfrage des Allensbach Instituts der Aussöhnung mit Israel vorbehaltlos zu. Diese Ablehnung wurde deutlich bei der Bundestagsabstimmung über den Luxemburger Vertrag im März 1953. »Nur die Fraktion der SPD stimmte geschlossen zu, dagegen verweigerten Abgeordnete der CDU/CSU in großer Zahl ihre Zustimmung, obwohl Kon-

1 Rede von Fanny Michaela Reisin von der »Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in NO« auf dem Ostermarsch

2 aus Wikipedia »Deutsch-israelische Beziehungen«

3 aus Wikipedia »Deutsch-israelische Beziehungen«

rad Adenauer den Vertrag schon aus moralischen Gründen für notwendig und als unerlässliche Vorbedingung für die Westintegration bezeichnete.«⁴ Der rechte Flügel in der Union – damals Stahlhelm-Flügel genannt – und Teile der FDP votierten dagegen.

Der Beginn der deutsch-israelischen Beziehungen war also nicht bestimmt durch moralische Erwägungen oder den Wunsch nach Versöhnung, auch wenn dies zu Jahrestagen und bei feierlichen Anlässen immer wieder zelebriert wird. Hinter ihm standen sowohl ganz profane materielle Interessen als auch geostrategische Überlegungen und Übereinstimmungen, wie sie durch die NATO vorgegeben waren. Im Spätsommer 1957 wurden diese gemeinsamen Interessen auf einem Geheimgespräch der Verteidigungsministerien der BRD und Israels besiegelt. Franz Josef Strauß bekannte sich gegenüber seinem israelischen Amtskollegen Shimon Peres zur Verantwortung Deutschlands für das Überleben des israelischen Staates. Er vereinbarte Rüstungshilfen samt ihrer Finanzierung in Höhe von 300 Millionen Deutsche Mark. Das war de facto die Geburtsstunde der deutschen Staatsräson gegenüber Israel.

Israel war zu diesem Zeitpunkt der verlässlichste Partner der NATO im Nahen Osten im Ringen gegen das sozialistische Lager und die sich aus diesem Gegensatz herausgebildete Bewegung der blockfreien Staaten, dem auch viele arabische Mitgliedsstaaten angehörten. Es war also der gemeinsame (Klassen)-Feind auf der weltpolitischen Bühne, der Israel und die BRD zusammenschweißte noch bevor 1965 beide Staaten diplomatische Beziehungen aufnahmen. Zu den wichtigsten israelischen Verbündeten gehörten neben den USA, dem südafrikanischen Apartheid-Regime auch die BRD. Dennoch drohte die Aufnahme offizieller Beziehungen immer wieder gestört zu werden durch das Bekanntwerden von Details aus der NS-Vergangenheit prominenter Politiker der BRD. Diese Tatsachen und Enthüllungen sollten der Öffentlichkeit vorenthalten werden, um die Normalisierung der Beziehungen nicht zu erschweren. Ein aufschlussreiches Beispiel war der

Eichmann-Prozess im April 1961 in Israel.

Über das Eingreifen des Bundesnachrichtendienstes – vom Nazi-General Reinhard Gehlen (Chef der »Abteilung Fremde Heere Ost«) aufgebaut und bis 1968 als dessen Präsident geleitet – erläuterte Gaby Weber im Deutschlandfunk am 11. April 2011:

»[...] Monatelang beherrschte der Prozess in Jerusalem die Schlagzeilen der Weltöffentlichkeit. Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Organisator der Deportationen in die NS-Vernichtungslager, war gewaltsam aus seinem südamerikanischen Versteck geholt worden, um seinen Richtern zugeführt zu werden. [...]

Das Auswärtige Amt schickte einen Prozessbeobachter. Und der Bundesnachrichtendienst nahm den Journalisten Rolf Vogel unter Vertrag, um sicherzustellen, dass in Jerusalem nichts öffentlich erörtert würde, was dem Ansehen der Adenauer-Regierung schaden könnte. Im Bundeskanzleramt fürchtete man, dass sich der Ange-

klagte vor Gericht als Befehlsempfänger darstellen würde. Konkret ging es um Hans Globke, Autor der Nürnberger Rassengesetze, der im Dritten Reich Ministerialrat im Reichsinnenministerium war. Er hatte als »erfahrener Jurist« an Sitzungen teilgenommen, bei denen geplant wurde, wie man sich das Vermögen der im Ausland deportierten Juden einverleiben könnte. 1960 saß er als allmächtiger Staatssekretär im Bundeskanzleramt und beaufsichtigte den Bundesnachrichtendienst. Wenn seine Rolle während des Nationalsozialismus in Jerusalem zur Sprache gekommen wäre, wäre dies für Konrad Adenauer sehr peinlich gewesen.

Doch der BND zog hinter den Kulissen die Fäden und sorgte dafür, dass sich die Richter ausschließlich auf die Judenverfolgung beschränkten. Andere Themen wie das braune Exil in Argentinien nach 1945, die Zusammenarbeit der deutschen Konzerne mit den Nazis und die SS- und Gestapoleute, die immer noch hohe Posten bekleideten – darüber schwiegen sich alle Prozessteilnehmer aus. [...] Eichmann belastete Globke vor seinen Richtern nicht. [...] Am Ende der Beweisaufnahme, nachdem Eichmann erklärt hatte, Globke nicht zu kennen, zahlte die Adenauer-Regierung über 600 Millionen D-Mark an die Regierung in Jerusalem. [...]

So gelang es mögliche Hindernisse der deutsch-israelischen Annäherung unter »den Teppich zu kehren«. Weder »die Zusammenarbeit der deutschen Konzerne mit den Nazis« noch, dass »die SS- und Gestapoleute [...] immer noch hohe Posten bekleideten«, kamen vor der Öffentlichkeit zur Sprache. Die Annäherung zwischen der BRD und Israel konnte ungehindert fortgesetzt werden.

Gemeinsame Interessen gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen

Bereits 1956 hatte Israel seine wichtige Funktion für den Westen unter Beweis gestellt. Die Verstaatlichung/Nationalisierung des unter britischer Kontrolle stehenden Suezkanals durch den ägyptischen Präsidenten Gamar Abdel Nasser wollten die alten Kolonialmächte nicht hinnehmen. »Nach ergebnislosen internationalen Verhandlungen über die Nutzungsrechte am Suezkanal planten Frankreich und Großbritannien, den zu einem »Hitler vom Nil« stilisierten Nasser zu stürzen. Großbritannien, Frankreich und Israel vereinbarten daher, dass Ägypten zuerst von Israel auf der Halbinsel Sinai und am Gazastreifen angegriffen werden würde und Großbritannien und Frankreich dann im Rahmen eines als Vermittlungsmission getarnten Luftlandeangriffs den Suezkanal besetzen und fortan dauerhaft kontrollieren würden.«⁵

Die militärische Intervention blieb erfolglos, weil die USA ihren europäischen Verbündeten bei der Wahrung ihrer unmittelbaren kolonialen und ökonomischen Interessen keine politische und militärische Hilfe gewähren wollte. Die europäischen Kolonialmächte erwiesen sich als zu schwach, die alte imperiale Ordnung im Nahen Osten zu sichern. 1962 musste sich Frankreich nach der Niederlage gegen die algerische Befreiungsorganisation FLN endgültig aus Nordafrika zurückziehen. Algerien wurde unabhängig.

4 aus Wikipedia »Deutsch-israelische Beziehungen«

5 aus Wikipedia »Suezkrise«

Die Vereinigten Staaten («als erneuerter bzw. moderner Imperialismus») übernahmen zunehmend die Rolle und Funktion der bisherigen europäischen Kolonialmächte. Die USA wurden zum wichtigsten Verbündeten Israels. Durch die umfangreiche finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung ermöglichten sie den Ausbau der israelischen Armee zur größten und schlagkräftigsten Armee in der Region – trotz der sehr geringen Bevölkerungszahl im Vergleich zu seinen arabischen Nachbarn.

Im Gefolge des US-Imperialismus segelte die Bundesrepublik. Sie nahm Kurs auf die volle diplomatische Anerkennung Israels und die vorbehaltlose Unterstützung von dessen Ausdehnungs- und Vertreibungspolitik – seit den Kriegen von 1967 an bis heute. So fiel Israel mit Unterstützung durch die USA und die BRD im Juni 1967, im Sechstagekrieg, in einem als »Präventivkrieg« gerechtfertigten Eroberungsfeldzug in Jordanien, Syrien und Ägypten ein. Seither hält es völkerrechtswidrig das Westjordanland, die Golanhöhen und den Gazastreifen besetzt. Die bürgerlichen Medien in der Bundesrepublik jubelten: Die Schlagzeile der Bild-Zeitung lautete »**SIEG! Dajan⁶ – Der Rommel⁷ Israels**« und »Der Spiegel« erschien unter dem Titel »**Israels Blitzkrieg**«. Von der deutschen Sozialdemokratie über die bürgerliche Mitte bis zu den extremen Nationalisten reichte die Begeisterung. Kommentare und Überschriften legten den Konsumen

menten derartiger Presseorgane nahe, dass die deutsche Wehrmacht in der israelischen Armee endlich einen würdigen Nachfolger gefunden habe.

Das Hauptargument zur Unterstützung lautete damals: Israel sei die einzige Demokratie im Nahen Osten, die deren Werte gegen den wachsenden Einfluss des Kremls verteidigen könne. Zahlreiche Nahost-Staaten mit ihrem verkündeten und angestrebten Modell des »panarabischen Sozialismus« drohten zu einer fünften Kolonne Moskaus zu werden. Hinter der westlichen Propaganda vom Gegensatz zwischen »Demokratie und Diktatur«, worunter sie die Länder des sozialistischen Lagers fassten, verbargen sich die materiellen Interessen der handelnden Akteure aus den NATO-Staaten. Es ging um die Aufrechterhaltung des alten, imperialen und kolonialen Einflusses gegen die seit 1945 gewachsenen Unabhängigkeitsbestrebungen in Asien, Afrika und Südamerika. Israel, mit seinem Konfrontationskurs gegenüber den rebellischen arabischen Nachbarn, bot sich als verlässlicher Partner des »demokratischen« Westens an. Hinter dem Gerede von der gemeinsamen Verteidigung der Demokratie verbargen die westlichen Staaten ihre ökonomischen Interessen und geostrategischen Ziele.

Die »Aufarbeitung« und Instrumentalisierung der deutschen Vergangenheit

Zwar stellte die Studentenbewegung 1968 viele Fragen nach der NS-Vergangenheit ihrer Mütter und Väter und kritisierte das Schweigen darüber. Sie prangerte die Nazi-Vergangenheit von Hochschullehrern, Rektoren wie auch führender Politiker an. Aber der Einfluss der alten NSDAP-Mitglieder und deren Mitläufer auf allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens und in den Parteien des Bundestages war noch sehr groß. Der überwiegende Teil der Bevölkerung war nicht sonderlich interessiert, die politischen Funktionsträger in den etablierten Parteien erst recht nicht. Es blieb ein Thema des linken politischen Spektrums. Dies begann sich erst Jahrzehnte später, ab 1995 zu ändern. Die Wehrmachtsausstellung zeigte erstmals öffentlich die enge Verstrickung der deutschen Armee an den rassistischen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges. Bis dahin galt sie in der breiten BRD-Öffentlichkeit als tadellose und soldatischen Tugenden verpflichtete Truppe. In der Folge begannen auch Forschungen zu den NS-Verstrickungen der bundesdeutschen Ministerien.

Drei Jahrzehnte später, mit Bildung der ersten rot-grünen Regierung auf Bundesebene (1998–2005), waren Vertreter, die 1968 im Verlauf der Studentenbewegung politisiert worden waren, bei ihrem »Marsch durch die Institutionen« an die Schalthebel der Regierung gelangt. So der ehemalige Jungsozialist Gerhard Schröder als Bundeskanzler und der ehemals »linksradikale« Haus- und Straßenkämpfer Joschka Fischer als sein Außenminister. Ihnen blieb es vorbehalten mit Hinweis auf die angebliche Verantwortung Deutschlands wegen seiner NS-Vergangenheit ihre Politik zu rechtfertigen. »*Es war ein wirklicher Schock, dass Milosevic bereit war, zu handeln wie Stalin und Hitler: einen Krieg gegen die Existenz eines ganzen Volkes zu führen*«, erklärte Joschka Fischer dem amerikanischen Nachrichtenmagazin ‚Newsweek‘.



Im August 1966 war Dajan mit US-Truppen im Vietnamkrieg unterwegs. · Quelle: wikipedia



Rommel (links) und Hitler beim Abschreiten einer Ehrenformation in Goslar, September 1934. · Quelle: wikipedia

6 Mosche Dajan war während des Sechstagekriegs israelischer Verteidigungsminister

7 Generalleutnant Erwin Rommel seit 1941 Befehlshaber des Afrika-Korps der Deutschen Wehrmacht

Auf die Frage, ob er eine direkte Parallele zwischen den Ereignissen im Kosovo und der Nazizeit sehe, antwortete der Grünen-Politiker und deutsche Außenminister: »Ich sehe eine Parallele zu diesem primitiven Faschismus. Es ist offensichtlich: Die 30er Jahre sind wieder da, und das können wir nicht akzeptieren.«

Es gibt mittlerweile wohl kaum ein Ministerium, welches sich nicht mit Forschungsergebnissen zu dem Thema der eigenen NS-Vergangenheit schmückt. Ihnen allen ist gemein, dass sie im Rahmen personeller Recherchen zu alten Nazi-Verbindungen verbleiben – und dies, nachdem die Betroffenen seit Jahrzehnten verstorben sind. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge sind kein Gegenstand dieser Forschungen, entsprechende Fragen werden nicht aufgeworfen und bleiben im Dunkeln.

Die während der Studentenbewegung gewonnenen Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus – sie drückte sich aus in der Parole »Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muss weg!« – wurde ersetzt durch eine rein moralisierende Betrachtung der NS-Herrschaftsformen und insbesondere des Holocaust. Dadurch ließ sich der Hinweis auf die besondere deutsche Verantwortung in Einklang bringen mit den Erfordernissen, die von einem Bundeskanzler Schröder und seinem Außenminister Fischer vom deutschen Kapital eingefordert wurden. Es sollten die letzten, kümmerlichen Überreste in den ehemals sozialistischen und jugoslawischen Staaten beseitigt werden, damit sie kompatibel sind für eine Mitgliedschaft in der EU. Die Instrumentalisierung der Verbrechen des deutschen Faschismus hätte ohne solche Vertreter in den Grünen und der Sozialdemokratie kaum eine solche Glaubwürdigkeit und Breite entfalten können. Sie reicht aktuell hinein bis in die Partei »Die Linke« und in etliche Antifa-Gruppen, wie deren Stellungnahmen zu Gunsten der rechtsextremen israelischen Regierung zeigen.

Die »Lebenslüge (West)Deutschlands« soll aufrechterhalten bleiben

Angesichts der Beteiligung am Krieg gegen Russland und am israelischen Völkermord in Palästina erfährt die Instrumentalisierung der Vergangenheit und die Verkehrung in ihr glattes Gegenteil einen neuen Höhepunkt. Als Weltmeister bei der »Aufarbeitung« der eigenen Geschichte versuchen die Vertreter der Ampelkoalition ihre politischen Schlussfolgerungen weltweit durchzusetzen und stoßen auf immer stärkere Ablehnung. Die Kritik am »deutschen Werte-Imperialismus« und seinen Kriegsbeteiligungen wird breiter und heftiger. Dies zeigt sich in der Klage Nicaraguas vor dem Internationalen Gerichtshof gegen die BRD wegen Beihilfe zum israelischen Völkermord.

All dies dürfte ein Grund gewesen sein, um den Kongress zu Palästina von der Polizei stürmen und verbieten zu lassen. Die Gegner der deutsch-israelischen Kumpagnei beim Völkermord in Gaza sollen sich nicht formieren und öffentlich zu Wort melden können. Auf die Frage der »Jungen Welt« »Wovor hat die Bundesrepublik Angst?«, antwortete Nadija Samour. »Ich denke, es wird mit Angst

regiert, aber dahinter stehen knallharte Interessen. Ich halte nichts von der Erklärung, das hätte etwas mit der deutschen Schuld für den Holocaust zu tun. Mag sein, dass die Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof Eindruck machen. Vielleicht haben die Herrschenden Angst davor, dass nicht mehr zu leugnen ist, dass sie hier einen Völkermord unterstützen.«

Mit deutscher Gründlichkeit bemühen sich Berliner Behörden weiterhin, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Über zwei Beispiele berichtete die »Junge Welt« am 24. April 2024.

»Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hatte in seiner Pressemitteilung Nr. 87 die Schließung der beiden Jugendzentren [»Phantalisa – Raum für Mädchen* und junge Frauen*« sowie »Alia – Zentrum für Mädchen* und junge Frauen*«] bekannt gegeben. Ohne vorherige Ankündigung oder Anhörung. Hiermit beenden wir den zwischen Frieda e. V. und dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin – Jugendamt – bestehenden Leistungsvertrag aufgrund des nachfolgend beschriebenen Sachverhaltes mit sofortiger Wirkung, heißt es in dem Brief. [...] Darauf folgt eine Liste von vermeintlichen Vergehen: Anwesenheit bei Kundgebungen und Demonstrationen, an denen Mitarbeitende des Vereins in ihrer Freizeit teilgenommen haben sollen, sowie auch das ‚Liken‘ von palästinasolidarischen Posts in privaten Social-Media-Profilen.«

Nach einer Polizeiaufgabe, kafkaesk genannt »Versammlungsfreiheitsgesetz«, durfte auf dem Palästina-solidarischen Camp in der Nähe des Reichstagsgebäudes weder arabisch, gälisch (irisch) noch hebräisch gesprochen werden – nur Deutsch oder Englisch waren erlaubt. Diese Auflage galt für Rede- und Musikbeiträge. Erst als Mitglieder der Jüdischen Stimme dort abends gemeinsam mit allen Anwesenden ein traditionelles jüdisches Fest feiern wollten, wurde von der Polizei das Sprechverbot für Hebräisch ab 18 Uhr aufgehoben. Es handelte sich übrigens um den Seder-Abend, der an das Leiden, die Unterdrückung und letztendliche Befreiung des jüdischen Volkes aus der ägyptischen Unterdrückung erinnert. Gerade hiermit wollten die mit dem Protestcamp solidarischen Jüdinnen und Juden ihre Verbundenheit mit den Menschen in Gaza ausdrücken.

Protestcamp geräumt

Inzwischen erreichten uns aktuelle Bilder von der Räumung des »Protestcamp gegen Israels Krieg in Gaza und dessen Unterstützung durch die Bundesregierung« auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude. Aufgrund scheinheiliger Begründungen von wiederholten Straftaten und Auflagenverstößen wurde eine neue Gefahrenprognose erstellt und das Camp gewaltsam geräumt. Die Veranstalter legten laut eigenen Angaben einen Eilantrag gegen das polizeiliche Verbot vor. Zeitgleich wurden in den Vereinigten Staaten die zahlreichen Protestcamps an den Universitäten durch die Polizei aufgelöst.

A.B., 28. April 2024 ■

8 »taz« vom 13. April 1999

9 »Junge Welt« aus der Wochenendbeilage vom 20./21.04.2024



Friedensdemonstration gegen das Massaker im Gaza-Streifen am 4. November 2023 in Berlin · Fotos: Umbruch-Bildarchiv/heba

■ INTERVIEW MIT MOSHE ZUCKERMANN

»Dieser Zionismus ist in einer Sackgasse gelandet«

Das nachstehende Interview mit Moshe Zuckermann veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der "Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung".

Es erschien zuerst in italienischer Sprache in der Zeitschrift »manifesto« vom 8. November 2023. Es wurde geführt von Sveva Haertter. Die deutsche Übersetzung des Interviews stammte vom Gewerkschaftsforum Hannover. Auf Bitten der Z-Redaktion hat Zuckermann das Interview im Januar 2024 noch einmal überarbeitet und um einige aktuelle Passagen ergänzt. Moshe Zuckermann ist ein deutsch-israelischer Soziologe und emeritierter Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv. Er ist Autor von Büchern über den Nahost-Konflikt, darunter »Israels Schicksal. Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt« (The Fate of Israel. How Zionism purses its decline). Er gehört zu der Gruppe von Wissenschaftler:innen aus den Bereichen Geschichte des Holocaust, Judaistik und Nahost-Studien, die im Jahr 2021 die »Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus« verfassten. In dieser Erklärung heißt es: »Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden.«

Für die Israelis stellt der 7. Oktober eine Zäsur dar. Wie tief ist sie?

»Sehr tief. Ich glaube nicht, dass ich übertreibe, wenn ich sage, dass sich die Israelis aufgrund des völligen Versagens der Armee und der Geheimdienste nicht nur vom Staat im Stich gelassen fühlen, sondern auch das Gefühl haben, dass der israelische Mythos der Sicherheit untergraben wurde. Es war nicht einmal wie im Jom-Kippur-Krieg von 1973: Damals starben Soldaten, nicht Zivilisten. Diesmal waren ganze Ortschaften völlig sich selbst überlassen und einem Angriff ausgesetzt, der nie zuvor, weder von der Hamas noch von einer anderen israelfeindlichen Gruppierung, verübt wurde. Gegenwärtig herrscht Krieg, es wurden daher noch keine Maßnahmen ergriffen, um die Regierung zu stürzen oder eine Untersuchungskommission einzusetzen, die das Militär und die Dienste zur Rechenschaft ziehen würde. Aber es ist ganz klar, dass Netanjahu für die Menschen am Ende ist, und genauso der Likud. Früher oder später wird es einen Regierungswechsel geben. Das Problem besteht indes da-

rin, dass man sich wieder im Krieg befindet, und ich muss Ihnen nicht sagen, wie die Lage im Gazastreifen ist. Dort geschehen schreckliche Dinge. Aber der wirkliche Schock für die israelische Bevölkerung besteht in der Erschütterung des Vertrauens in die Regierung und die Armee.«

Glauben Sie, dass dies die Ursache dafür ist, dass die Regierung darauf besteht, die Hamas zu zerstören? Versucht sie auf diese Weise, ihr politisches Überleben wieder zu sichern?

»Auf jeden Fall. Sie will es garantieren, und Netanjahu ist bestrebt, es mit allen Mitteln zu erreichen. Er ist einer der gerissensten und perfidesten Politiker, die wir je hatten. Jede Manipulation, zu der er fähig ist, wird er durchführen. Netanjahu wird schon seit fast einem Jahr von der Bevölkerung kritisiert, weil klar ist, dass er das Interesse des Staates seinem Privatinteresse unterordnet. Und sein privates Interesse besteht im Moment darin, das Gerichtsverfahren, das gegen ihn läuft, zu blockieren und einem Urteil zu entgehen. Zu diesem Zweck hat er nicht mehr und nicht weniger versucht, als die Gewaltenteilung in Israel zu unterwandern. Er hat versucht, die Justiz empfindlich zu schwächen und das, was im Grunde ein Staatsstreich war, als Justizreform darzustellen. Hinzu kommt das große Scheitern. Nicht nur am 7. Oktober, sondern auch in den Wochen danach und bis zum heutigen Tag funktionieren Ministerien und Institutionen der Regierung nicht. Es ist die Zivilgesellschaft, die es übernimmt, die Dinge wieder auf die Beine zu stellen. Die Regierung ist weitgehend gelähmt und Netanjahu versucht, seine Haut zu retten.«

Von außen betrachtet scheint die israelische Gesellschaft derzeit sehr geschlossen zu sein.

»Sie ist geschlossen, aber das ändert nichts an der Beziehung zur Regierung. Der Krieg hat eine konsolidierende Wirkung. Die internen Spannungen und Gegensätze heben sich etwas auf, aber das Vertrauen in die Regierung ist so sehr erodiert, dass ich keine Chance sehe, dass Netanjahu überleben kann. Die Frage ist, wie lange er diesen Krieg weiterführen kann. Denn ich glaube nicht, dass die internationale Gemeinschaft eine allzu

lange Fortsetzung des Krieges zulassen wird. Die Armee spricht von mindestens drei Monaten für die erste Phase und weiteren neun Monaten für die nächste Phase, d. h. ein Jahr Krieg. Wenn er so lange dauert, wird es früher oder später zu Unruhen in der israelischen Gesellschaft kommen. In einem Punkt ist man sich einig: Die Hamas muss vernichtet werden. Darin sind sich alle einig, und es gibt dazu auch Unterstützung von europäischen Ländern und den Amerikanern.« .

Können Zweifel und Risse in der derzeitigen mehr oder weniger bedingungslosen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für Israel konkrete Folgen haben?

»Je länger sich der Krieg in Gaza hinzieht, desto mehr werden wir die Folgen der Bombardierungen und des Eingreifens der Bodentruppen sehen. Sehr viele Zivilisten, so viele Frauen, so viele Kinder sterben. In Israel sieht man das weniger, aber überall auf der Welt sehen wir die Bilder von Kindern, die von Bomben zerrissen werden. Es wurden nicht nur am 7. Oktober Kinder getötet, sie werden auch jetzt noch getötet. Je länger das so weitergeht, je mehr die Auswirkungen dessen zunehmen, was euphemistisch ‚Kollateralschäden‘ genannt wird, desto mehr Risse wird es in der Solidarität mit Israel geben. Früher oder später werden sogar die Amerikaner sagen: ‚Jetzt lasst uns einen Waffenstillstand anstreben‘. Und wenn es zu einem Waffenstillstand kommt und die Kriegsziele, die sich Israel selbst gesetzt hat, nicht erreicht werden, wird man sagen, dass die Regierung wieder einmal versagt hat.«

Was denken Sie über die antisemitischen Vorfälle in der Welt und welche Reaktionen gibt es in Israel? Kann der 7. Oktober die Vorstellung, Israel sei ein sicherer Ort für Juden, infrage stellen?

»Ich denke, dass Israel das Konzept des Antisemitismus instrumentalisiert, aber ich denke auch, dass dies mit der fehlenden Unterscheidung zwischen Antisemitismus, Antizionismus und Kritik an Israel zusammenhängt. Es ist möglich, dass sich bei der Kritik an Israel auch Elemente von Antisemitismus einschleichen, aber ich glaube, der Hauptgrund liegt vor allem im Zusammenhang mit dem Krieg und der vehementen Reaktion Israels auf den 7. Oktober. Es muss unterschieden werden zwischen Antisemitismus, bei dem man kategorisch gegen Juden ist, und dem sogenannten Antisemitismus, der sich auf Israel bezieht. Was hat der Jude in New York oder der Jude in Frankreich oder Italien mit dem zu tun, was Israel tut? Israel hat im Übrigen nichts gegen Antisemitismus. Das sage ich schon seit Jahren. Wenn im Ausland antisemitische Vorfälle vorkommen, ist das für Israel nicht ungünstig, man kann dies als Beleg dafür nehmen, dass Israel ‚der sicherste Ort für Juden‘ sei. Vor einigen Tagen sagte ein ehemaliger General während einer öffentlichen Podiumsdebatte: ‚Ich kenne Tausende von Israelis, die denken, dass Israel nicht mehr der sicherste Ort für Juden ist‘, und das sage ich schon seit Jahren. Der gefährlichste Ort für den Juden als Individuum ist Israel, denn solange der Konflikt im Mittleren Osten mit diesem Ausmaß an Gewalt fortgesetzt wird, kann er potenziell sogar zu einer Bedrohung für die gesamte jüdische Gemeinschaft in Israel werden. Die umliegenden Staaten,

Iran, Saudi-Arabien und die anderen, sind bis an die Zähne bewaffnet.

In diesem Zusammenhang wird das Thema des Antisemitismus instrumentalisiert: Es wird nicht die Frage gestellt, warum Israel so handelt, wie es handelt, oder warum man Israel kritisch gegenübersteht bzw. warum man antisemitisch oder antizionistisch reagiert. Die Frage wird nicht gestellt, weil man den Elefanten im Raum bewusst ignoriert, nämlich das Besatzungsregime, das seit über fünfzig Jahren im Westjordanland und auf den Golanhöhen herrscht... Und obwohl sich Israel 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat, ist dieser vollständig unter israelischer Kontrolle geblieben. Die Strom-, Treibstoff- und Wasserversorgung steht unter der Kontrolle Israels, und wenn Israel will, dann werden die Arbeitsmöglichkeiten für die Gazabewohner empfindlich beschränkt.

Solange dies andauert, kann Israel nicht erwarten, in Ruhe gelassen zu werden. Die Palästinenser haben ein Recht auf Widerstand. Nicht so, wie er am 7. Oktober praktiziert wurde, aber sie haben ein Recht auf Widerstand. Sie sind ein von Israel tyrannisertes Volk, das unter repressiver Besatzung gehalten wird. Wenn man sieht, wie Israel den Gazastreifen dem Erdboden gleichmacht, kann man sich vorstellen, dass die nächste Generation von Palästinensern, die Israel zutiefst hassen wird, bereits heranwächst. Solange wir keine politische Lösung anstreben, werden sich Katastrophen wie die gegenwärtige wiederholen, Katastrophen, die wir am 7. Oktober erlebt haben und jetzt in Gaza erleben.«

Halten Sie eine Analyse für sinnvoll, in der das, was am 7. Oktober geschah, nur als Folge der Besatzung dargestellt wird? Wo liegt Ihrer Meinung nach die Grenze zwischen einer Widerstandshandlung, die auch nach internationalem Recht völlig legitim ist, und Terrorismus?

»Die Palästinenser haben prinzipiell das Recht, Widerstand zu leisten, weil sie unter Besatzung stehen. Dass es dann ausartet (es war ein Pogrom, kein Widerstand; es wurden keine militärischen Kräfte, sondern Zivilisten, Frauen, Kinder, Babys angegriffen), ist ein Exzess, der unter keinen Umständen akzeptiert werden kann.

Diese Menschen haben auf barbarische Weise gehandelt. Tatsache ist jedoch, dass die Palästinenser keine Armee haben, sondern nur Kampfformationen, die dem Guerillakrieg oder dem Terrorismus nahestehen. Sie haben keine Luftwaffe, keine Panzerverbände. Aber im Vergleich zu dem, was wir im Westjordanland während der zweiten Intifada erlebt haben, ist das, was am 7. Oktober geschah, ein Ausnahmezustand. An diesem Tag haben tatsächlich Terroristen und nicht Freiheitskämpfer gehandelt. Sie vermochten nicht, sich zurückzuhalten, immer mehr zu morden: Es gibt ein Video von einem jungen Mann, der in ein Haus eindrang und zehn Zivilisten tötete und dann zu Hause anrief, um mit seiner Mordtat zu prahlen. Er rief seinem Vater zu: ‚Gib mir deinen Segen für das, was ich getan habe‘.

Aber ich muss zwei Dinge hinzufügen: Erstens, dass Barbarei auch mit Luftangriffen begangen werden kann, Frauen und Kinder werden in Stücke gerissen; zweitens, dass die Hamas für mich nie eine Befreiungsbewegung

war. Für mich sind fundamentalistische religiöse Bewegungen keine Befreiungsbewegungen. Ich bin Marxist und glaube, dass Religion keine Motivation für die Befreiung sein kann, wenn sie nicht mit Ideen der Emanzipation einhergeht. Da die Hamas religiös-fundamentalistisch bewegt ist, ist sie für mich nicht ein Jota besser als die religiösen Fundamentalisten, die wir hier haben. Die Siedler im Westjordanland sind auch nicht besser. Sie haben es freilich nicht nötig, selbst Kinder zu töten, obwohl auch das schon vorgekommen ist –, weil sie das Militär hinter sich wissen. Das Militär agiert »eleganter«, es hat Kampfflugzeuge und Panzer, mit denen es bombardiert. Aber schauen Sie, wie sich die Hamas ihren eigenen Leuten gegenüber verhält. Das indiziert schon, was für eine Gesellschaft aus einer solchen Bewegung entstehen könnte. Das Problem besteht jedoch darin, dass wenn man im größten Gefängnis der Welt lebt, man keine große Demokratie oder eine liberale Zivilgesellschaft entwickeln kann.«

Ich habe den Eindruck, dass mit einigen Aufrufen zur Mobilisierung versucht wird, die Ereignisse vom 7. Oktober zu verharmlosen oder zu verdrängen.

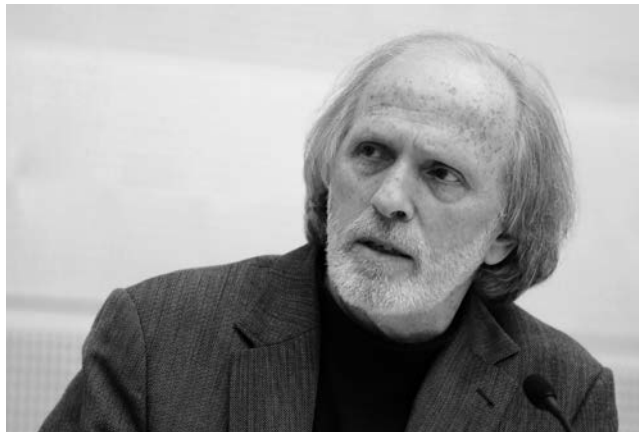
»Die Tatsache, dass Israel derzeit barbarische Handlungen begeht, kann unter keinen Umständen dazu führen, dass man die barbarischen Handlungen vom 7. Oktober verharmlost. Es ist eine Barbarei geschehen, und jetzt gibt es eine Reaktion, die barbarisch ist.«

Die Barbarei nimmt auf beiden Seiten zu.

»Wenn man den Gründen für die Verrohung auf den Grund gehen will, muss man sich darüber im Klaren sein, dass der israelisch-palästinensische Konflikt kein religiöser oder ethnischer Konflikt ist, sondern ein Territorialkonflikt, der mindestens 75 Jahre zurückliegt, seit es den Staat Israel gibt, aber im Grunde genommen, seit die zionistische Bewegung in den Nahen Osten kam und begann, sich dort niederzulassen. Seit fünfzig Jahren ist ein Besatzungsregime etabliert, das die Möglichkeit der Lösung ‚Zwei Völker, Zwei Staaten‘ zunichtegemacht hat. Es muss daher nach anderen politischen Lösungen gesucht werden. Solange ein politischer Ansatz fehlt, solange man den Konflikt nicht lösen, sondern – wie Netanjahu sagt –, ‚verwalten‘ will, solange es diese Besatzung gibt, kann es nur zu weiteren Eskalationen kommen.«

Sie bezeichnen sich als einen Antizionisten.

»Ich bezeichne mich nicht als Antizionisten, ich bezeichne mich als Nicht-Zionisten. Antizionist ist, wer der Meinung ist, dass der Zionismus nie auf die Welt hätte kommen dürfen. Es gibt auch Juden, die so denken, vor allem die Ultra-Orthodoxen, die glauben, dass das Reich der Juden bzw. ein Staat Israel nicht gegründet werden darf, solange der Messias nicht gekommen ist. Es gab Zeiten, in denen die Ultra-Orthodoxen am Unabhängigkeitstag schwarze Tücher aus ihren Fenstern hängten, gleichsam als Zeichen der Trauer. Andere Antizionisten waren auch gewisse kommunistische Juden, die sogenannten Bundisten. Ich war nie Antizionist in dem Sinne, dass ich gesagt hätte, der Zionismus hätte nie das Licht der Welt erblicken dürfen. Meine Eltern haben Auschwitz überlebt, nach der Shoah war die Gründung eines



Mosche Zuckermann · Quelle Wikipedia

Staates für Juden m. E. eine historische Notwendigkeit. Aber die Tatsache, dass diese Staatsgründung auf dem Rücken der Palästinenser geschah, mithin dass die jüdische Leiderfahrung durch einen Staat wiedergutmacht werden sollte, der durch ein neues Unrecht gegründet und legitimiert wurde, hat mich zu der Frage veranlasst: ‚Was für ein Zionist kann ich da sein? Als ich sah, dass Israel gar keinen Frieden will, sondern nur daran interessiert ist, sinnlose Kriege zu schüren, nicht zuletzt, um Raum für jüdische Kolonien zu gewinnen, da wurde mir klar, dass ich mit diesem Zionismus nichts mehr zu tun habe.‘

Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass der Zionismus in eine solche Sackgasse geraten ist, dass er keine Überlebenschance hat. Israel ist immer faschistischer und rassistischer geworden, es ist zu einem Apartheidstaat verkommen. Man kann darüber streiten, ob der ursprüngliche Zionismus eine koloniale Bewegung war oder nicht, aber für mich ist klar, dass das Israel, in das ich 1949 hineingeboren wurde, bereits die Nakba, die nationale Katastrophe für die Palästinenser, vollzogen hatte. Zugleich baute es eine Zivilgesellschaft auf, die ganz im Zeichen dessen stand, was die Juden im 20. Jahrhundert erlitten hatten. Der Holocaust war eine deutliche Zäsur in der jüdischen Geschichte.«

Ist es möglich, den Niedergang aufzuhalten, von dem Sie in Ihrem Buch »Israels Schicksal« sprechen?

»Ich meine den Niedergang nicht als metaphysisches oder mystisches Ereignis, sondern als etwas, das strukturell mit der historischen Praxis des Zionismus verbunden ist. Der Zionismus wollte letztlich die nach 1967 besetzten Gebiete nicht zurückgeben. Alle israelischen Regierungen, auch die von Rabin, bauten Siedlungen. Und heute haben wir es mit 650.000 jüdischen Siedlern im Westjordanland zu tun. Das heißt, wenn man die Zwei-Staaten-Lösung heute noch umsetzen will, muss man dafür sorgen, dass sich die Siedler von dort zurückziehen. Da nun Israel die Zwei-Staaten-Lösung untergraben hat (was vor allem das Lebenswerk von Ariel Sharon war), muss man nunmehr einer Tatsache ins Auge blicken: Zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer ist eine binationale Struktur entstanden. Ich sage nicht Staat, ich sage Struktur. Denn in diesem Gebiet leben realiter etwa so viele Juden wie Palästinenser, wobei ich zu ihnen

auch die in Israel lebenden Palästinenser sowie die im Gazastreifen lebenden zähle.

Diese Struktur kann demokratisch ratifiziert werden, um einen Staat all seiner Bürger zu schaffen. Aber wenn das nicht geschieht, dann hat sich Israel offiziell in einem Apartheidstaat eingerichtet. Da die Juden mit ihrem Staat eine Minderheit dominieren, die bereits keine Minderheit mehr ist, leben wir bereits in einer binationalen Struktur, ob wir es wollen oder nicht, ohne sie aber politisch als solche anzuerkennen. Das ist die Sackgasse, in die sich der Zionismus selbst gebracht hat und für die er keine Lösung hat, weil sich Israel offiziell als ein Apartheidstaat geriert. Deshalb sage ich, dass der Zionismus seinen eigenen Niedergang betreibt: Insofern er zu einem Apartheidstaat verkommen ist, ist er ein Paria in der Welt geworden. Früher oder später wird er sich in der Situation Südafrikas zur Zeit der Apartheid wiederfinden.«

Und glauben Sie, dass das auf der anderen Seite jemand will?

»Von den Palästinensern kann man nichts verlangen, denn sie stehen unter dem Stiefel der Israelis. Es gab einen Moment, den ich im Nachhinein als vermeintliche Utopie bezeichne, Mitte der 1990er Jahre, als Rabin und Arafat bereit waren, aufeinander zuzugehen. Arafat wäre diese Person gewesen. Und auch heute gibt es solche Menschen unter denen, die Israel gefangen hält, zum Beispiel (Marwan) Barghouti. Aber im Moment ist es nicht machbar, weil Israel, besonders unter Netanjahu, die politische Lösung von der staatlichen Tagesordnung weggefeht hat. Niemand in Israel spricht heute über die Besatzung, geschweige denn von einer politischen Lösung. Der Frieden scheint der gegenwärtigen politischen Klasse Israels die größte Bedrohung zu sein. Die nationalreligiösen faschistischen Kräfte sind inzwischen so stark geworden, dass sie nicht mehr nur ein Anhängsel, sondern zu einem dominanten Faktor in der israelischen Politik avanciert sind. Denken Sie daran, wohin Bezalel Smotrich und Ben Gvir heute gekommen sind. Ben Gvir ist ein Kahanist, ein Nachfolger von Meir Kahane, dessen KACH-Partei in den 1980er Jahren vom israelischen Parlament verboten wurde. Heute ist Ben Gvir (und seine Partei Otzma Yehudit / ‚Jüdische Stärke‘) nicht nur nicht verboten, sondern er ist Polizeiminister. Und der andere – Finanzminister Smotrich ist nicht besser als er. Ein anderes Thema ist, was die Palästinenser wollen. Doch die Palästinenser sind gezwungen, das zu wollen, was die Israelis ermöglichen. Und die Israelis machen derzeit nichts möglich.

Der z. Z. noch laufende militärische Konflikt zeichnet sich darin aus, dass Israel nicht wirklich weiß, was es für den Gazastreifen künftig will. Zwar hat man sich als Kriegsziele die Niederschlagung der Hamas und die Befreiung der israelischen Geiseln aus der Hamas-Gefangenschaft vorgenommen, aber beide Ziele scheinen im Moment unerreichbar zu sein. Man hat es bis jetzt nicht geschafft, die Hamas militärisch zu demontieren, und es ist fraglich, ob diese Zielsetzung überhaupt real ist – Hamas ist eine Idee, und eine Idee kann man nicht militärisch liquidieren. Auch das Erreichen des Ziels der Geiselfreiung scheint in immer größere Ferne zu rücken, zumal dieses Ziel im Widerspruch zum anderen steht:

Wenn man Hamas militärisch kampfunfähig gemacht hat, ist es fraglich, ob die Geiseln lebend davonkommen werden. Die politische Lösung ist von der Sicht der Netanjahu-Regierung mehr als prekär, denn man will weder der Hamas noch der PLO die Herrschaft über Gaza übergeben. Wenn es nach Netanjahu ginge, gebe es überhaupt keine politische Lösung für den Konflikt; es liegt in seinem Interesse, den Krieg so lange wie möglich weiterzuführen und die Lösung des Konflikts weiterhin von der Tagesordnung fernzuhalten. Es fragt sich gleichwohl, was die Amerikaner, vor allem aber die Palästinenser selbst wollen. Man vergesse nicht, dass zwischen der PLO und der Hamas eine Feindschaft herrscht, die sich nicht mir nichts, dir nichts unter den Teppich kehren lässt. Die Palästinenser sind innerlich von einem lange währenden Machtkampf gebeutelt. Und was die Zwei-Staaten-Lösung anbelangt – ich sehe nicht, wie sie heute noch verwirklicht werden kann. Denn sie würde implizieren, dass den Palästinensern ein Territorium zur Verfügung gestellt wird, auf welchem sie ihren Staat gründen und etablieren können. Aber welches wäre denn dieses Territorium? Es müsste das Westjordanland sein, welches aber Israel seit Jahrzehnten mit Vorbedacht jüdisch besiedelt hat, damit es eben nicht zur palästinensischen Staatsgründung kommt. Ich muss ehrlich gestehen, dass auch für mich eine reale politische Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern im Dunkeln liegt – Israel will die Zwei-Staaten-Lösung nicht, und die Palästinenser sind zu machtlos, um diese zu erwirken.«

8. November 2023 ■



Zur Boykottbewegung gegen das israelische Apartheidregime

Vorbemerkung: Vielen älteren Leserinnen und Lesern der »Arbeiterpolitik« ist die Boykottbewegung gegen das Apartheidregime in Südafrika noch aus den 1960er bis 1980er Jahren bekannt. Damals erreichte es eine große Breite in der Friedensbewegung, von sozialistischen/kommunistischen Gruppierungen bis weit in die kirchliche Friedensbewegung wurde die Boykottkampagne gegen Südafrika unterstützt und begleitete den Kampf der farbigen Bevölkerung gegen die Unterdrückung durch das weiße Apartheidregime.

Wer heutzutage in Deutschland den Boykott des israelischen Apartheid-Staates unterstützt, sieht sich sofort als »Antisemit« diffamiert. Versammlungen werden beendet und verhindert, Demonstrationen verboten oder mit Auflagen belegt, besonders dem Verbot bestimmter Parolen und Losungen. Eine freie und ungehinderte Betätigung, die sich nicht der deutschen Staatsräson unterordnet, wird zunehmend verhindert.

Wir dokumentieren im Folgenden ein Interview mit Omar Barghouti, das in der italienischen Zeitschrift »il manifesto« am 22. März 2024 erschienen war. Das Gewerkschaftsforum Hannover hat den Text ins Deutsche übersetzt. Zum besseren Verständnis der innigen Beziehung zwischen den Apartheid-Staaten Südafrika und Israel veröffentlichen wir auch den Beitrag »Beste Freunde« von Arn Strohmeier.

■ OMAR BARGHOUTI:

»Keine Komplizenschaft mehr. Der Boykott Israels ist eine ethische Verpflichtung.«

Interview: Der Mitbegründer des BDS erklärt die Beweggründe der gewaltfreien Bewegung, die von Tel Aviv seit 2014 als »strategische Bedrohung« bekämpft wird.

Nach der Tour von Omar Barghouti durch verschiedene Städte und Universitäten in Italien, die für Kontroversen und Klarstellungen sorgte, sprachen wir mit dem palästinensischen Gandhi-Preisträger 2017, Menschenrechtsverteidiger und Mitbegründer von BDS, das heißt der »von Palästinensern geführten gewaltfreien Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel«, um mehr über das Thema Boykott zu erfahren.

Wie ist die Idee zu einer solchen Bewegung entstanden?

BDS wurde 2005 von der größten Koalition der palästinensischen Gesellschaft ins Leben gerufen. Sie ist vom südafrikanischen Anti-Apartheid-Kampf und dem US-amerikanischen Bürgerrechtskampf inspiriert und hat ihre Wurzeln in einem Jahrhundert palästinensischen Volkswiderstands. Ziel ist es, Israels seit 75 Jahren andauerndes Regime des Kolonialismus, der Besatzung und der Apartheid zu beenden und für das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge einzutreten.

Welche Dimensionen hat BDS heute in der Welt angenommen?

Mit dem Beginn des derzeit stattfindenden israelischen Genozids an 2,3 Millionen Palästinensern im besetzten und belagerten Gazastreifen hat die Bedeutung von BDS exponentiell zugenommen. Israel begeht den ersten Völkermord der Welt, der per Live-Stream übertragen wird, und zwar mit voller Unterstützung des kolonialen Westens, insbesondere der USA, der EU und Großbritanniens. Dieses Ausmaß an »totaler Strafflosigkeit«, wie es der UN-Generalsekretär kürzlich nannte, ist wahrscheinlich beispiellos, was bedeutet, dass die BDS-Kampagnen ebenfalls intensiviert und ein noch nie dagewesenes Niveau erreichen müssen, um Druck auf Investment- oder Pensionsfonds und Institutionen in aller Welt auszuüben, wie z.B. Stadtverwaltungen, Universitäten, Kirchen, Kultureinrichtungen usw., um Einkaufs- und Investitionsrichtlinien zu verabschieden, die Unternehmen ausschließen, die irgendwo in grobe Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind.

Diese Leitlinien können angewandt werden, um Unternehmen auszuschließen, die an Israels Völkermord, Apartheid, militärischer Besatzung und Siedlungen beteiligt sind. Genauso können sie angewandt werden, um Unternehmen auszuschließen, die an anderen Ungerechtigkeiten beteiligt sind. Die BDS-Bemühungen zur Beseitigung des kolonialen Apartheidregimes Israels würden dazu beitragen, die Rechte nicht nur des palästinensischen Volkes, sondern auch von Völkern und Gemeinschaften auf der ganzen Welt zu wahren. Schließlich ist Israel heute ein Vorbild für einen Großteil der extremen Rechten und der weißen Rassisten in der Welt, was nicht nur den Palästinensern schadet, sondern auch Millionen anderen Menschen.



Omar Barghouti · Quelle Wikipedia



Aktivisten in den USA protestieren gegen eine neue Anti-BDS-Verordnung des New Yorker Gouverneurs Andrew Cuomo

Kann ein Boykott durch normale Bürger einer politischen und Militärmacht wirklich etwas anhaben?

Die Bürger von quasi-demokratischen Ländern wie Italien, Frankreich, Deutschland, den USA, dem Vereinigten Königreich usw. haben eine ethische Verpflichtung, sich zu engagieren. Wir bitten nicht um Almosen, sondern um ein Ende der Komplizenschaft. Aufgrund des wachsenden Einflusses der BDS-Bewegung betrachtet Israel diese seit 2014 als eine »strategische Bedrohung« ersten Ranges und wendet erhebliche finanzielle, nachrichtendienstliche, propagandistische und diplomatische Mittel für ihre Bekämpfung auf. Seit Jahren widmet Israel sogar ein ganzes Ministerium der Bekämpfung des BDS. Wie der innovative Dokumentarfilm »The Lobby« von »Al Jazeera« enthüllte und wie kürzlich eine Untersuchung der [linksliberalen] US-Zeitschrift »The Nation« aufdeckte, haben Israel und seine Lobby-Gruppen in den USA Hunderte von Millionen Dollar für den Kampf gegen BDS ausgegeben.

Die Bewegung hat große multinationale Unternehmen dazu veranlasst, ihr Engagement ganz oder teilweise einzustellen. Erst in diesem Monat haben zwei große japanische Unternehmen ihre Beziehungen zu Israels größtem privaten Waffenhersteller abgebrochen, nachdem der Internationale Gerichtshof entschieden hatte, dass Israel nachweislich Völkermord begeht. Riesige Staatsfonds in Norwegen, Luxemburg, den Niederlanden, Neuseeland und anderswo sowie eine bekannte US-Wohltätigkeitsstiftung haben Gelder aus israelischen oder internationalen Unternehmen und Banken abgezogen, die an der Besetzung beteiligt sind. Das Gleiche gilt für Gemeinden, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen. Zehntausende von Künstlern und Akademikern haben ihre Unterstützung für den kulturellen und akademischen Boykott Israels erklärt.

Von vielen Seiten wird in der internationalen Politik und in den Medien versucht, Antizionismus und Antisemitismus gleichzusetzen. Ist der BDS das eine, das andere oder keines von beidem?

Verankert in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, wendet sich die BDS-Bewegung kategorisch gegen alle Formen von Rassismus, einschließlich Islamophobie, Antisemitismus und natürlich gegen den Zionismus. Eine wachsende Zahl von jüdisch-israelischen, antikolonialen BDS-Anhängern spielt eine wichtige Rolle in der Bewegung. Und eine Umfrage aus dem Jahr 2022 ergab, dass 16 % der amerikanischen Juden den BDS unterstützen, wobei der Prozentsatz bei den unter 40-Jährigen stark ansteigt. Sie verstehen, dass Israels Belagerung, ethnische Säuberung, Massaker, Landraub und Apartheid nichts Jüdisches an sich haben, und dass es daher nichts Antijüdisches ist, den BDS zu unterstützen, um diese Verbrechen zu beenden.

In Italien erleben wir seit langem eine nie dagewesene Einschränkung der Presse-, Demonstrations- und Meinungsfreiheit. Glauben Sie, dass der Boykott den Massen einen brauchbaren Ersatz für Straßendemonstrationen bieten kann, wo doch die physische Beteiligung stark rückläufig ist?

Wenn jemand glaubt, dass diese Repression oder die McCarthy-Politik 2.0 beim Schweigen, wenn es um die Verteidigung der palästinensischen Rechte geht, Halt macht, dann irrt er sich. Repression lässt sich nicht einfach an- und wieder abschalten, wie die Europäer aus ihrer dunklen Geschichte eigentlich wissen sollten. Die Anti-BDS-Gesetzgebung in Dutzenden amerikanischer Bundesstaaten wird als Modell für die Unterdrückung der Verteidigung des Wahlrechts für Schwarze, der Klimagerechtigkeit, der Rechte von Frauen und der reproduktiven Rechte, der kritischen Rassentheorie, der Rechte von LGBTQI+ usw. verwendet. Das Gleiche geschieht in Europa in einem Tempo, das alle Liberalen (nicht nur die Progressiven) wütend machen oder zumindest alarmieren sollte.

»il manifesto« 22. März 2024 ■

Darstellung auf der Website: bdsmovement.net



»Die Partnerschaft zwischen dem Apartheidstaat Südafrika und Israel suchte auf der Welt ihresgleichen«



Warum gerade die heutige Regierung in Pretoria wegen des Genozids im Gazastreifen vor dem Internationalen Gerichtshof geklagt hat von Arn Strohmeier

Der israelische Psychologe Benjamin Beit-Hallahmi schaute an einem Aprilabend im Jahr 1976 wie auch sonst an anderen Abenden die Nachrichtensendung des israelischen Fernsehens an. Was er da sah, haute ihn fast aus seinem Sessel heraus. Er konnte es nicht fassen: Balthasar Johannes (John) Vorster, Ministerpräsident des Apartheidstaates Südafrika und bekennender Nazi, weilte zum Staatsbesuch in Israel und durfte sogar in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem einen Kranz niederlegen.

Beit-Hallahmi war sprachlos vor Entsetzen: Dass der israelische Außenminister Jigal Allon die Taktlosigkeit besaß, einen aktenkundigen Nazi-Kollaborateur zu einer Gedenkstätte für die Opfer des Nazismus zu führen! Es war nicht nur die Taktlosigkeit, die ihn störte, er hatte vielmehr das unheimliche Gefühl, Zeuge einer Inszenierung zu sein, durch die das Unerhörte in Realität verwandelt wurde. Dann wurde ihm klar: Vorster in der Holocaust-Gedenkstätte! Was für eine Selbstdarstellung

Israels! Vielleicht zeigt Israel hier sein wahres Gesicht, schrieb er später. Man muss aktuell hinzufügen: Heute gehen Antisemiten – Politiker rechtsextremer Parteien aus Europa und der Welt, die offiziell eingeladen wurden – in Yad Vashem aus und ein, und niemand regt sich mehr darüber auf!

Beit-Hallahmi hatte das Gefühl, auf ein zutiefst symbolisches Bild gestoßen zu sein. Er stellte sich selbst die Frage: »War dieses surreale Bild auf dem Fernsehschirm nur eine vorbeiziehende Wolke am blauen Himmel des Zionismus, oder war es Bein vom Bein, Fleisch von seinem Fleisch? War es eine Verwirrung oder war es Symptom einer tieferliegenden, bedeutsamen Wahrheit?« Er beschloss, sich um die Entschlüsselung der in dem Fernsehbericht verborgenen Botschaft zu bemühen, nicht eher zu ruhen, bis er dem Geheimnis der israelisch-südafrikanischen Beziehungen auf den Grund gekommen sei. Das Ergebnis seiner Recherchen war das Buch *The Israeli Connection* (deutsch: *Schmutzige Allianzen. Die geheimen Geschäfte Israels*, München 1987) Dass der Autor bei der Veröffentlichung seines Werkes in Israel größte Schwierigkeiten mit der Zensurbehörde bekam, versteht sich von selbst.

In diesem Buch enthüllte Beit-Hallahmi, dass Israel rücksichts- und skrupellos Bündnisse und Allianzen mit Staaten der Dritten Welt einging – auch den grausamsten Diktaturen, wenn es seinen Interessen diente. Er versuchte die Frage zu beantworten, inwiefern dieses Engagement mit der Geschichte des Zionismus und des Staates Israel zusammenhängt. Er wollte vor allem Antworten auf die folgenden Fragen finden: Liegt diesen disparaten Aktivitäten eine durchdachte Gesamtstrategie zugrunde, eine kohärente Weltanschauung? Wenn ja, was sind ihre Wesensmerkmale?

Es kann hier nicht auf die gesamten Beziehungen Israels zur Dritten Welt eingegangen werden, da Südafrika im Mittelpunkt stehen soll. Es sei aber so viel gesagt: Israel hat »systematisch und mit großem und ernst gemeintem Engagement gewisse Regime in der Dritten Welt unterstützt.« Es wurden aber nur sehr wenige Einzelheiten über dieses Engagement der Mitwelt bekannt, was zur Folge hatte, dass das Ausmaß der Verstrickungen systematisch unterschätzt wurde.

Den Teil des Buches über Israels Kooperation mit Südafrika versah Beit-Hallahmi bezeichnenderweise mit der Überschrift: »Das Bündnis der einsamen Wölfe«. Er charakterisierte dieses Verhältnis so: »Die Geschichte der Partnerschaft zwischen Israel und Südafrika sucht auf Erden ihresgleichen. Israel hat sich in Südafrika mit Haut und Haaren engagiert, mit höherem Einsatz und Aufwand als irgendwo sonst, und es hat sich zu einer wichtigen – und zunehmend unentbehrlichen – Stütze für den Fortbestand des Apartheid-Regimes entwickelt. Dieses Bündnis zwischen Südafrika und Israel gehört zu den bestgeschützten Tabus in der Medienberichterstattung der

letzten Jahrzehnte. (...) Die Geschichte des Staates Israel kennt keine vergleichbare Liaison von solcher Intimität und Dauer.«

Südafrika wurde der wichtigste Bündnispartner Israels neben den USA. Nach dem Israel-Besuch von Staatspräsident Pieter Willem Botha erklärte der Fernsehkommentator Victor Nahmias im israelischen Fernsehen: »In dieser Beziehung gibt es viel mehr Verborgenes als Bekanntes.« Für Premierminister Vorster war Israel auch damals schon ein Apartheidstaat. Er bekannte 1971 freimütig: Israel stehe nunmehr vor einem eigenen Apartheid-Problem – im Umgang mit seinen arabischen Einwohnern. Beide Völker seien gewillt, eher zu kämpfen als ihr Schicksal in die Hände einer sie umschließenden Mehrheit zu legen.

Geheimbesuche der führenden Politiker beider Staaten im jeweils anderen Land waren an der Tagesordnung. Der israelische Botschafter in Pretoria Itzhak Unna bekannte: »Man muss sehen, dass Südafrika besondere Werte für die freie Welt verkörpert. (...) Es wäre eine Katastrophe, wenn Südafrika als konstruktives und aktives Mitglied der Gemeinschaft der freien Völker verlorengehen würde.« Wohl deshalb (»Verteidigung der Freiheit«!) war die Zusammenarbeit in der »Aufstandsbekämpfung« besonders eng. Israelische Offiziere brachten in Südafrika weißen Offizieren und Soldaten bei, wie man die aus den Kämpfen gegen die Palästinenser gesammelten Erfahrungen und entwickelten Methoden zur Bekämpfung »schwarzer Terroristen« anwendet. Mit diesem aus Israel importierten militärischen Wissen gingen die weißen Südafrikaner gegen die Schwarzen im eigenen Land und gegen die Befreiungsbewegungen in Lesotho, Angola, Namibia und Mosambik vor.

Die Zusammenarbeit auf allen Gebieten – Wirtschaft, Handel, Militär, Geheimdienste, Kultur, Tourismus – war äußerst intensiv, vor allem aber kooperierte man in der Weiterentwicklung der Nukleartechnik, wobei atomaren Waffen eine besondere Rolle zukam. In Israel war die Anschaffung von Atomwaffen ein Teil der »Überlebensstrategie«, damit der zionistische Staat nicht das »Schicksal der Kreuzfahrer« erleiden sollte, hatte der erste israelische Ministerpräsident Ben Gurion gesagt. Die Motive Israels und Südafrikas, Atomwaffen zu besitzen, waren sehr ähnlich. Es ging nicht nur um das eigene Überleben, sondern man wollte im schlimmsten Fall Vergeltung gegen die siegreichen Feinde üben.

Beide Staaten sahen sich einer feindlichen Umgebung gegenüber, hatten wenig Freunde und Verbündete und wollten, falls ihre Abschreckung versagte, Rache androhen können, schreibt Beit-Hallahmi und fügt hinzu, dass das Ausmaß der atomaren Zusammenarbeit so eng war, dass alle Details dieser Kooperation wohl niemals ans Licht kommen werden. Der Atomreaktor von Dimona in Israel wurde größtenteils mit Uran aus Südafrika betrieben.

Auch ideologisch lagen beide Staaten auf einer Linie, anders wäre die enge Allianz gar nicht möglich gewesen. Obwohl es in Südafrika starke antisemitische Strömungen gab, hegte die weiße Elite – Abkömmlinge von Pro-Nazi-Ideologen – die größte Bewunderung für Israel. Dazu kam, dass Israelis und weiße Südafrikaner sich als weiße europäische Völker empfanden, die ihre Nationen

auf einem Territorium begründet hatten, das von einer feindlich gesinnten, nicht europäischen Bevölkerungsmehrheit bewohnt wird. Beide Staaten fühlten sich deshalb auch in derselben Weise bedroht. Dazu kam, dass sie ähnliche religiöse Vorstellungen hatten, das heißt, sich als »erwählte Völker« fühlten und als »Vorposten der freien Welt« in einer Umwelt von Barbaren. Da beide Staaten aber ein Image-Problem wegen ihrer Apartheid-Politik hatten, arbeiteten sie auch auf dem Gebiet der Propaganda zusammen, um der Kritik an ihnen entgegenzuwirken, wobei die israelische Propaganda (Hasbara) für die weißen Südafrikaner Vorbildcharakter hatte.

Den Kern der Zusammenarbeit beider Staaten beschreibt Beit-Hallahmi so: »Wenn die israelische Überlebensstrategie darauf angelegt ist, jeder wirklichen Entkolonialisierung entgegenzuwirken und sich selbst eine nukleare Option zu eröffnen, dann spielt Südafrika im Hinblick auf diese beiden Ziele eine wichtige Rolle. Indem Israel Südafrika bei seinem Versuch der Selbstbehauptung unterstützt, bremst es die Entkolonialisierung; dafür hilft Südafrika Israel bei der Entwicklung nuklearer Kapazitäten und erhält seinerseits nukleare Entwicklungshilfe von Israel.«

Der Autor schätzte damals die Zukunft beider Staaten (er schrieb sein Buch in den 70er Jahren) als düster ein: Was auch immer die beiden tun würden – das Motiv wäre in beiden Fällen Verzweiflung. Die Erkenntnis, dass die Zeit gegen sie arbeite, habe sie zu Strategien und Handlungsweisen Zuflucht nehmen lassen, die von einem nihilistischen Zu-Allem-Entschlossensein zeugten. Beide forderten Härte gegenüber dem »Terrorismus«. Sie verstanden darunter die nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Und sie glaubten fest daran, dass sie ihr Überleben nur mit rücksichtsloser Härte sichern könnten.

So unterstützte Israel das südafrikanische Apartheidregime auch mit allen Mitteln, als es in die Krise geriet. Israelische Experten für »Aufstandsbekämpfung« versuchten, die Vorherrschaft der Weißen zu retten. Das Interesse der israelischen Führung am Überleben des Apartheidsregimes war existenzieller Natur: Es war ein wirkliches Sich-Identifizieren mit einem für das Überleben des eigenen Landes unverzichtbaren Partner. So konnte es nicht verwundern, dass das Ende des Apartheidsregimes für Israel die absolute Katastrophe war. Israel verlor damit – abgesehen von den USA – seinen wichtigsten Partner.

Beit-Hallahmi knüpft an seine Ausführungen über die Allianz Israel-Südafrika einige Anmerkungen über den Zionismus an, die auch heute noch von höchster Aktualität sind: »Dabei waren dem Zionismus von Anfang an, insbesondere was den Umgang mit der Dritten Welt betraf, einige unübersehbare und unausweichliche ideologische Festlegungen inhärent. Kernpunkt des zionistischen Programms war die Begründung eines souveränen jüdischen Staatswesens in Palästina durch Besiedlung und Ausübung politischer Herrschaft. Der Zionismus trug damit gleichsam per definitionem die Momente der Vergewaltigung einer eingeborenen Bevölkerung und der Konfrontation mit der Dritten Welt in sich. Die Konfrontation zwischen Israel und der Dritten Welt begann nicht in Mittelamerika oder Südafrika und nicht erst vor zehn Jahren. Sie begann vor einem Jahrhundert



Friedensdemo am 10. Oktober 1981 in Bonn · Fotoe: Ingeborg Wick, Standort: afas

mit den ersten zionistischen Siedlungsversuchen auf palästinensischem Boden. Sie begann nicht in Managua oder Manila, sondern im Nahen Osten. Wie hätten die Israelis aus ihrer kolonialistischen Haut schlüpfen und sich in der Welt draußen anders verhalten sollen als ‚zu Hause‘, im Nahen Osten?»

Diese kolonialistische Sicht, die natürlich auch der Apartheidstaat Südafrika teilte, prägt auch heute noch die israelische Politik. Die Identifizierung mit der weißen südafrikanischen Elite war nicht zufällig, denn beide Regime führten Krieg gegen ihre »Eingeborenen«, Israel tut das immer noch. Daraus folgt, dass auch heute noch die Menschenrechte in Israel ein Problem von so großer Brisanz sind. Beit-Hallahmi schreibt: »Daher kann der Zionismus sich eine moralische Selbstanalyse nicht leisten. Das Unrecht, das den Palästinensern ange-tan wird, liegt so klar auf der Hand, dass man, um es nicht zur Kenntniss nehmen zu müssen, das Thema als solches tabuisieren muss.«

Daher kämen die Israelis, wenn sie wirklich moralische Maßstäbe in der Politik anlegen würden, ob in Israel selbst oder in der Welt, automatisch auf die Unterdrückung der Palästinenser zu sprechen und müssten dann auch nach der moralischen Berechtigung des Zionismus fragen. Und deshalb erklärt man Menschenrechtsfragen lieber zum Tabu. Wer sie dennoch aufgreift, gilt als »Verräter«. So gesehen waren die Beziehungen zwischen Israel und Südafrika exemplarisch. Beide Systeme, die eine so enge Interessengemeinschaft eingingen, galten als Symbole eines anachronistischen Siedlerkolonialismus. Das südafrikanische Apartheidsystem ist

schon zusammengebrochen. Der Autor schreibt über die Zukunft Israels: »Sie ist angesichts der zunehmenden Macht seiner Feinde so unsicher, dass es in der Wahl seiner Mittel nicht wählerisch sein zu können glaubt. Klar ist, dass Israel nur überleben kann, wenn und solange die globale Vorherrschaft der Ersten Welt [das heißt: der USA] fortbesteht; es muss Israel somit alles daran gelegen sein, dass diese Vorherrschaft erhalten bleibt.«

Israels Existenz ist nach Auffassung Beit-Hallahmis also daran gebunden, dass in der Welt von heute, ein Kreuzzugs-System noch überleben kann. Die Mehrheit der Menschen in Südafrika hat das Gegenteil bewiesen: Dass Apartheid auf die Dauer keine Überlebenschancen haben kann. Wenn das neue demokratische Südafrika – bei allen Problemen, die es im eigenen Land hat – sich auf die Menschenrechte, das Völkerrecht und das Kriegsrecht beruft und Israel wegen des Genozids im Gazastreifen vor dem Internationalen Gerichtshof anklagt, dann ist das nicht zuletzt eine Vergeltung oder eine moralische Wiedergutmachung dafür, dass die Israelis Jahrzehnte lang alles versucht haben, das die Mehrheitsbevölkerung unterdrückende Apartheidsystem zu stützen und zu retten, also eine Politik im südlichen Afrika zu betreiben, die sie selbst im eigenen Land und in den besetzten palästinensischen Gebieten mit schrecklicher und unmenschlicher Konsequenz praktizieren. Nelson Mandela wusste sehr genau, was er sagte, wenn er die Beziehung zwischen seinem Land und Israel in Zeiten der Apartheid in seiner Heimat so kennzeichnete: »Wir wissen nur zu gut, dass unsere Freiheit unvollständig ohne die Freiheit der Palästinenser ist.« ■

Wege zu Frieden und Gerechtigkeit für alle – in Israel und Palästina

Am 28. Februar 2024 fand im Nachbarschaftshaus Tümpelgarten in Hanau eine Informationsveranstaltung der Friedensplattform zum Nahostkonflikt statt, zu der zwei kompetente Referenten gewonnen werden konnten. Die Referenten setzen sich seit langem für Frieden und Dialog in Nahost ein. Die Initiative verfolgte die Zielsetzung, über die Hintergründe des Nahostkonflikts in historischer Dimension aufzuklären und damit einen Kontrapunkt gegen die einseitige Berichterstattung in den Medien hierzulande zu setzen. Diese wird bekanntlich bestimmt durch den Grundsatz, dass sich aus dem Holocaust, also dem im Zweiten Weltkrieg mit industriellen Vernichtungsmitteln durchgeführten Genozid an den europäischen Juden (soweit die Wehrmacht kam) eine besondere Verantwortung Deutschlands für die jüdische Bevölkerung ergebe. Diese wurde aber von vornherein, ab den Zeiten Adenauers und Ben Gurions bis heute, auf eine bundesrepublikanische »Staatsraison« reduziert, die lediglich den Staat Israel unterstützt: also einen von der zionistischen Ideologie getriebenen Machtapparat, der die jüdische Gemeinschaft gegen die »feindliche« Außenwelt abschottet und den palästinensischen Bevölkerungsteil in Kern-Israel diskriminiert, im Westjordanland weiterer Verdrängung durch israelische Siedler:innen ausliefert und im Gazastreifen einer seit 2007 anhaltenden Blockade aussetzt. Für die Auswahl der beiden Referenten war entscheidend, dass sie diesen Konflikt aus der Sicht von beiderseits verständniswilligen Israelis und Palästinenser:innen beleuchten. Es waren etwa 90 Männer und Frauen aller Altersgruppen erschienen.

Zum Einstieg wurden Bilder und Filmsequenzen gezeigt zur Situation der palästinensischen Bevölkerung auf dem Land, Konfrontation mit der Besatzungsmacht, Zerstörung von Häusern, Lage im Gazastreifen und zu dem angeblichen »Skandal« in der Berlinale (dort hatten einige Künstler den Nahostkrieg thematisiert, von einem Genozid im Gazastreifen und von Apartheid im Westjordanland gesprochen; das »nicht vorsortierte Publikum«, wie die junge Welt schrieb, hatte dazu »applaudiert«).

Der erste von zwei Vorträgen kam von Fuad Hamdan (geboren in einem palästinensischen Flüchtlingslager in der Nähe von Jerusalem, heute wohnhaft in München, Gründer einer jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe im dortigen Eine-Welt-Haus), jahrelang aktiv bei amnesty international und Mitarbeiter zahlreicher TV-Sendungen zum Thema.

Fuad trug die Geschichte des Konflikts vor, die Vertreibung und die aktuelle Situation. Jahrhundertlang haben die Angehörigen der »großen monotheistischen Weltreligionen« im Nahen Osten friedlich zusammengelebt. Warum auch nicht? Der Konflikt kam nicht aus dem Nahen Osten selbst, sondern aus Europa. Er fasste drei Punkte zusammen.

- Antisemitismus: Juden/Jüdinnen wurden in Europa diskriminiert, zunächst der religiöse Antisemitismus

des christlichen Mittelalters, später der auf sozialen Konflikten aufsetzende Antisemitismus der kapitalistischen Neuzeit. Dabei gab es Differenzierungen: Während die Juden/Jüdinnen Westeuropas noch einigermaßen integriert waren, litten sie vor allem in Osteuropa (Machtbereich des Zarenreiches) unter Verfolgung (Pogromen). Viele führende Politiker:innen des Zionismus bzw. des Staates Israel kamen aus dem Bereich Osteuropa, während die ansässigen Juden/Jüdinnen aus Palästina insgesamt eine untergeordnete Rolle spielten (sie waren noch zu sehr »arabisch«). Aus dem Antisemitismus entwickelten führende Vertreter:innen des Judentums den Zionismus als politische Bewegung, der zwar das Judentum als soziale Basis beansprucht, aber dennoch in wesentlichen Teilen sich als säkulare Bewegung versteht (weshalb anfangs auch keineswegs nur Palästina als Ort einer jüdischen Staatsgründung ins Auge gefasst wurde, sondern etwa Argentinien, Madagaskar etc.).

- Kolonialismus: Palästina gehörte zur Zeit des Ersten Weltkriegs dem Osmanischen Reich an und befand sich im Schnittpunkt der Interessen mehrerer Großmächte. Es gelang der zionistischen Führung, die damals noch stärkste Weltmacht, das Britische Reich, auf ihre Seite zu ziehen. Ausdruck davon war die Balfour Declaration, die der jüdischen Gemeinschaft einen Staat in Palästina versprach. Fuad drückte damit aus, dass – wie üblich im Kolonialismus – europäische Machtinteressen über die Köpfe der palästinensischen Bevölkerung hinweg verfügt wurden.
- Holocaust: Der Holocaust ist das größte Massenverbrechen der Weltgeschichte und durch nichts zu relativieren. Umgekehrt ist aber klarzustellen, dass es auch weitere Massenverbrechen (hier zu nennen: im heutigen Namibia und Tansania, beides deutscher Kolonialismus, Fast-Ausrottung indigener Völker in den heutigen USA, Australien, Neuseeland, Genozid an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich) in der Weltgeschichte gab, die nicht ihrerseits durch die Einzigartigkeit des Holocaust relativiert werden dürfen. In diese Reihe gehört auch »Die ethnische Säuberung Palästinas« (Buchtitel Ilan Pappé, englisch: The Ethnic Cleansing of Palestine, London 2006, aktuelle deutsche 4. Ausgabe Ulm 2024).

Antisemitismus einerseits, Zionismus andererseits sind also als europäische Strömungen vor dem Holocaust entstanden, aber die Konflikte durch diesen entscheidend verschärft worden. Aber – so Fuad – wieso sollten die Palästinenser:innen für europäische Verbrechen bezahlen? Im weiteren Verlauf stellte er dar, dass dies als Machtfrage umgesetzt wurde. Die zionistischen Siedler:innen und Funktionär:innen kamen nicht als Bittsteller, die um Asyl, Arbeitsplätze u. dgl. nachsuchten, sondern als Eroberungswillige mit Waffengewalt. Sie wurden von der britischen Kolonialmacht (Bal-



Foto: Ingo Müller

four Declaration) unterstützt (deren Rolle nach ihrem Abzug die USA übernahmen). Die Palästinenser dagegen befanden sich noch auf einer vorkapitalistischen Entwicklungsstufe der Produktivität ihrer Arbeit, die sie gegenüber dieser Gewaltentfaltung der Zionisten und Kolonialisten weitgehend wehrlos machte. Schon der UNO-Teilungsplan war eine grausame Provokation. Stell dir vor, du lebst seit vielen Generationen in diesem Land, und plötzlich kommen sogenannte Siedler:innen aus Europa und behaupten, gestützt auf ein mindestens zweitausend Jahre altes Buch, das sei ihr Land, und du habest jetzt deine Sachen zu packen. Aber auch dieser UNO-Teilungsplan war schon bald Makulatur. Fuad sprach von 530 Dörfern, die in der Nakba zerstört, und 750.000 Menschen, die vertrieben wurden.

Im folgenden problematisierte er die Verarbeitung des Holocaust auf Kosten Palästinas und die deutsche Staatsraison, Israel bedingungslos zu unterstützen, um von der »internationalen Gemeinschaft« im Sinne des »Westens« wieder aufgenommen zu werden und letzten Endes darin wieder eine (zumindest unterhalb der USA) führende Rolle zu spielen. Konsequenzen: In Deutschland leben ca. 200.000 Palästinenser:innen, die faktisch nicht wahrgenommen werden – außer wenn sie sich wie aktuell zu Wort melden, dann aber notorisch als »Antisemiten« verleumdet werden. Die Nakba und der Holocaust sind beide mit der deutschen Geschichte verbunden.

Im späteren Verlauf der Diskussion ergänzte er noch, dass Gideon Levy, Journalist der israelischen Tageszeitung Haaretz, den Erfolg des zionistischen Staatsprojekts Israel kritisch mit drei Merkmalen erklärte und hinterfragte: 1. Wir sind das auserwählte Volk; 2. wir sind die Opfer des Holocaust; 3. es ist uns gelungen, die Palästinenser:innen zu entmenschlichen, zu dämonisieren.

Im zweiten Vortrag kam mit Wieland Hoban (Vorsitzender des Vereins »Jüdische Stimme für einen gerecht-

ten Frieden in Nahost« mit Sitz in Berlin, deutsche Sektion der European Jews for a Just Peace) ein Vertreter von jüdischen Gruppen in Europa, Israel und sonstwo in der Welt zu Wort, die sich für die Rechte der Palästinenser und eben auch für ein sofortiges Ende des aktuellen Gaza-Krieges einsetzen.

Wieland beschrieb die Situation von jüdischen Organisationen wie seines Vereins (in Deutschland wie in Israel), die sich kritisch mit dem Zionismus, dem Staat Israel und dem Besatzungsregime auseinandersetzen. Sie werden dort (mit jetzt hier den Worten des Protokollanten) als »Nestbeschmutzer« angesehen und behandelt. Er führte eine Reihe von Beispielen an, wo sie Schwierigkeiten hatten und haben, Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen zu bekommen, wo sie ihnen ohne Begründung entzogen wurden, wo sie beschimpft wurden etc. Jede Veranstaltung, die sie durchsetzen können und die gelingt, sei deshalb ein kleiner Sieg. Die Hindernisse seien eben ein Hinweis darauf, dass man den Finger in die Wunde lege, aber genau das müsse man tun. Die Lage in Gaza sei ein Genozid, das müsse man immer wieder sagen. Insofern gleicht seine Aussage derjenigen, die oben bei Fuad beschrieben ist: Der Holocaust war einzigartig, aber darüber dürfe man andere schlimme Verbrechen nicht relativieren. Dass sich aus dem Holocaust ein jüdischer Anspruch auf einen eigenen Staat mit Diskriminierung, Vertreibung und Vernichtung nichtjüdischer Menschen ergebe, sei ein Trugschluss. Die Emanzipation des Judentums innerhalb der Gesellschaften, in denen jüdische Menschen leben, sei der bessere, sicherere, humane Weg. Die Logik des auserwählten Volkes werde leider außerhalb Israels mitgetragen. Niemand komme auf den Gedanken, einen eigenen Staat für Sinti und Roma zu fordern, obwohl auch diese Opfer des Holocaust waren. Auch Wieland beschrieb die Geschichte des Zionismus als Produkt europäischer Verhältnisse. Zionist:innen empfanden sich dabei als integrierte Europäer:innen, so-

weit nicht dagegen verstoßen wurde (Wieland erwähnte hier die Dreyfus-Affäre in Frankreich um 1894). Herzl war ein durch und durch säkularer Jude. Aber der Weg war falsch. Diskriminierung muss man bekämpfen, so Wieland, man darf ihr nicht ausweichen. Insofern war die zionistische Strategie, auf einen jüdischen Staat (ob in Argentinien, Madagaskar oder Palästina) zu orientieren, die Umsetzung des Antisemitismus als Zionismus auf Kosten eines dritten Volkes und anstelle der Fortsetzung des Kampfes für die jüdische Emanzipation in der jeweiligen europäischen Gesellschaft. Die Zionisten schufen eine künstliche Identität neu, indem sie z. B. Hebräisch als gemeinsame Sprache eines jüdischen Staatsvolks reaktivierten unter gleichzeitiger Diskreditierung und Verdrängung der seinerzeit üblichen Sprache Jiddisch. Die Schaffung der jüdischen Volksgemeinschaft war zugleich gerichtet gegen den Klassengedanken. Die Kibbuz-Bewegung war kein »Sozialismus mit jüdischen Kennzeichen«, sondern eine jüdisch-ethnische Bewegung. Klassensolidarität jüdischer mit nichtjüdischen Arbeiter:innen spielte keine Rolle oder wurde dezidiert abgelehnt.

Der Zionismus, so Wieland, frisst sich selbst auf. Linke im Westen demonstrieren für oder gegen Israel, für oder gegen Hamas, für Frieden, für Wiederaufbau in Gaza, für eine Zweistaatenlösung, aber wenige Linke demonstrieren ausdrücklich gegen die Gewalt, die vom Zionismus ausgeht und die auf Auslöschung der palästinensischen Identität zielt. Die Unterstützung Israels muss unterbleiben. Es muss sich vieles ändern.

In der anschließenden Diskussion ging es um Fragen zur Versöhnungsarbeit, Grundlagen, Perspektiven, Sensibilität gegenüber den Leiden der palästinensischen Bevölkerung etc. Insgesamt wurden die Vorträge positiv aufgenommen. Es gab aber auch Kritik. Sie bezog sich vor allem auf die Struktur der Veranstaltung: Die Vorträge waren zu lang geraten, die Zeit für Diskussion zu kurz. Der historische Teil in beiden Referaten hatte ein zu starkes Übergewicht, für Perspektiven, gar Lösungen blieb zu wenig Raum. Die Hanauer Friedensplattform wird sich daher um eine zeitnahe Nachfolgeveranstaltung bemühen, in der die komplizierten Fragen einer Zwei- oder Einstaatenlösung und insbesondere der politischen und mentalen Verständigung der beiden Bevölkerungen, die sich infolge der verlaufenen Historie diese Region teilen müssen, in den Vordergrund gerückt werden. Die Dämonisierung muss ein Ende haben. Wer ein friedliches Palästina will, muss für ein freies Palästina eintreten, zu dem dann auch ein Ausgleich für die Verbrechen der Vergangenheit gehört. Die Shoa und die Nakba müssen einen gleichberechtigten Platz in der Verarbeitung dieser Geschichte erhalten. Das ist gerade in Deutschland mit seiner Fixierung auf die einseitige »Staatsraison« der Unterstützung des zionistischen Machtapparates immer wieder klarzustellen.

F/HU, 10.3.2024 ■

■ KORRESPONDENZ

»Laut gegen Rechts« in Bremen

Am Sonntag, den 17. März 2024 fand in Bremen die dritte Demo »gegen rechts« statt. Unter dem Motto »Laut gegen rechts« versammelten sich laut »buten un binnen« und den vom Weserkurier zitierten Polizeiangaben ca. 5.000 Teilnehmer. Die Organisatoren schätzen »weit mehr«. Nach unseren Schätzungen waren es um die 3.000 Teilnehmer. Trotz der im Vergleich zu den Vorveranstaltungen deutlich geringeren Teilnahme immer noch eine verhältnismäßig große Anzahl von Leuten. Bei strahlendem Sonnenschein entfaltete sich eine fröhliche, entspannte Party-Atmosphäre »für die Demokratie«, um die »gefährlichen Tendenzen abzuwehren« und »Gesicht zu zeigen«. Denn man könne »gar nicht genug demonstrieren«. Mit dabei auch die »Omas gegen rechts« die in Gesangstexten dazu aufriefen, sich »zu wehren« und »Widerstand zu leisten«. Schließlich ginge es darum, dass wir »in allen Bereichen unserer Gesellschaft Haltung« bräuchten, und »Haltung können wir üben«, wie einer der Initiatoren in seiner Rede erklärte. »Ganz Bremen gegen die AfD« skandierte die Menge. In einer Schweigeminute wurde den Opfern rassistischer Übergriffe gedacht. Die Teilnehmer waren überwiegend gut angezogene »Bio-Deutsche« mit bunten Klamotten und bunten Haaren, die bunte Fahnen schwenkten. Trotz eines Ausländeranteils von über 20% in Bremen, waren nur vereinzelt Menschen mit Migrationshintergrund zu sehen.

So war unsere kleine Aktivisten-Gruppe auch diejenige mit dem deutlich größten Anteil, von Teilnehmern, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern nicht in Deutschland geboren sind. Auf einigen »Social Media«-Kanälen hatten wir uns kurzfristig für die Demo verabredet, um den Völkermord in Gaza und die Situation in Palästina zu thematisieren. Viele aus unserer Gruppe kannten sich nur lose vom Sehen oder überhaupt nicht. Zu Beginn war teilweise überhaupt nicht klar, wer dazugehörte. Erst im Verlauf der Ereignisse wurde deutlich, dass zu uns neben einer größeren Gruppe von Palästinensern auch einige mehrheitlich migrantische (wahrscheinlich türkische/kurdische) jugendliche Antifaschisten, eine kleine Gruppe von Trotzlisten, sowie Menschen aus unterschiedlichen Nationalitäten (spanisch sprechend, rumänisch, irisch, ...) gehörten.

Seit Oktober finden in Bremen wöchentliche Demos statt, durch die auf den fortlaufenden Genozid in Gaza aufmerksam gemacht werden soll. Trotz rasant steigender Opferzahlen fällt die Beteiligung an diesen Demos und Kundgebungen wesentlich geringer aus, als auf den bisherigen »Demos gegen rechts«. Von den zahlreichen Teilnehmern dieser Events nimmt offenbar so gut wie keiner Anstoß an der KI-gestützten Bombardierung von Krankenhäusern, Schulen, Kirchen und Moscheen, dem hohen Anteil an zivilen Opfern, Männern,



Friedensdemonstration gegen das Massaker im Gaza-Streifen am 4. November 2023 in Berlin · Foto: Umbruch-Bildarchiv/heba

Frauen und insbesondere Kindern, der gezielten Ermordung von Reportern, Medizinern, IT-Experten und Angehörigen von Hilfsorganisationen, der Blockierung von Hilfslieferungen und dem Einsatz von Hunger als Waffe etc. pp. Die Diskrepanz zwischen diesen offenkundigen Grausamkeiten und der ausbleibenden Reaktion der besorgten »Gegen Rechts«-Demoteilnehmer, bei gleichzeitiger Aufregung über »Enthüllungen«, von Politikzielen einer rechtspopulistischen Oppositionspartei, die die etablierten Parteien in teilweise extremerer und konsequenterer Form bereits praktisch umsetzen, hat uns veranlasst an der Veranstaltung teilzunehmen.

Unsere Gruppe fand sich ohne genauer Verabredung auf fast magische Weise relativ weit vorne, ca. 20 Meter vor dem Lautsprecherwagen, der auch als Bühne für weitgehend inhaltsleere Reden diente, in denen es um Friede, Freude und Eierkuchen ging. Erkennbar waren wir als zusammengehörige Gruppe zu dem Zeitpunkt nur an den Kufiyas der Palästinenser, an einem ca. DIN A2 großen Schild mit den Aufschriften »Stoppt den Völkermord« und »Keine Waffen für Israel«, einem Transparent mit einer Friedenstaube und einem Pappschild mit der Aufschrift »Zionismus = rechts«.

So unauffällig unsere Gruppe auch war, erregte insbesondere das »Stoppt den Völkermord/Keine Waffen für Israel«-Schild sofort Aufmerksamkeit. Neben einer Reihe von Beschimpfungen und Beleidigungen erfolgten zunächst Belehrungen der Art »dies sei hier heute nicht das Thema«, denen von unserer Seite entgegnet wurde, dass es sich hier doch angeblich um eine »Demo gegen rechts« und bei der Netanyahu-Regierung um eine extrem rechte Regierung mit faschistischen Ministern handele, deren Gräueltaten von der Bundesregierung mit Waffenlieferungen unterstützt werden. Dem folgten Forderungen von Teilnehmern und dann von Ordnern, das Schild runter zunehmen. Die Zurückweisung dieser Forderung resultierte in einer wachsenden Zahl von Ordnern, wo-

raufhin die Palästinenser ihre mitgebrachten Fahnen entrollten und den Träger des beanstandeten Schildes in ihre Mitte nahmen. Dies wiederum führte zu zahlreichen Diskussionen (bzw. wüsten Beschimpfungen), Gedränge und Geschubse, Versuchen das »Stoppt den Völkermord/Keine Waffen für Israel«-Schild mit anderen Fahnen zu verdecken und zahlreichen Buh- und »Runter mit den Fahnen«-Rufen. Die Gruppe wurde als Antisemiten diffamiert, die islamistische Fanatiker unterstützte. Der Genossin mit dem »Zionismus = rechts«-Schild wurde ihr Plakat aus den Händen gerissen. Dieser Tumult zog sich über die gesamte Auftaktkundgebung hin.

Nach der Kundgebung beschlossen wir dem Zug nicht zu folgen. Wir postierten uns an dem Anstieg zum Osterdeich und ließen die gesamte Demo noch einmal an unseren Fahnen und Plakaten vorbeilaufen. Nur selten sahen wir zustimmende oder verständnisvolle Gesten, häufig Drohgebärden.

Der offene Rassismus und die aggressive Fremdenfeindlichkeit, die uns auf dieser Demo »gegen rechts« entgegenschlug und allen Arabern und Pro-Palästina-Aktivistinnen pauschal Homophobie und Antisemitismus unterstellt, ohne das geringste Mitgefühl für die mittlerweile annähernd 32.000 Toten zu zeigen, ist nicht nur in Bremen anzutreffen. Auch aus anderen Städten gibt es Berichte von gewaltsamen Übergriffen auf Migranten und heftigsten Anfeindungen (siehe dazu z.B. den nd-Bericht vom 05.02.24 »Leipzig: Beim Protest gegen rechts sind nicht alle willkommen« in dem von ähnlichen oder schlimmeren Vorfällen aus Leipzig, Berlin und Münster berichtet wird).

Dabei sind einige fundamentale Erkenntnisse der Demonstranten durchaus richtig. Auch wenn sie sich nicht auf den fortlaufenden Völkermord bezog, stimmt die Aussage einer vom Weserkurier zitierten Teilnehmerin: »Wer schweigt, ist nicht dagegen!«

M.Br., 26. März 2024 ■

Polizeigewalt gegen Antifa und Repressionen in Italien

Das politische Klima wird rauer. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Regierungen gehen dazu über, oppositionelle Meinungen, (hier sind die außerparlamentarischen gemeint) insbesondere die antifaschistischen, zu unterdrücken. Das geschieht zum Teil mit brutalen Methoden, die bisher den Polizeistaaten vorbehalten waren.

Beispiele dazu aus Italien:

Kürzlich wurde in Pisa von ca. 100 Schülern eine Pro-Palästina-Demo veranstaltet. Diese befanden sich in einer engen Gasse, die durch einen Van und eine Postenkette der Polizei in Kampfanzügen blockiert wurde. Urpötzlich stürzten sich die Polizisten auf die jungen Leute und verprügelten diese mit Schlagstöcken äußerst brutal. Einige der Demonstranten hatten auffällige Kopfwunden.

Die Aktion der Polizei war absolut unerklärlich, denn die Schüler waren unbewaffnet und friedlich. Es handelte sich vorwiegend um Gymnasiasten im Alter von ca. 15/16 Jahren!

Vom selben Tag kamen ähnliche Nachrichten aus Florenz. Auch dort wurden pro-palästinensische Demonstranten von der Polizei angegriffen, ohne erkennbaren Grund! Umgehend gab es empörte Reaktionen seitens der Parteien, allerdings fast ausschließlich von der Linken. Auch Staatspräsident Mattarella kritisierte die Polizeikräfte scharf, er warf ihnen Versagen vor.

Die Regierungsparteien unter Giorgia Meloni stellten sich ohne Wenn und Aber hinter den Polizeieinsatz. Und nicht nur das: Laut der "Partei Fratelli d'Italia", Melonis Partei, sind nicht die Polizisten die Schuldigen, sondern die sog. »Linken«, die die »Gewalt« unterstützen würden, die Ordnungskräfte provoziert hätten! Die im Netz verfügbaren Bilder sprechen eine andere Sprache. Es gab keine Gewalt seitens der Demonstranten.

Staatliche Repressionen und Willkür

Es verändert sich etwas Grundlegendes im politischen Klima in Italien. Bereits beim Amtsantritt von Meloni im Oktober 2022 griffen Polizisten an der Universität La Sapienza in Rom antifaschistische Studenten an, die sich gegen rechte Kommilitonen gewandt hatten. Das wiederholte sich im Oktober 2023 an gleicher Stelle. Wieder traf es Studenten, die gegen Rechts protestierten.

Weitere Ereignisse beunruhigen die Öffentlichkeit, da offensichtlich gezielt »von oben« gegen unliebsamen Protest sowie unbequeme linke, antifaschistische Personen und Gruppen vorgegangen wird. Beispielsweise geschah es im Dezember 2023, bei einer Premiere an der Mailänder Scala, dass ein Zuschauer vor dem Beginn der Vorstellung rief: »Es lebe das antifaschistische Italien.« Er wurde sofort von (zufällig?) anwesenden Polizisten zur Feststellung der Personalien festgehalten.



Demo in Pisa am 24.02.2024

Quelle: RAI TGR

Gleiches geschah in Mailand mit 12 Personen, die einfach nur Blumen zu Ehren von Nawalny niederlegen wollten. Auch hier gab es Personenkontrollen zur Aufnahme der Personalien.

Am 14. Februar 2024 knöpfte sich die Polizei auf der schon beschriebenen Weise zum ersten Mal eine Pro-Palästina-Demo vor. Die Palästina-Demos in jüngster Zeit blieben offensichtlich unbehelligt von Polizeigewalt, offenbar wirkte der öffentliche Aufschrei.

Ganz sicher nicht zufällig werden deutliche Parallelen zu gängigen Polizeistaatsmethoden sichtbar, bestens bekannt aus der Ära des Faschismus, – ein alarmierendes Signal, weit über Italien hinaus! Das muss auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass ein hervorragendes Einvernehmen zwischen EU-Administration und italienischer Regierung besteht. Man denke nur an den geradezu herzlichen Umgangston, den EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Giorgia Meloni pflegen. Ganz im Gegensatz übrigens zu kritischen Tönen von der Leyens am Anfang der Regierungszeit Melonis, was wohl taktisch bedingt war, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass man sich mit »Post«-Faschisten prinzipiell prächtig verstehen kann!

In Italien selbst wird vehement bestritten, dass hinter der Polizeigewalt eine Direktive aus der Politik stünde. Es wird so getan, als sei das eine Eigenmächtigkeit über-eifriger Beamter.

Fakt ist, dass es wie in Deutschland eine Verschärfung im Umgang mit unbequemen oppositionellen Meinungsäußerungen gibt, die mit Sicherheit nicht nur auf die Polizei beschränkt ist. Selbstverständlich gibt es dazu Rückendeckung aus der Politik.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass auch in einem Land ohne »Staatsräson« zunehmend autoritär gegen abweichende Meinungen zur offiziellen Linie vorgegangen wird.

Die Wahrheit ist in den geopolitischen Verstrickungen zu finden, bei denen Italien und Deutschland nicht uneteiligte Zuschauer sind, sondern überaus aktive Akteure!

M2.B, 23.05.2024 ■

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg – Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Der Auftakt zu den Ostermärschen im Rhein-Main-Gebiet findet traditionell am Karfreitag in dem kleinen Ort Bruchköbel (bei Hanau) statt, in diesem Jahr am 29. März. Organisiert wurde die Veranstaltung schwerpunktmäßig von der Hanauer Friedensplattform, unterstützende und mobilisierende Organisationen waren u. a. DIDF, DIDF-Jugend, Internationaler Jugendverein Hanau, VVN-BdA, Naturfreunde. Mit dem lokalen DGB hatte es zeitliche Abstimmungsprobleme gegeben, sodass die DGB-Region Südosthessen, wie im letzten Jahr (vgl. Arbeiterpolitik 2/2023, S. 9), nicht als aufrufende Organisation auf dem Flyer aufgenommen werden konnte. Inhaltlich hatte für die Friedensplattform aber auch die Befürchtung im Raum gestanden, dass der DGB die im Flyer veröffentlichte Stellungnahme gegen das Positionspapier (s. u.) von IG Metall, SPD-Wirtschaftsforum und BDSV nicht mittragen würde.

Trotz regnerischen Wetters fanden sich ca. 200 Friedensfreund:innen ein. Der Schwerpunkt des diesjährigen Ostermarsches in Bruchköbel richtete sich gegen die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft. Schwerpunkt der Veranstaltung war die Rede der früheren Regionaleschäftsführerin des DGB-Südosthessen, Ulrike Eifler, die derzeit Bundessprecherin des Arbeitskreises Betrieb und Gewerkschaft der Partei Die Linke und eine der Erstunterzeichner:innen des Aufrufs »Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg« ist. Das Bemerkenswerte an ihrer Rede ist die klare Wendung gegen den Aufrüstungskurs, der in Gestalt des gemeinsamen Positionspapiers des Hauptvorstandes der IG Metall, des SPD-Wirtschaftsforums und des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Eingang in die offizielle Strategie der größten deutschen Gewerkschaft gefunden hat. Ulrike Eifler zieht Schlussfolgerungen daraus, was dieser Kurs bedeutet und was ihm notwendigerweise entgegengestellt werden muss. Wir stellen im Folgenden im Rahmen dieser kurzen Korrespondenz die Grundzüge dieses Positionspapiers dar und bringen ausführliche Auszüge aus ihrer Rede.

Zum gemeinsamen Positionspapier von IG Metall, SPD und BDSV

Deutschland brauche »ein industriepolitisches Konzept zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie«, heißt es gleich zu Beginn einer Presseerklärung vom 9. Februar 2024. Damit ordnet sich die Gewerkschaft in die von der Ampelkoalition mit Unterstützung der Unionsparteien formulierten Forderung nach der Herstellung von »Kriegstüchtigkeit« Deutschlands ein. Es ist eine Intensivierung der Sozialpartnerschaft mit Unternehmern und Staat und die Ausdehnung auf das Gebiet der Rüstungspolitik. Gefordert werde »eine Industriepolitik, die die Produktionskapazitäten und technolo-

gischen Fähigkeiten des Standortes Deutschland und der hier tätigen Rüstungsunternehmen in den Blick nimmt und fördert«. Das sei auch »für deren Beschäftigte von großer Bedeutung«. Man habe »sich hierfür mit Unternehmen aus den Teilbranchen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie rückgekoppelt und Vorschläge erarbeitet«, wie es eben im Sinne eines rechtsgewerkschaftlichen Co-Managements liegt.

Im Folgenden betont – neben entsprechenden Ausführungen von Matthias Machnig, Vizepräsident des Wirtschaftsforums der SPD, und H. C. Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des BDSV und Chef der Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) – Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, dass »2024 das Entscheidungsjahr für die wehrtechnische Industrie in Deutschland« sei. Wir brauchen »eine wehrtechnische Industriepolitik« für »hochmotivierte, hervorragend qualifizierte Beschäftigte auf technischen anspruchsvollen, meist tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen«. In diesem Stil geht das weiter. Das gemeinsame Positionspapier selbst befasst sich ausführlich mit Fragen des »Sondervermögens«, der »nationalen Sicherheitsstrategie« und schließlich mit detaillierten Konzepten der »Leitsektoren« Land, See und Luft. Das muss hier genügen. Informationen im Netz sind reichlich vorhanden (Stichwort für die Google-Suche: »Souveränität und Resilienz sichern«).

Zur Rede von Ulrike Eifler

In ihrer Einleitung heißt es gleich: »Ich stehe hier als linke Gewerkschafterin, die der Gewerkschaftsbewegung und der Friedensbewegung in der Region noch immer eng verbunden ist. Ich stehe hier, weil ich dafür kämpfe, dass die Gewerkschaften aktiver Teil der Friedensbewegung sein müssen. Und ich stehe hier, weil es zum Selbstverständnis der Gewerkschaften gehört, die Arbeits- und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.« Dieses Selbstverständnis vorausgesetzt, streiten Gewerkschaften »nicht nur für Arbeitsplatzsicherheit und gute Löhne, sondern kämpfen auch gegen den Aufstieg des Faschismus und die wachsende Kriegsgefahr – weil sich Arbeitsplätze weder in einer faschistischen Gesellschaft noch auf einem zerstörten Planeten gestalten und erhalten lassen.« Was wir in der Realität erleben, sei »die Vorbereitung eines nie dagewesenen Sozialabbaus. Bürgergeldempfänger, Geflüchtete oder Streikende werden in einer unflätigen Art und Weise diffamiert, um Kürzungen zu rechtfertigen.«

»Wir erleben eine Kriegsbesoffenheit des politischen, medialen und zum Teil auch des akademischen Establishments, das daran arbeitet, die gesamte Gesellschaft bellizistisch zu durchdringen.« Gesellschaftlich relevante Fragen werden mit der Kriegsperspektive versehen: »Oder nehmen wir die Zeitenwende im Gesundheitswe-

sen, das mit ausreichend Lazaretten und Materialvorräten kriegstüchtig gemacht werden muss – über Jahre schafft es die Politik nicht, ausreichend Geld für die Entlastung des Pflegepersonals in die Hand zu nehmen, jetzt aber zeigt sich der Bundesgesundheitsminister umtriebig, um die maroden Krankenhäuser kriegstüchtig zu machen. In unseren Schulen sollen Schulkinder auf den Dienst an der Waffe und den Kriegseinsatz vorbereitet werden und im öffentlich-rechtlichen Kinderfernsehen wird Werbung für den Taurus gemacht. Diese Entwicklung ist so unerhört und skandalös, dass sie unsere ganze Empörung und unsere gesamte Ablehnung erforderlich macht, um dagegen vorzugehen.«

Dann greift sie das Positionspapier von IG Metall und Rüstungslobby auf: »In eurem (der Hanauer Friedensplattform, d. Verf.) Aufruf wird das Positionspapier kritisiert, auf das sich jüngst das Wirtschaftsforum der SPD, die Rüstungslobby und die IG Metall verständigt hatten – deshalb möchte ich auch kurz darauf eingehen. Ich finde, wir müssen dieses Papier gut studieren und dann mit der gleichen Komplexität und Grundsätzlichkeit kritisieren, die in diesem Papier steckt. Unter dem Titel ‚Souveränität und Resilienz sichern‘ fordert es industriepolitische Leitlinien für den Rüstungsbereich. Mit Hilfe staatlicher Beschaffungspolitik sollen eigene leistungsstarke Verteidigungssysteme zu Land, Luft und See aufgebaut werden. Die Spirale der Eskalation, die ein Aufrüstungskurs unweigerlich nach sich zieht, bleibt unerwähnt – aber das ‚Sondervermögen Bundeswehr‘ und die zugesagte 2%-Quote der NATO werden emphatisch gefeiert. Das ist natürlich wenig verwunderlich, denn beides stellt den Rüstungsunternehmen riesige Konjunkturprogramme in Aussicht – noch dazu in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation.

Aus gewerkschaftlicher Sicht fällt es weit hinter die friedenspolitischen Positionen der IG Metall zurück und sendet fatale Signale aus: Denn es orientiert nicht auf Entspannungspolitik und Frieden, sondern stärkt den Diskurs derer, die ein Interesse an militärischer Eskalation haben. Aber das Papier kleidet die Aufrüstungsambiti-

onen der Rüstungsindustrie in einen industriepolitischen Diskurs, der vorgibt, den Erhalt der Fertigungsstandorte und die dazugehörigen Arbeitsplätze in den Blick zu nehmen. Damit suggeriert es, dass Aufrüstung eine Antwort auf die Herausforderungen von wirtschaftlicher Stagnation, Deindustrialisierung und Transformation sein könnte.«

Was ist dem entgegenzuhalten? Ulrike Eifler nennt Rüstungskonversion und Transformation für den zivilgesellschaftlichen Bedarf: »Kolleginnen und Kollegen, die Forderung nach Rüstungskonversion in einer Zeit massiver Aufrüstung, in einer Zeit, in der die gesamte Gesellschaft durchmilitarisiert wird, ist keine leichte Aufgabe, denn damit stellen wir uns gegen den Wind. Die Forderung nach Rüstungskonversion heute zu erheben heißt, sich gegen die mächtige Rüstungsindustrie und all diejenigen aufzulehnen, die kriegsbesoffen über Bodentruppen in der Ukraine und atomare Abschreckung reden. Und unterschätzen wir das nicht: Das ist alles andere als einfach. Aber als Gewerkschafterin sage ich sehr klar: Was ist die Alternative? Welche andere Position könnten wir Gewerkschaften vor dem Hintergrund unserer Geschichte, in Erinnerung an zwei furchtbare Weltkriege und angesichts des wachsenden Risikos neuer weltkriegsähnlicher Auseinandersetzungen sonst einnehmen?

Und deshalb sage ich auch: Die Kritik aus der Friedensbewegung an diesem Papier muss inhaltlich klar und hart in der Sache sein, aber sie muss mit der nötigen Empathie, Kollegialität und Bereitschaft zur Unterstützung der Gewerkschaften versehen werden. Denn natürlich steht die Industrie unter einem erheblichen Transformationsdruck und an jedem einzelnen Industrieunternehmen hängen tausende von gutbezahlten Jobs.

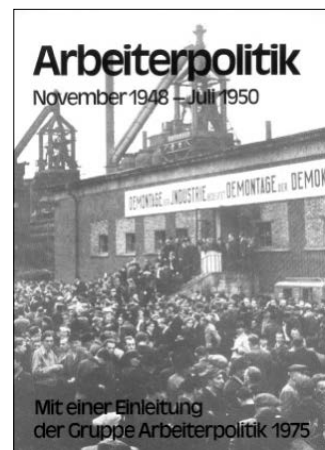
Deshalb muss die Friedensbewegung die Gewerkschaften dabei unterstützen, dass der Transformationsdruck nicht durch den Aufbau der Rüstungsindustrie gelöst wird. Vielmehr müssen die Gewerkschaften zum Treiber der Transformation werden. Und auch dafür brauchen sie eine starke Friedensbewegung an ihrer Seite,



Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg
1945
Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg
September 1945, Gr. Arbeiterpolitik
32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Reprint
Zeitschrift Arbeiterpolitik
November 1948 bis Juli 1950, einschl. »Offene Worte an Kommunisten«
Gruppe Arbeiterpolitik 1975
440 Seiten A5, Broschur | 7,50 EUR



Ostermarsch in Bruckhöbel, Ulrike Eifler (Foto links) · Fototeam Hessen/Reiner Kunze

denn die Diskussion, was produziert und transformiert werden soll, darf nicht allein von den Arbeitgebern geführt werden, sondern braucht die starke Stimme aus Gewerkschafts- und Friedensbewegung.«

Sie ruft zu einem Bündnis von (linker) Gewerkschafts-, Friedens- und Klimabewegung auf: »Wir müssen diejenigen sein, die die Transformation industrieller Fertigungsprozesse mit der Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer Produkte verknüpfen. ... Kolleginnen und Kollegen, die Klimafrage und die Frage von Krieg und Frieden gehören deshalb zusammen, weil Krieg und Ausrüstung die größten Klimakiller sind. Der CO₂-Fußabdruck der deutschen Waffenhersteller wird aktuell auf mehr als 3,4 Millionen Tonnen im Jahr geschätzt. Für den gesamten deutschen Militärssektor einschließlich der Bundeswehr sind es sogar 4,5 Millionen Tonnen. Das entspricht dem CO₂-Ausstoß von etwa einer Million Autos pro Jahr. Hinzu kommen die CO₂-Emissionen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die nirgendwo erfasst sind, aber erheblich sein dürften, wenn man sich das folgende Beispiel auf der Zunge zergehen lässt. So wird der Diesel-Nachschub westlicher Soldaten im Sahel mit Hubschraubern befördert, weil die Nutzung der Landroute zu gefährlich ist. Dabei verbraucht der Hubschrauber selbst mehr als die Hälfte des Kraftstoffs, den er liefert. Und der Kampfjet F-35, den die Bundeswehr bereits geordert hat, emittiert pro Stunde mehr als ein Bundesbürger im Jahreschnitt. Steigende Militäretats ziehen also einen deutlichen Anstieg der CO₂-Emissionen nach sich – eine Entwicklung, die angesichts des drohenden Klimakollapses nicht zu rechtfertigen ist.«

Was heißt das alles für die bürgerliche Demokratie, für die politischen Rechte und die Organisationen der Lohnabhängigen in dieser staatlichen Struktur, die in erster Linie der Sicherung der kapitalistischen Ausbeutungsordnung dient? »Und nach den sozialen und ökologischen Verwerfungen zieht der Aufrüstungskurs der Bundesregierung auch demokratische Verwerfungen nach sich. ... Aus den Geschichtsbüchern wissen wir: Arbeitsplätze wurden nie durch sozialpartnerschaftliche Absprachen mit der Rüstungsindustrie gesichert – es waren immer Kriege, die den Takt für Einstellungen und Entlassungen vorgaben. In Kriegszeiten wurden diejenigen, die nicht an der Front verheizt wurden, für die Kriegsindustrie rekrutiert, zu Friedenszeiten wurden ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert. Und wir sollten auch nicht vergessen, wie unterschiedlich sich ihre und unsere Geschichte entwickelt hat: Während **unsere** Gewerkschaften unter Hitler zerschlagen wurden, entwickelten sich

ihre Rüstungsunternehmen zu nationalsozialistischen Musterbetrieben. Unter allen Industriezweigen sticht die Rüstungsindustrie durch ihre besondere Kooperationsbereitschaft mit dem deutschen Faschismus und eine eifrige Bereitschaft, an Tod und Zerstörung zu verdienen, hervor. Auch vor diesem Hintergrund müssen die Gewerkschaften einen Schwerpunkt ihrer Industriepolitik nicht auf den Ausbau, sondern auf den Umbau der Rüstungsindustrie zu einer zivilen Industrie legen.«

Zum Schluss darf ein Ausblick auf unsere Rolle, gerade auch in schwierigen Zeiten, nicht fehlen: »Dreh- und Angelpunkt unserer Strategieüberlegungen muss es sein, Sozialproteste gegen die aktuelle Politik aufzubauen. Ausgehend von der Notwendigkeit, mehr Protest zu organisieren, stehen wir darum vor der Herausforderung, die Gewerkschaften, die Klimabewegung und die Friedensbewegung stärker zusammenzuführen. Die Zukunft unseres Planeten wird durch die Zerstörung unseres Klimas, durch die Zerstörung sozialer Sicherheiten und durch das steigende Eskalationspotential kriegerischer Auseinandersetzungen zunehmend bedroht. Klimabewegung, Friedensinitiativen und Gewerkschaften haben deshalb den gleichen Gegner. Damit aber die Diskursmacht der Klimabewegung, der Erfahrungsreichtum der Friedensbewegung und die Stärke gewerkschaftlicher Gegenwehr zusammenfinden können, müssen wir die Rolle annehmen, in all diesen Bewegungen eine treibende Kraft zu sein. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen: Denn wer die Welt des Kapitals schwächen will, muss die Welt der Arbeit stärken!«

Weitere Reden

In diesem Sinne äußerte sich auch ein Sprecher der Hanauer Friedensplattform. Er bezog sich insbesondere auf die der Kriegsvorbereitung unvermeidlich dienende Propaganda und die Zurichtung der Gesellschaft: »Immer dann, wenn eine Gesellschaft kriegstüchtig gemacht wird, muss sie formiert werden. Die Formierung erfolgt durch einen Abbau klassischer demokratischer Rechte. Das nennt sich dann Verteidigung der Demokratie durch Ausschluss abweichender Meinungen. Die Formierung läuft dann unter dem Motto: ‚Gemeinsamkeit der Demokraten‘. Die Aufteilung der Gesellschaft in Gute und Böse soll eine pervertierte Einheitsfront schmieden. Hierzu sind die Gegner zunächst zu personalisieren und dann zu dämonisieren. ...

Die von der Ampel organisierten Demonstrationen gegen rechts hatten zum Motto: ‚Nie wieder ist jetzt.‘ Der ursprüngliche Slogan lautete jedoch ... : ‚Nie wieder Faschismus.‘ In diesem Sinne wurde der Satz bereits vom früheren olivgrünen Außenminister Joschka Fischer missbraucht, der, wie jeder Krieger den Krieg gegen Jugoslawien 1999 mit einer Lüge begründete ... und uns seine Lüge mit der Werteorientierung vermittelte: ‚Nie wieder Auschwitz.‘ Demagogischer und abstoßender konnte eine Kriegslüge kaum begründet werden. Der Slogan lautete vollständig: ‚Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.‘ Deshalb stehen wir heute hier.«

Leider liegt dem Korrespondenten die Rede des Internationalen Jugendvereins Hanau, die auch eindeutig in die Richtung der beiden anderen Beiträge ging, nicht vor. Der Aufruf zum Ostermarsch in Bruchköbel, die vollständigen Reden und sonstiges dazu sind auf der Website der Hanauer Friedensplattform unter dem Abschnitt »Ostermarsch 2024« zu finden.

Ein Beschluss der IG Metall Hanau/Fulda

Zuvor hatte schon die Delegiertenversammlung der IG Metall/Fulda einen Kontrapunkt gegen den Aufrüstungskurs gesetzt. Am 21. März 2024 wurde folgender Beschluss gefasst:

»Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!«

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über »Kriegstüchtigkeit« und sogar über »eigene« Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abwälzt werden. Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt »Kriegstüchtigkeit« einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: Gegen Kriege und gegen Aufrüstung! Beschluss der Delegiertenversammlung IG Metall Hanau/Fulda«

Der letzte Absatz entspricht wörtlich dem o. a. Aufruf »Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg«, den auch Ulrike Eifler unterschrieben hat. Ein Teilnehmer berichtete, dass die Zustimmung mit »satter« Zweidrittelmehrheit erfolgte, nur einige Gegenstimmen und Enthaltungen aus dem Raum Fulda gekommen seien.

Fazit zum Bruchköbeler Ostermarsch

Zum Ablauf des diesjährigen Ostermarsches in Bruchköbel ist, von den beschriebenen inhaltlichen Schwerpunkten abgesehen, nichts Besonderes zu vermelden. Zahl und Gliederung der Teilnehmenden war etwa wie immer – mehr oder weniger links, altersmäßig der Schwerpunkt in den höheren Jahrgängen, die jüngeren eher durch DIDF-Jugend und Internationalen Jugendverein repräsentiert, auch auf der Rednerbühne. Man konnte sich, freute sich des Wiedersehens und nahm die Gelegenheit auch für Gespräche wahr. Der Kundgebung folgte die übliche Demonstration durch den kleinen Ort zum traditionellen Abschlussfest (in früheren Jahren hatte es Naziaufmärsche gegeben, die aber durch entschlossenes Vorgehen der Aktiven, dem die Polizei dann folgen musste, unterbunden bzw. blockiert und schließlich von den Urhebern selbst aufgegeben wurden). Wir leben in schwierigen Zeiten und müssen uns mit geringen Kräften so weit wehren, wie es möglich ist. Nur so können wir die Perspektive offen halten, um, wie Ulrike Eifler es formuliert, »in all diesen Bewegungen eine treibende Kraft zu sein«.

F/HU, 14. April 2024 ■



»Tag des Sieges« oder »Befreiung vom Faschismus«?

Wie alljährlich am 8. Mai zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs, die Befreiung Deutschlands und Europas vom NS-Faschismus und die Opfer, die das gekostet hat, fand auch in diesem Jahr in Hanau am Mahnmal in der Martin-Luther-Anlage die Veranstaltung von VVN/BdA und DKP Main-Kinzig statt. An die vierzig Personen nahmen daran teil. Umrahmt von Kranzniederlegung und antifaschistischen Musikbeiträgen wurden einige Reden von VVN, DKP, Hanauer Friedensplattform und Internationalem Jugendverein Hanau gehalten. Hierin wurden die Verantwortung der Bundesregierung für die Beteiligung an den Kriegen in der Ukraine und im Gaza-Streifen dargelegt und insbesondere die Eskalationsgefahr zu einem Dritten Weltkrieg hervorgehoben.

Für den nächsten Tag, den 9. Mai, diesmal zufällig ein Feiertag, luden VVN/BdA und DKP Main-Kinzig zu einer Feier im Hof des Gewerkschaftshauses ein. Es sollte der »Tag des Sieges« begangen werden. In der Einladung wurde auch die Erwartung ausgedrückt, dass man das Begehen dieses Tages künftig zur Regel machen könne. Bekanntlich wurde am 7. Mai 1945 mit Gültigkeit ab 8. Mai die Kapitulation der Wehrmacht des NS-Reiches vor den Westmächten in Reims, am 8. Mai mit Gültigkeit ab 9. Mai vor der Roten Armee der Sowjetunion in Berlin vollzogen.

Soweit die Bedeutung dieser Tage. Die damit verbundene Begrifflichkeit wirft jedoch Fragen auf, die mit der historischen und politischen Bewertung zusammenhängen. Wir sind gewohnt, von der »Befreiung vom Faschismus«, genauer: vom faschistischen Regime und seiner Wehrmacht, zu sprechen. Aber waren diese Ereignisse ein »Sieg«? Waren sie es vom Standpunkt der Arbeiterbe-

wegung aus? Die Frage zu stellen, heißt, sie zu verneinen. Die »Befreiung vom Faschismus« war vom Standpunkt der Arbeiterbewegung kein »Sieg«, sondern eine ambivalente Ausgangslage in die nachfaschistische Zeit.

Erfahrungen des Ersten Weltkriegs

Ein historischer Vergleich gibt hier erste Aufschlüsse. Der Erste Weltkrieg endete mit einer schweren Niederlage des deutschen Imperialismus. Deutschland war als Großmacht zunächst ausgeschaltet, aber nicht völlig wehrlos.

Die Bourgeoisie wurde durch die Bestimmungen des Waffenstillstandes und des Versailler Vertrags schwer getroffen, verlor ihre Auslandsinvestitionen und musste ihre Profite mit der westeuropäischen Konkurrenz teilen; die USA drangen erstmals tief in die deutsche Ökonomie ein (z. B. Autoindustrie: General Motors, Ford; auch den Vorsitz in der Reparationskommission konnten sie nutzen). Aber die Widersprüche der Reparationspolitik auf dem Weltmarkt und zwischen den Großmächten konnten auch zugunsten des deutschen Kapitals ausschlagen, so dass ein Ende der Zahlungen, Lieferungen und politischen Belastungen nicht aussichtslos erschien (um Geld für Reparationszahlungen zu verdienen, musste die deutsche Wirtschaft ihrer Konkurrenz auf dem selbigen Marktanteile streitig machen; französische Kohlebarone waren nicht erfreut über Zwangslieferungen der deutschen Kohlewirtschaft zum Nulltarif, weil diese ihren eigenen Absatz schmälerten; usw.).

Die Arbeiterbewegung war gespalten, aber in dieser Beschränkung dennoch handlungsfähig. Es gab eine re-

 <p>WESTBLOCK-OSTBLOCK Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg</p> <p>Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer Erweitert durch Briefe und Dokumente</p> <p>Mit Einleitung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik 1992</p>	<p>August Thalheimer</p> <p>Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion</p> <p>Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern</p> <p>Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik</p>	<p>August Thalheimer</p> <p>Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg</p> <p>Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik</p>
<p>Westblock – Ostblock Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992</p> <p>460 Seiten A5 Broschur 7,50 EUR</p>	<p>August Thalheimer Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion 1946, Gruppe Arbeiterpolitik</p> <p>43 Seiten A5 1,50 EUR</p>	<p>August Thalheimer Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik</p> <p>32 Seiten A5 1,50 EUR</p>

volutionäre Teilbewegung, die den Sturz der kapitalistischen Produktionsweise anstrebte und über eine Partei (KPD), ein Programm und eine Führung verfügte. Sie wurde niedergeschlagen, indem die SPD ein Bündnis mit der Obersten Heeresleitung unter den kaiserlichen Generälen Hindenburg und Gröner schloss.

Der Staat blieb souverän und gab sich eine bürgerliche Verfassung. Nur einige Teile des Reichsgebietes im Westen wurden von westalliierten Streitkräften besetzt. Sein Militär wurde radikal reduziert, so dass es die Alliierten nicht angreifen konnte, aber es war im Innern einsetzbar. Diese Gesamtlage schuf wesentliche Voraussetzungen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gegeben waren. Die Novemberrevolution nahm so ihren bekannten Verlauf (vgl. Arbeiterpolitik 5/6 2018). Für die in- und die ausländische Bourgeoisie waren diese Verhältnisse also in der Zwischenkriegszeit noch beherrschbar.

Zweiter Weltkrieg: Bedingungslose Kapitulation

Am Ende des Zweiten Weltkriegs war die Lage eine völlig andere. Deutschland war besiegt und besetzt, das faschistische Regime und seine Wehrmacht restlos zerschlagen. Die Alliierten hatten »unconditional surrender« (bedingungslose Kapitulation) gefordert. Es sollten diesmal wirklich einschneidende Lehren aus den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs gezogen werden.

Für die westlichen Alliierten, also insbesondere USA, Großbritannien und das erst nachträglich hinzugezogene Frankreich, bedeutete das, dass Deutschland nun wirklich als Großmacht ausgeschaltet werden sollte. Es sollte keine Gelegenheit mehr bekommen, einen nochmaligen Angriffskrieg zu führen, einen »dritten Griff zur Weltmacht« zu wagen. Also wurde das gesamte Reichsgebiet besetzt, durch die Besatzungszonen zerstückelt und der alleinigen Regierungsmacht der Sieger unterworfen. Um es als imperialistischen Konkurrenten auszuschalten, wurde auch die Kontrolle über die Wirtschaft übernommen. Anfangs gab es sogar radikale Überlegungen (Morgenthau-Plan), Deutschland auf den Stand eines reinen Agrarlandes zu reduzieren. Demontagen industrieller Betriebe wurden durchgeführt, auch gegen Widerstände der Belegschaften. Spätestens in der beginnenden Blockkonfrontation mit der Sowjetunion erwiesen sich solche Vorstellungen als unrealistisch, verdichteten sich aber in späteren Jahren in der vorübergehenden internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes als schwerindustriellen Zentrums und den Vorläuferorganisationen der EU wie Montanunion und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Dazu kam die Wiederbewaffnung unter Kontrolle der NATO und der USA. Von dieser Seite her wurde in (West-) Deutschland selbstverständlich der Kapitalismus im liberalen Sinne reorganisiert, der die Grundlage für den Wiederaufstieg eines (west-) deutschen Staates innerhalb des westlichen Lagers unter Führung der USA schuf.

Die Sowjetunion beanspruchte ihren Teil Deutschlands, zunächst für die Schaffung eines sicheren Vorfeldes gegen einen neuen Angriff aus einem (west-) deutschen Staat samt potentiellen Verbündeten, dann für die Ausdehnung des sozialistischen Produktionsmodells,

wie es sich in der SU entwickelt hatte. Stalin fasste das in die treffende Beschreibung, dass der Sieger dem Besiegten sein Gesellschaftsmodell aufzwingen. Hatten die Westmächte in Westdeutschland den liberalen Kapitalismus reorganisiert, die (Groß-) Betriebe wieder ihren Eigentümern übergeben, Forderungen nach Formen der Vergesellschaftung ignoriert, so setzte die Sowjetmacht in Ostdeutschland ihre autoritäre Form sozialistischer Eigentumsverhältnisse und Wirtschaftsweise von oben durch. In vier Jahrzehnten Blockkonfrontation ist der Sozialismus sowjetischer Prägung dem liberalkapitalistischen Westen erlegen. Es hatte sich gezeigt, dass sozialistische Produktionsweise offenbar nicht dauerhaft funktionieren kann, wenn sie nicht mit demokratischen Umgangs- und Lenkungsformen verbunden ist, d. h. von den arbeitenden Menschen selbst getragen wird.

Mit der Geschichte der Sowjetunion haben wir uns beschäftigt in der Broschüre »Weiße Flecken« sowie einer Nachfolgeserie ab dem Zweiten Weltkrieg in den Ausgaben der Arbeiterpolitik 3 bis 5/2017 und 1/2018

Für die Arbeiterklasse auf beiden Seiten der Blockgrenze bedeutete der Sieg der sowjetischen und westalliierten Truppen über die Wehrmacht und die Zerschlagung des Regimes natürlich eine Befreiung vom Faschismus. Aber diese Ausgangslage am Kriegsende war ambivalent: einerseits der Neuanfang für eine Arbeiterbewegung, andererseits die Kontrolle durch die Besatzungsmächte beiderseits der sich herausbildenden Blockgrenze.

Die kapitalistischen Westmächte zogen aus der selbständigen revolutionären Bewegung im Ausgang des und nach dem Ersten Weltkrieg den Schluss, eben dieses nicht zuzulassen. Die Übernahme der Regierungsgewalt im Westen des ehemaligen Reichsgebietes hatte also die Funktion, eine Entwicklung wie in der Novemberrevolution zu unterbinden. Es gab weder ein deutsches Militär noch eine selbständig handelnde deutsche Sozialdemokratie, die ihre Rollen jeweils hätten übernehmen können. Deshalb traten die Siegermächte an deren Stelle.

Spiegelbildlich, aber mit umgekehrten gesellschaftlichen Vorzeichen galt dies auch in der sowjetischen Besatzungszone. Es gab zwar wieder die KPD, aber die Rolle einer selbständig und in Übereinstimmung mit einer revolutionär gestimmten Bewegung in der Arbeiterklasse handelnden kommunistischen Partei konnte sie nicht einnehmen. Auch die sich in der weltpolitischen Lage abzeichnende Blockkonfrontation erlaubte es der Sowjetunion in ihrem Interesse, wie sie es verstand, nicht, die Kontrolle in ihrer Zone aus der Hand zu geben.

Wessen Sieg?

In beiden Teilen Deutschlands waren also die politischen Kräfte der Arbeiterbewegung ausgeschaltet und zur Passivität bzw. willigen Zusammenarbeit mit der jeweiligen Besatzungsmacht verurteilt. Wir kommen deshalb wieder auf unsere Ausgangsfrage zurück: Kann vom Standpunkt der Arbeiterbewegung von einem »Sieg« über den Faschismus gesprochen werden? Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Linken setzt in einem mehr oder weniger oberflächlichen Verständnis, etwa einer falsch verstandenen Traditionspflege oder einer globalpolitischen Par-

teinahme in der gegenwärtigen Auseinandersetzung des US-geführten Westens mit Russland, die »Befreiung vom Faschismus« mit einem »Sieg« der richtigen Seite gleich, wie immer sie diese versteht. Auch wenn dieser Teil der Linken sich darauf beruft, dass nicht nur die sowjetischen und westalliierten Truppen den Faschismus bekämpft und niedergedrückt haben, sondern in vielen Teilen Europas, etwa Frankreich, Italien, Griechenland, Partisanen an deren Seite oder selbständig gegen die faschistischen Besatzer vorgegangen sind, so wurde doch am Ende die Machtfrage – im Sinne der zitierten Stalin'schen Bemerkung – von den Staaten geregelt.

Von einem »Tag des Sieges« der Arbeiterklasse kann jedoch nicht gesprochen werden, wenn wir feststellen müssen, dass in beiden Blöcken der Systemauseinandersetzung die Arbeiterbewegung unter Kontrolle gestellt wurde. Dies geschah zum Zweck der Wiederherstellung und Stabilisierung der jeweiligen Gesellschaftsordnung. Dies galt prinzipiell auch für die Besatzungsmacht Sowjetunion, die in Ostdeutschland/Osteuropa im Interesse der Arbeiterklasse zu handeln vorgab. Mitwirken durfte daran nur, wer sich in die durch die Besatzungssituation vorgegebenen Machtverhältnisse einbringen konnte.

Ein wenig klassenbewusster Teil der Linken wird in dieser Lage zu einer geostrategischen Sichtweise verleitet, in dem kapitalistischen Westen aufgrund eigener Interessenlage als Gegner gegenüberstehenden Großmächten wie Russland, China, Indien, kurz: den BRICS-Staaten schon wegen dieser Konstellation potentielle »Verbündete« zu sehen. Dies wurde etwa deutlich in einer Veranstaltung der Hanauer Friedensplattform mit dem bekannten linken Publizisten Werner Rügemer. Ein klassenbewusster Gewerkschafter trat dagegen auf und erinnerte daran, dass Deutschland, aber auch alle anderen im Ukrainekrieg verwickelten Staaten Klassengesellschaften sind. Im Interesse der Lohnabhängigen müssen in erster Linie die Waffen schweigen und Verhandlungen aufgenommen werden. Es war der gleiche Gewerkschafter, der in einer Delegiertenversammlung der IG Metall Hanau/Fulda im März eine Resolution eingebracht hatte, die in diesem Sinne argumentiert: »Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt ‚Kriegstüchtigkeit‘ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen (Auszug aus dem Beschluss).« Der Text wurde mit Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen in einer Zeit, in der der Hauptvorstand der IG Metall nichts Besseres zu tun hat als gemeinsam mit dem SPD-Wirtschaftsforum und dem Unternehmerverband der Rüstungsindustrie BDSV ein Positionspapier zu unterzeichnen, in dem Aufrüstung und »Kriegstüchtigkeit« gefordert werden.

»Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen.« lautet der berühmte Ausspruch von Max Horkheimer. Er bedeutet, dass Faschismus, wenn er auch aus kapitalistischen Verhältnissen nicht zwangsläufig entstehen muss, so doch in jedem Fall in diesen seine Grundlagen hat. Im Interesse der Arbeiterklasse hätte also einer »Entnazifizierung« auch eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus folgen müssen. Dies geschah im Westen bekanntlich nicht, im Osten durch autoritäre Lenkung von oben.

August Thalheimer hat in seiner Broschüre »Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg« von 1946 die internationale Lage unmittelbar nach Kriegsende so beschrieben: 1. das relativ einheitliche Lager der imperialistischen Siegermächte unter der Vormachtstellung der USA, 2. das von der Sowjetunion geführte sozialistische Lager, 3. die Halb- und Vollkolonien als »(wenn auch rebellische) Unterwelt der Weltpolitik«. Diese Situation hat ca. vier Jahrzehnte gehalten. Aber der sozialistische Block ist als solcher untergegangen. Er hätte nur verteidigt und weiterentwickelt werden können, wenn a) die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse dahinter gestanden hätte, er also ein demokratischer Sozialismus gewesen wäre; b) ihm kein materiell überlegener Imperialismus gegenüber gestanden hätte, sondern in den westlichen Staaten durch eigenständige revolutionäre Kräfte der Übergang zur sozialistischen Transformation angegangen worden wäre. Wir wissen, dass es nicht so war. Geschichte lässt sich nicht umschreiben.

Die »(wenn auch rebellische) Unterwelt der Weltpolitik« hat sich inzwischen weiter entwickelt. Sie zeigt – an der Spitze, wenn auch nicht als einheitliches Lager, die BRICS-Staaten –, dass die Dominanz des US-geführten Westens an engere Grenzen stößt. Perspektivisch, also in historisch langfristiger Sicht ist bisher noch jede Hegemonialmacht (wie z. B. das britische Weltreich) an ihr Ende gekommen.

Die Arbeiterbewegung und die antikapitalistische Linke haben einen schweren Rückschlag erlitten, von dem sie sich bisher noch nicht erholt haben. Die »Zeitenwende« der frühen 1990er Jahre hat schließlich dazu geführt, dass wir heute wieder in einer hochgefährlichen Kriegslage leben. Die »Befreiung vom Faschismus« war ein wichtiges historisches Ereignis, eine ambivalente Ausgangslage für den Kampf um die Verbesserung der politischen Rechte und der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, aber von einem »Tag des Sieges« sollte man nicht sprechen, sondern von Aufgaben, die vor uns liegen.

13.5.2024 ■

Vor 75 Jahren verstarb der kommunistische Theoretiker und Internationalist August Thalheimer

Dezemberanfang 1946 in Habana-Vedado auf Cuba. Bald vierzehn Jahre Exil liegen hinter August Thalheimer, nachdem der Faschismus in Deutschland an die Macht gelangte und mit der Okkupation fast ganz Europas auch ihn aus Frankreich zur Flucht nach Übersee zwang. Obwohl das Naziregime seit anderthalb Jahren nicht mehr existiert, kann der aus Württemberg stammende führende oppositionelle Kommunist seine Rückkehr nach Deutschland seitdem nicht in die Wege leiten. Wenige Monate nach Kriegsende hatte er in seiner Schrift »Die Potsdamer Beschlüsse« scharfe Kritik an der Deutschlandpolitik der Siegermächte in Ost und West geübt. Im Hinblick auf die westlichen Alliierten ist sich Thalheimer darüber im Klaren, welches Hauptmotiv ihre Besatzungspolitik nun leitet: »Nach der zerschmetternden Niederlage des deutschen Imperialismus tritt jetzt der Krieg gegen die Sozialistische Revolution in Deutschland in den Vordergrund.«

Zum eingangs genannten Zeitpunkt bemerkt er in einem Brief an seine Schwester Bertha Thalheimer: »Du kannst Dich darauf verlassen, daß wir alles Menschenmögliche tun, um so bald wie möglich nach Europa zurückzukommen – 5 Jahre Tropenaufenthalt ohne Unterbrechung sind gerade genug. Wenn ich darüber keine Einzelheiten schreibe, so deshalb, weil ich weiß, wie viele Quertreiber hier bereit stehen, einem Knüppel zwischen die Beine zu werfen, wenn sie nur irgendeinen Anhaltspunkt haben. Auch Dir würde ich sehr empfehlen, die demokratische Tugend des Misstrauens im Briefverkehr sehr viel weitgehender zu üben.«



Berta Thalheimer

Doch Ende Juli 1948 hält der Nervenkrieg um die Ausreise immer noch an. Die einleitenden Sätze eines Schreibens an seinen politischen Weggefährten Heinrich Brandler, der Kuba vor Jahresfrist per Schiff Richtung England verlassen konnte, sind deutlich genug: »Ich habe immer wieder verschoben, Ihnen zu schreiben, in der Erwartung, dass die Geschichte mit der Cobanidad in den jeweils nächsten Tagen in Ordnung kommen werde. Und dann auch aus Verdruss, dass immer neue Verzögerungen, Formalitäten usw. auftauchen – trotz aller Versprechungen, Zusicherungen usw. Über die Details zu schreiben, ist zu ekelhaft. Mit ein paar hundert Pesos wäre die Sache sicher längst in Ordnung, aber ich habe sie nicht. So bleibt mir nichts übrig, als den Ochsenweg weiter zu schleichen, bis die Sache endlich klappt...«.

Aber die Hoffnung erfüllte sich nicht. Knapp zwei Monate später, nachmittags am 19. September 1948, erliegt August Thalheimer einem plötzlichen Herzanfall.

In ihrer Rückantwort auf die von Brandler übermittelte Todesnachricht wertet Bertha Thalheimer in Stuttgart zu Oktoberanfang den politischen und persönlichen Verlust: »Für unsere Sache ist das ein schwerer Schlag. Und auch sonst ist es traurig, dass in der allgemeinen geistigen Verwirrung dieser klarste marxistische Kopf nicht mehr zu vernehmen ist. Er ersehnte dringendst seine Rückkehr nach hier, um hier zu wirken und seine literarischen Arbeiten fortzuführen und zum Abschluss zu bringen. Glaube mir, ich wie auch Freunde gaben uns alle Mühe, um seine Rückkehr möglich zu machen.

Aber nicht nur die Bürokratie und die allgemeine Festigung der bürgerlichen Kräfte, sondern ebenso die Arbeiterparteien tragen ihr gerüttelt Schuld an der Unmöglichkeit der Rückkehr von A. Ich kann das durch Einzelheiten nachweisen. Wäre August vor einem Jahr zurückgekehrt, so wäre diese Katastrophe nicht erfolgt. Obwohl nie eigentlich krank, spürte er doch die Unterwühlung seiner Lebenskräfte. Schrieb er doch einmal, länger wie bis 48 kann er nicht auf Cuba bleiben.«

Im Lebensweg August Thalheimers spiegeln sich die Etappen und Brüche des Aufstiegs der kommunistischen Bewegung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wider. Aufgewachsen in einem wohlhabenden Elternhaus, arbeitete Thalheimer nach seinem Studium der Sprachwissenschaft und Völkerkunde seit 1909 als Redakteur beim Parteiblatt der Göppinger SPD und wechselte nach 1912 zum Braunschweiger »Volksfreund«. Von Kriegsbeginn 1914 an unterstützte er den entstehenden »Spartakusbund«, organisatorischer Vorläufer der dann zum Jahresende 1918 konstituierten KPD. In den folgenden heftigen Klassenkämpfen formierte sich die KPD zur Massenpartei und entwickelte mit dem Konzept der Einheitsfronttaktik ab 1922/23 solche politische Stärke, dass wenigstens die erste Welle des konterrevolutionären Ansturms auf die junge bürgerliche Republik gebrochen werden konnte. Weiterreichende Energien konnte oder wollte die



August Thalheimer, 1946 in Havanna

Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft in der Inflationszeit nicht aufbringen. Herausgedrängt aus der Führung der KPD als »Verantwortliche« für die enttäuschten überhöhten revolutionären Hoffnungen des Herbstes 1923, zudem auf der Fahndungsliste der deutschen Polizei, verbrachten Thalheimer und Brandler mehrere Jahre »kominterniert« in der Sowjetunion.

Aus dieser Zeit stammen einige der bekanntesten theoretischen Schriften Thalheimers. Insbesondere sind das seine Kritik am Programmwurf der Kommunistischen Internationale, die Vortragsreihe »Einführung in den Dialektischen Materialismus«, gehalten an der Sun-Yat-Sen-Universität, und der zusammen mit Adam Deborin verfasste Sammelband »Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des Dialektischen Materialismus«.

Nach zugespitzten, noch intern geführten Debatten über den weiteren Kurs der KPD setzten Thalheimer und Brandler in Sorge um die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland ihre Rückkehr nach dort durch und gründeten mit Anderen zur Jahreswende 1928/29 die KPD-Opposition als kommunistische Strömung mit dem Ziel, gemäß dem Konzept der Einheitsfronttaktik eine gemeinsame Abwehrfront der Arbeiterschaft gegen das Krisenelend und den erstarkenden Faschismus zu bilden. Sie befürchteten, dass der eingeschlagene ultralinke Kurs der KPD mit seiner »Sozialfaschismus«-These die Spaltung der Arbeiterbewegung vertiefen und die gemeinsame Niederlage herbeiführen würde.

Angesichts der politischen Lage kam Thalheimer im Mai 1930 zum Schluss: »Der Parlamentarismus ist für das Trustkapital in Deutschland ein Hemmnis, eine Fessel geworden, vor allem, weil er ein bestimmtes Maß von Zugeständnissen an die Arbeiterklasse erfordert (Sozialpolitik, Steuern usw.), weil er ein wesentliches Element der Unsicherheit in die kapitalistische Politik bringt. Die bürgerliche Demokratie ist weiter zur Fessel für die Trustbourgeoisie geworden, weil sie den Boden abgibt für den organisierten Widerstand der Arbeiterklasse.

Man kann die demokratischen Rechte der Arbeiter aber nur aufheben, indem man sie allgemein, für alle Klassen aufhebt. Die Kapitalherrschaft wird dadurch aber nicht geschwächt, sondern gestärkt, an die Stelle direkter aber verschleierte Kapitalherrschaft tritt die indirekte aber offene Kapitalsdiktatur. Sie ist eine stärkere, brutalere Form der Kapitalherrschaft. Ihre moderne Erscheinung ist der faschistische Staat.« (Gegen den Strom, 3.Jg, Nr. 19) Dieses zu verhindern, dazu reicht allein die Agitation und Propaganda für die Einheitsfront der Werktätigen bei weitem nicht aus. Geschlossene Massenaktionen der Arbeiterschaft können nur entstehen, wenn konkrete Tagesziele, Tageslosungen und Forderungen mit Übergangscharakter eine Realisierungschance im Interesse der Beteiligten verheißen. Und anhand ihrer eigenen Kampferfahrungen können sie prüfen, wer oder was ihrem Kampf gegen die Übergriffe des Kapitals schadet oder nützt.

Hierzu bemerkt die aus einem kollektiven Diskussionsprozess hervorgegangene »Plattform« der KPO: *»Die Reformisten haben das Bestreben, die Tageskämpfe der Arbeiter in dem Rahmen zu halten, der mit dem Bestand des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen ‚Ordnung‘ verträglich ist, d.h. diese nicht erschüttert. Dadurch sind sie genötigt, diese Kämpfe möglichst zu vermeiden, ihre Ziele möglichst niedrig zu setzen, sie in ihrer Entfaltung zu hemmen und sie zu verraten, sobald sie in revolutionäre Gleise, d.h. in den Kampf um die Macht überzugehen drohen.*

Die Reformisten gehen in bestimmten Zeitabschnitten sogar dazu über, gemeinsam mit der Bourgeoisie Reformen selbst direkt abzubauen.

Die Kommunisten kennen keine solchen Rücksichten. Sie bestimmen die Ziele der Tageskämpfe nicht entsprechend den Bedürfnissen der Erhaltung der kapitalistischen ‚Ruhe und Ordnung‘, sondern entsprechend der vorhandenen Kampfkraft der Arbeiter. Sie sind bestrebt, die Kampfkraft der Arbeiter zu steigern.«

Selbst die Außerkraftsetzung des Tarifrechts durch den Reichskanzler von Papen im September 1932 veranlasste die Verbandsspitzen des ADGB nicht, den Proteststreik auszurufen, um die überfällige Kraftprobe zu wagen. Thalheimers Mahnungen für einen situationsgerechten Einsatz der an sich noch gegebenen gewerkschaftlichen Kampfkraft verhallten. *»Der politische Einsatz der Gewerkschaften ist der Hammerschlag, der dem gewerkschaftlichen Einzelkampf erst wieder eine Bresche schlagen kann. Er wird den Gewerkschaften nicht nur erst wieder die Bahn für den Lohnkampf freimachen, sondern darüber hinaus in jedem Betrieb das Ringen mit dem Unternehmer um die Leitung des Betriebes eröffnen, um die Weiterführung stillgelegter Betriebe durch Arbeiter und Angestellte, um diesen ersten praktischen Schritt des sozialistischen Auswegs aus der Wirtschaftskrise.«* (»Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus«, 1932)

Als am Abend des 30. Januar 1933 August Thalheimer in einem Brief an den Vorstand des ADGB, der SPD und dem ZK der KPD darauf verwies, dass *»die Aufgabe der Stunde die Proklamation des Generalstreiks zur Beseitigung der Hitlerregierung und der Niederkämpfung der faschistischen Hitlerbanden«* wäre, blieb dennoch die Er-

kenntnis unausweichlich, »den Kampf gegen den Faschismus auch im Wettlauf der Zeit vorerst verloren zu haben.«

Bevor der deutsche Faschismus mit seinem Drang nach »Lebensraum im Osten« sechs Jahre später den Zweiten Weltkrieg auslöste, forderten insbesondere die Niederlagen der Volksfrontpolitik in Spanien und Frankreich neben den geradezu unglaublich abstrusen Schauprozessen und Gewaltmaßnahmen in der Sowjetunion gegen vermeintlichen »Verrätercliquen« Stellungnahmen vom proletarisch-internationalistischen Standpunkt heraus. Im französischen Exil federführend in der Leitung der Internationalen Vereinigten Kommunistischen Opposition (IVKO), bestimmte August Thalheimer zielklare marxistische Positionen und warnte vor der Koalitionspolitik (Volksfront) der »stalinisierten« kommunistischen Parteien mit bürgerlichen Demokraten, deren kapitalistische Eigentumsinteressen konsequente revolutionäre Politik unmöglich machen.

In Bezug auf die Ereignisse in der Sowjetunion durfte die Kritik die langfristigen Wirkungen auf die Zukunft des internationalen Kommunismus nicht ausblenden. Folgende Textpassage diagnostiziert bereits das Kernsyndrom des späteren Verfalls der SU, in der Thalheimer konstatiert, »dass die gegenwärtige Führung der KPdSU mit Stalin an der Spitze nicht gewillt und nicht fähig ist, mit dem System der bürokratischen Selbstherrlichkeit aufzuräumen, sondern dass sie es auf die äusserste Spitze treibt und mit den Methoden der blutigen Gewalt und des ungeheuerlichen Massenbetrugs gegen den wachsenden Druck und die angesammelte Empörung von unten zu halten und zu befestigen sucht. Diese Methoden erschüttern und zersetzen aufs Tiefste das Gefüge der Sowjetmacht. Sie versetzen dem Kommunismus die schwersten Schläge, die ihm irgendwann und von irgendwem versetzt worden sind.« (Büro der IVKO, 1937)

Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges in Europa und Asien veränderte die politische Weltkarte weitreichend. Die Grundkonstellation der Einflussphären hatte sich vereinfacht, damit aber auch verschärft. In Europa behielt diese im Frühjahr 1945 in der Konferenz von Jalta ausgehandelte grobe Grenzlinie von der Elbe bis zur Adria ihre Gültigkeit bis 1990. Imperialistisches und sozialistisches Lager standen sich nun unmittelbar als gegensätzliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme gegenüber. Dieser Gegensatz bedingte die weitere Entwicklung im innen und außenpolitischen Klassenkampf. Für Thalheimer war »der wirkliche Gegensatz (...) die kapitalistische Zielrichtung auf der einen Seite, die sozialistische auf der anderen Seite. Oder hier die Erhaltung des status quo, wo er bürgerlich ist, und damit des bisherigen Machtverhält-

nisses der Klassen, dort die Veränderung des gesellschaftlichen status quo in der Richtung zum Sozialismus und zur Entmachtung der bisher herrschenden Klassen. In beiden Fällen spielt die militärische und wirtschaftliche Gewalt, in offener oder versteckter Form, die entscheidende Rolle.«

Alle Kritik an den »Stalin'schen Methoden der sozialistischen Ausdehnung«, hob Thalheimer in der Broschüre »Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach 1945« hervor, durfte aber nicht vergessen: »Die Sowjetunion hat die Aufgabe der Eroberung Deutschlands nicht willkürlich gewählt. Sie ist die Folge des ihr von Nazi-Deutschland aufgezwungenen Verteidigungskrieges einerseits, des Verzichts darauf, den Krieg als revolutionären Krieg zu führen [aus Rücksicht auf die kapitalistischen Verbündeten, H.Z.], andererseits. Aus dieser Lage sind nur zwei Auswege denkbar: der erste, die rascheste Entwicklung der selbständigen Aktion und der Verteidigungsfähigkeit der arbeitenden Klassen in dem eroberten Lande und dann – Räumung. Der zweite umgekehrte: der Versuch, die Fremdherrschaft im Lande immer mehr auszubauen und dauernd zu machen, mit allem was dazugehört. Dieser zweite Weg könnte nur enden mit einer Katastrophe für das erobernde Land und einer tiefgehenden und lange anhaltenden Schwächung des Sozialismus und Kommunismus.«

Offensichtlich standen der »Staatssozialismus« der Sowjetunion mit seinen barbarischen Zügen in Widerspruch zu allen Vorstellungen, die in westlich-kapitalistischen Ländern als Maßstäbe des Sozialismus im positiven Sinne galten. Aufgrund der verschiedensten Auffassungen zu dieser Frage verstand August Thalheimer es als eine grundlegende Aufgabe, für den Fortgang



Der Vorstand der neugegründeten KPD, August Thalheimer (unten, zweiter von links)

der sozialistischen Gesamtbewegung, deren weitertreibenden Part nach dem Zweiten Weltkrieg wieder die Arbeiterklassen Westeuropas einzunehmen hätten, den Charakter und damit das Verhältnis zur Sowjetunion zu klären. Ob die SU sozialistisch war oder nicht, konnte nur aus ihren materiellen inneren Voraussetzungen begriffen werden und nicht aus Programmen oder Wünschen. Unabweisbar war mit dem wachsenden Kollektiveigentum an Produktionsmitteln und Rohstoffen ein sozialistischer Entwicklungsabschnitt erreicht, dessen Fortgang neue Stufen und somit auch neue Formen des Klassenkampfes hervorrufen würde. (s. Grundlagen der Einschätzung der SU, 1946)

Mehr als einen konjunkturellen Aufschwung von der Dauer eines halben Jahrzehnts erwartete August Thalheimer in der unmittelbaren Nachkriegszeit für den Kapitalismus nicht. Aller Erfahrung nach stand für ihn fest, dass eine konsolidierte bürgerliche Demokratie nur dauerhaften Bestand auf der Basis einer neuen Blütezeit der kapitalistischen Wirtschaft haben konnte. Anzeichen ökonomischer Instabilität schienen das Gegenteil zu bestätigen. Wenige Monate vor seinem Lebensende merkt er an: *»Ist es nicht für den Zustand des Weltkapitalismus im Ganzen höchst bezeichnend, dass das wirtschaftlich stärkste und fortgeschrittenste kapitalistische Land der Welt, die USA, bereits im 3. Jahre nach dem Ende des Weltkrieges in der verstärkten Produktion von Kriegsmitteln den Ausweg suchen muss, um den Abstieg des Exports und der inneren Konjunktur, der bereits eingesetzt hatte, aufzuhalten und so die Wirtschaftskonjunktur künstlich zu verlängern?«* Unterschätzte Thalheimer die Nachfragewirkung eines ausgeweiteten Massenkonsums auf den inneren, damit aber auch weltweiten Märkten wenigstens der entwickelten kapitalistischen Ökonomien? Er schien das nicht völlig auszuschließen, denn bereits Ende November 1946 äußerte er diesbezügliche Überlegungen in einem Brief an seinen dänischen Freund Mogens Boserup: *»Eine gründliche theoretische Auseinandersetzung mit Keynes wäre sehr wünschenswert. Dass ‚Vollbeschäftigung‘ überhaupt unter kapitalistischen Verhältnissen zeitweilig möglich ist, hat ja der Krieg bewiesen (im übrigen schließt jeder Konjunkturzyklus einen Abschnitt der ‚Vollbeschäftigung‘ ein). Die Frage ist: 1) Ist dauernde Vollbeschäftigung unter kapitalistischen Verhältnissen möglich? Wenn ja, 2) welches sind dafür notwendige und zureichende Bedingungen? 3) Was bedeuten die Bedingungen a) für die Arbeiterklasse, b) für die Gesellschaft im ganzen?«*

Tatsächlich begann die Jahrzehnte währende wachsende Integration der lohnabhängigen Bevölkerung in einen immer produktiveren Kapitalismus mit stetig erhöhtem Massenkonsumniveau, aus der die herrschende Ordnung ihre Akzeptanz gewann. Selbst die überwiegende Mehrzahl der Werktätigen in den relativ fortgeschrittensten europäischen sozialistischen Ökonomien ließ sich vom Seitenwechsel in den Kapitalismus nicht abhalten!

Wenn heute erst wieder die gesellschaftlichen Widersprüche sich krasser bemerkbar machen und niemand sich dem entziehen kann, gewinnt die von August Thalheimer vor 75 Jahren gezogene Konsequenz neue Aktualität: *»Die Zeit ist gekommen für eine neue geschichtliche*

internationale Initiative der Arbeiterklassen Mittel- und Westeuropas. Aber das wird sich nicht von heute auf morgen verwirklichen.

Die objektiv gestellte Aufgabe subjektiv zu erfassen, sich dafür vorzubereiten und sie dann in Angriff zu nehmen, wird viel Zeit und Arbeit kosten. Die unmittelbar auszuführende Vorbereitung kann nur bestehen in der Herausbildung solcher kommunistischer Parteien Mittel- und Westeuropas, die fähig sind, ihrerseits die Macht zu erobern, zu halten und schöpferisch anzuwenden.

Die Aufgabe als solche zu erkennen, ist der Anfang zu allem Weiteren.«

Hubert Zaremba, Göttingen ■

Als Ergänzung veröffentlichen wir hier erneut einen kurzen Beitrag aus der Arbeiterpolitik von 1978 anlässlich des 30. Todestags von August Thalheimer:

August Thalheimer, 1947: Sozialistische Revolution in Deutschland

1. Prof. Salvemini, der bekannte italienische Historiker, sagte einmal, daß England und die Vereinigten Staaten zwei Kriege in Italien führten, einen gegen den nationalsozialistischen und faschistischen Imperialismus, den anderen gegen die sozialistische Revolution in Italien.

Dasselbe gilt vom Krieg gegen Deutschland. Es war ein Krieg gegen den deutschen Imperialismus und gleichzeitig ein Krieg gegen die sozialistische Revolution als den möglichen Nachfolger des Naziregimes.

Die Russen waren genötigt, darauf zu verzichten, den Krieg gegen Deutschland als einen offen und klar revolutionären Krieg zu führen. Sie mußten mit ihren Verbündeten Kompromisse schließen.

Es boten sich zwei wirksame Mittel, um eine revolutionäre sozialistische Erhebung gegen das Hitlerregime während des Krieges zu verhindern.

– Die Formel der »bedingungslosen Kapitulation« wurde nicht nur dem Naziregime gegenüber aufgestellt, sondern auch gegenüber jedem nachfolgenden antifaschistischen Regime. Keine Revolution war denkbar mit der Aussicht einer langjährigen militärischen Besetzung Deutschlands, der Vernichtung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit, Annektionen im Osten und Westen, Sklavenarbeit usw. So wurde jeder Revolution ein vernünftiges Ziel genommen.

– Die Benutzung deutscher Generäle durch die Russen. Das verhinderte endgültig die Bildung revolutionärer Kerne innerhalb der regulären Armee, und ohne solche Kerne war es nicht möglich, die SS-Truppen, Gestapo usw. d.h. die gewaltige Terrormaschine der Nazis zu zerstören.

2. Diese zwei Tatsachen erklären vollständig, warum die deutsche Armee bis zum Letzten kämpfte und warum es den Nazis möglich war, die Macht bis zum letzten Moment zu behalten und die traurige Tatsache, daß

das deutsche Volk vom Naziregime an die Alliierten Mächte wie eine Hammelherde übergeben werden konnte.

3. Nach der bedingungslosen Kapitulation hat der Kampf um Deutschland unter den Besatzungsmächten begonnen, d.h. hauptsächlich zwischen den Russen auf der einen und ihren Verbündeten auf der anderen Seite.

Es ist immer noch wahr, was Lloyd George 1917 sagte, daß der Besitz Deutschlands durch Rußland, das heißt die Verbindung der ökonomischen und militärischen Kräfte eines größeren Rußlands und Deutschlands das Übergewicht des Sozialismus für ganz Europa bestimmen wurde: es würde den Sieg des Sozialismus in kurzer Zeit sichern.

Deshalb ist der Kampf um Deutschland, der schon während des Krieges begonnen hatte, entscheidend für das Schicksal des Weltkapitalismus. Daher wird er so hart und so lange wie möglich ausgefochten werden. Das Mindeste, worum es den kapitalistischen Mächten geht, ist möglichst viel Zeit zu gewinnen für das Überleben des Kapitalismus in Deutschland.

4. Es ist nicht möglich, hier eine ausführliche Analyse der Klassenverhältnisse in Deutschland nach der militärischen Niederlage des Naziregimes zu geben. Eine solche Analyse würde zeigen, daß die inneren Klassenverhältnisse Deutschlands vollkommen reif sind

für eine sozialistische Revolution eines höheren Typs als es die russische Revolution war und jetzt ist. Aber infolge der Niederlage ohne eine vorhergehende revolutionäre Erhebung und infolge der vollständigen Besetzung des Landes können die inneren Verhältnisse sich nicht frei auswirken. Die Verhältnisse werden sehr verschieden sein zwischen den von den kapitalistischen Alliierten und den von den Russen besetzten Zonen.

In den kapitalistischen Besatzungszonen werden alle Mittel angewendet werden, um revolutionäre Entwicklungen (sogar bürgerlich-demokratische) zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben und die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft soweit wie möglich zu erhalten für die bisher herrschenden Klassen – alles natürlich in Abhängigkeit von den Besatzungsmächten. Das allgemeine Ziel kann hier bestimmt werden als die Erhaltung eines schwachen und abhängigen kapitalistischen Deutschlands, das nicht leben kann und nicht sterben darf.

Auf die Dauer ist das unmöglich. Aber die kapitalistischen Mächte planen nicht für eine unbegrenzte Zukunft, sondern für die Gegenwart und die allernächste Zukunft.

aus *Arbeiterpolitik* von 1978 ■

BUCHBESPRECHUNG

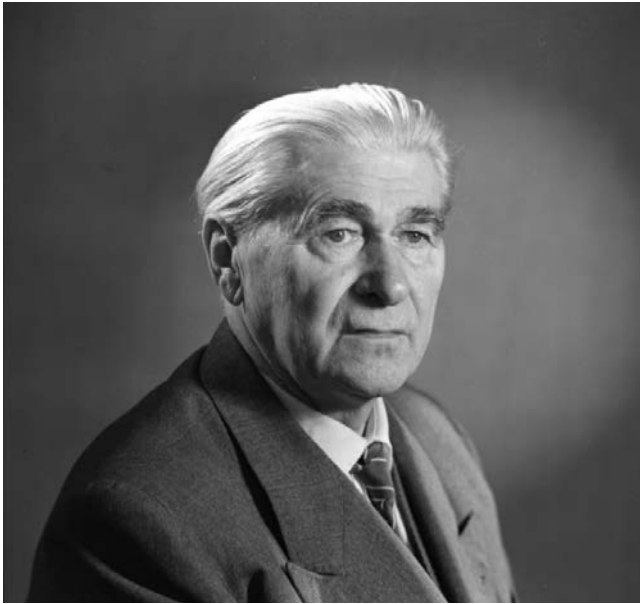
Robert Siewert. Eine Biographie

Von unserer Schwesternzeitschrift Arbeiterstimme übernehmen wir die Rezension zum Buch von Harald Jentsch: »Robert Siewert. Eine Biographie«

Ein Bild von Robert Siewert hängt seit Jahren über meinem Schreibtisch. Deshalb freut es mich besonders, dass mit Harald Jentsch endlich ein kompetenter Autor sich dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit der Arbeiterbewegung angenommen und ihm die gebührende Anerkennung – wenn auch spät – erwiesen hat. Befragt man Leute, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung bewandert sind, nach Robert Siewert, können viele mit dem Namen wenig anfangen. Siewerts Leben ist eng verknüpft mit den Siegen und Niederlagen der revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts. Es war ein dichtes Leben, das Harald Jentsch in nicht weniger als fast 400 Seiten zu packen versucht hat. Das mag in der Fülle manche abschrecken, vor allem in Zeiten, in denen die Mühen des Lesens eher gescheut werden. Deshalb ein Tipp. Wer vor den vielen Seiten zurückschreckt, sollte sich zuerst das Kapitel 8 »Buchenwaldhäftling Nr. 5044 (1938-1945) vornehmen. Im Vorwort heißt es: »Das Buch ist eine literarische Verarbeitung der Erinnerungen Robert Siewerts an Buchenwald, insbesondere seiner Aktivitäten zur Rettung polnischer Kinder, die nach der Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht nach Buchenwald gebracht worden waren.« Es ist kein Zufall, dass in der inzwischen umfangreichen Buchenwalddliteratur Siewerts Name immer wieder auftaucht. So in der Biographie des

Afrodeutschen Gert Schramm, der als Jugendlicher im Steinbruch des KZs Buchenwald keine Überlebenschance gehabt hätte. Siewert lässt ihn dort herausholen. »Diese Schonzeit nach der Schinderei im Steinbruch verdanke ich...Robert Siewert.«¹ Wie konnte der das, war er doch selbst Häftling? Jentsch erklärt das so: »Die politischen Häftlinge des Baukommandos 1 entwickelten sich im Laufe der Jahre zu einer verschworenen Gemeinschaft, die allen Drangsalierungen durch die SS zum Trotz es verstanden, vielen Kameraden neuen Mut zum Leben zu geben und vielen die Lage im Lager zu erleichtern.« Und Robert Siewert war der Kapo dieses Baukommandos, das bis zu 1000 Häftlinge umfasste. Nach diesem Buchenwaldkapitel wird man neugierig und will mehr erfahren. In den ersten drei Kapiteln werden die Kindheits-, und Jugendjahre bis zur zwangsweisen Einziehung zum Kriegs«dienst« im Ersten Weltkrieg geschildert. Die Kapitel vier bis sechs handeln von Siewerts politischer Tätigkeit in der Weimarer Zeit und seinem Ausschluss aus der KPD. Zwei Kapitel sind der Zeit von 1933 bis Kriegsende gewidmet. Nicht zu kurz kommt im neunten Kapitel sein Beitrag als Aktivist der demokratischen Umgestaltung in der SBZ. Das letzte Kapitel handelt von seiner Tätigkeit im Ministerium für Aufbau und seine Rolle in der antifaschistischen Erinnerungskultur. Das Buch schließt mit einem umfangreichen Personenregister. Was

1 Vgl. Schramm, Gerd: Wer hat Angst vorm schwarzen Mann. Mein Leben in Deutschland, Berlin 2011, S. 101.



Robert Siewert 1968 · Quelle: Wikipedia

Harald Jentsch hier vorgelegt hat, ist nicht nur die Biographie eines Repräsentanten der Arbeiterbewegung, der bisher – auch wegen seiner Bescheidenheit – nicht im Rampenlicht stand. Es ist gleichzeitig ein Geschichtsbuch über das 20. Jahrhundert.

Maurer und Aktivist

Wir erfahren im ersten Kapitel wie er in Schwersenz, Landkreis Posen, als ältestes von sieben Geschwistern aufwächst und nach einem Arbeitsunfall des Vaters mit 12 Jahren (!) die Schule verlassen muss, um für die Familie zu sorgen. Diese ist inzwischen nach Berlin umgezogen. Nach verschiedenen Hilfstätigkeiten beginnt er eine Maurerlehre. Er beteiligt sich bereits in dieser frühen Phase an Aktionen gegen die Lehrlingsausbeutung. Nach seiner Gesellenprüfung tritt er mit 18 Jahren in die SPD ein und kommt in Kontakt mit klassenbewussten Arbeitern wie Wilhelm Pieck (1876-1960), dem späteren Präsidenten der DDR und Heinrich Brandler (1881-1967). Beide auf Baustellen unterwegs. Er nimmt an marxistischen Kursen teil und begibt sich immer wieder auf Wanderschaft, die ihn u.a. in die Schweiz führt. Gerade mal Anfang zwanzig begegnet er in Genf Lenin. Eine weitere Wanderschaft mit Fritz Heckert (1884-1936) führt beide u.a. nach Stuttgart zu Clara Zetkin (1857-1933). Zurück in Zürich leitet er den Vertrieb von Arbeiterliteratur, beteiligt sich an Arbeitskämpfen und wird als Rädelführer verhaftet. In Zürich begegnet er Lenin wieder, der bei ihm die neueste Literatur bestellt. 1912 nimmt er als Delegierter am Baseler Friedenskongress der Zweiten Internationale teil. Den Beginn des 1. Weltkriegs erlebt er in Bern als Sekretär des Schweizer Bauarbeiterverbandes für die Westschweiz. In Bern kommt es auch zu einer persönlichen Aussprache mit Lenin »um die Frage zu klären, welches das bessere Mittel für die schnellste Beendigung des Krieges sei: die Kriegsdienstverweigerung oder die organisierte revolutionäre Arbeit in der Armee unter den Soldaten«. Die Schweizer Behörden nehmen Siewert

die Entscheidung ab, indem sie ihn 1915 verhaften und den deutschen Grenzbehörden übergeben. Nach kurzer Grundausbildung ist er an der Ostfront in Litauen und anschließend in Lettland, wo er im Rahmen einer Strafversetzung einem Zug Maschinengewehrschützen zugeteilt wird. Von Anfang an hält er Kontakt zur Spartakusgruppe in Chemnitz und erhält von dort subversive Literatur, die er an seine Kameraden weitergibt. Auch das ein Kapitel, in dem Jentsch einen tiefen Einblick in Siewerts Persönlichkeit gibt. Ausführlich schildert der Autor, wie deutsche Soldaten die beiden russischen Revolutionen an der Front erleben, und welche massiven Vorkehrungen die deutschen Offiziere treffen, um eine Verbrüderung der einfachen Soldaten zu verhindern. Siewert ist immer mitten im Geschehen, geht keinem Risiko aus dem Weg und wird Mitglied eines Soldatenrats. Im Februar 1919 wird die 10. Armee aufgelöst. Als Robert Siewert nach Berlin zurückkehrt, sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bereits ermordet. Da ihn die Schweiz nicht mehr einreisen lässt, geht er zu seinen politischen Freunden nach Chemnitz. Im deutschlandweit stärksten Bezirk der KPD tritt er als Redner bei Großveranstaltungen auf. Später erinnert er sich: »Es war eine bewegte Zeit voller Sprengstoff, Arbeitslosigkeit, Teuerung und Inflation, sie führte zum Hunger breiter Massen und zu lebendigen Abwehrkämpfen.« Im Sommer 1919 wird für Chemnitz der Belagerungszustand ausgerufen. Die Folge davon, viele Tote und Verletzte. Nach der Verhaftung von Brandler und Heckert wird Siewert Polleiter des KPD-Bezirks Erzgebirge. Ein Jahr später kann nur ein Generalstreik einen Erfolg des Kapp-Lüttwitz-Putsches verhindern. USPD-Linke wollen den Generalstreik fortsetzen, doch die Regierungsparteien lehnen ab. Im gleichen Jahr wird Siewert als einer von sechs Abgeordneten der KPD in den sächsischen Landtag gewählt. Dieses Mandat kann er bis 1929 verteidigen. 1922 nimmt er als Delegierter am IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale teil. Die deutsche Delegation bespricht sich mit Lenin. »Es ging um die Orientierung zur Einheitsfrontpolitik gegen eine linkssektiererische Strömung.« Das Jahr 1923 geht als »Deutscher Oktober« in die Geschichte ein. Nach offizieller Geschichtsschreibung von KPD und SED sollen im Herbst 1923 alle Bedingungen für eine Revolution in Deutschland gegeben gewesen sein und nur an der KPD-Führung um Heinrich Brandler und der verräterischen Sozialdemokratie habe es gelegen, dass sie vermasselt wurde. Harald Jentsch widerlegt diese Behauptung in seiner Dissertation^[2] von 2005. Siewert ist ab 1926 für die Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland verantwortlich.

Von der KPD zur KPD(O)

Schon bald gerät er in die innerparteilichen Fraktionskämpfe. Zentrale Kontroversen sind die Sozialfaschismusthese, die Spaltung der Gewerkschaften und überparteilichen proletarischen Massenorganisationen, die innerparteiliche Demokratie in KPD und Komintern und schließlich die kritische Solidarität mit der Sowjetunion. Infolge dieser Auseinandersetzungen werden die sog. Rechten um Brandler und Thalheimer (1884-1948) aus der KPD ausgeschlossen. Siewert wird im Januar 1929

aus der Partei und der Fraktion ausgeschlossen und erst Jahre später im KZ Buchenwald wieder in die KPD aufgenommen. Die Ausgeschlossenen organisieren sich in der KPD-Opposition (KPDO bzw. KPO). Siewerts Sohn Robert wird als 15-jähriges Mitglied des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) ebenfalls ausgeschlossen. Nach dem Reichstagsbrand geht die Führung der KPO ins Ausland, Siewert wird Teil der Inlandsleitung. Bis zu seiner Verhaftung 1935 wechseln sich »Arbeitslosigkeit und Beschäftigung als Maurer miteinander ab« Im Zuchthaus Luckau organisiert er unter den Mitgefangenen politische Kurse zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Nach Verbüßung der Haft wird er auf Anordnung von Reinhard Heydrich ins Konzentrationslager Buchenwald überstellt. Dort trifft er auf viele Mitgefangene, die er von der gemeinsamen politischen Tätigkeit kennt. Es gelingt ihnen, eine illegale, bewaffnete Organisation im Lager aufzubauen und Einfluss zu gewinnen. Jentsch schildert im Kapitel 8, wie sie es geschafft haben, korrupte Kapos auszubooten und die Stellen mit den eigenen Leuten zu besetzen. Nach einer Gedenkfeier für den ermordeten Ernst Thälmann, bei der Siewert die Gedenkrede gehalten hat, werden sie verraten und von der Gestapo brutal verhört. Diese Torturen überlebt Siewert nur knapp.

Neue Aufgaben in SBZ und DDR

Trotz seiner geschwächten Gesundheit und bereits 57 Jahre alt, beteiligt er sich an der demokratischen Umgestaltung in der Sowjetischen Besatzungszone als 1. Vize-

präsident und Innenminister von Sachsen-Anhalt. Als Innenminister ist er auch für die Entnazifizierung, die Schaffung eines neuen Staats- und Verwaltungsapparats und die Bodenreform zuständig. Für alle Leserinnen und Leser von Harald Jentsch Biographie, die den Umgang der SED mit ehemaligen sog. Abweichlern genauer verfolgt haben, wird das Unterkapitel »Kontakt und Beziehungen zu den Genossen der KPD(O)« von besonderem Interesse sein. Im Unterschied zu Theodor Bergmann (1916-2017) und anderen, die davon ausgingen, dass Siewert 1950 »abgesetzt« wurde, stellt Jentsch die Frage: »War die Abberufung eine Degradierung?« Er lässt es offen, da er es nicht »abschließend positiv beantworten« könne. Denn »Siewert wurde keineswegs auf einen einflusslosen Nebenposten abgeschoben«. Mit deutlichen Worten verurteilt er aber generell den schändlichen Umgang mit verdienten Genossen, nur weil sie nicht bedingungslos der jeweiligen Generallinie folgten. Robert Siewert lässt sich auf die geforderte »Selbstkritik« ein, muss sogar noch einmal nachlegen und bekommt eine Beurteilung, die den Autor an eine »Schülerbeurteilung« erinnert. So mit einem Genossen umzugehen, der zehn Jahre Haft in Zuchthaus und Konzentrationslager nur knapp überlebt hat, ist an Schäßigkeit kaum zu überbieten. Zwar rehabilitiert man ihn im Zuge der Entstalinisierung; er wird auch wenige Monate vor seinem Tod als Held der Arbeit ausgezeichnet und mit weiteren Ehrungen bedacht, aber so ganz traut man ihm bis zuletzt nicht. Robert Siewert erliegt mit 86 Jahren am 2. November 1973 einem Schlaganfall. Wenigstens muss er das unrühmliche Ende seines Staates, für den er so viel gegeben hat, nicht mehr erleben.

h.e. ■

Jürgen Schramm (10.12.1949 – 24.1.2024)

Am 27.01. 2024 starb nach langer schwerer Krankheit in Köln unser Genosse und Mitstreiter Jürgen Schramm.

Jürgen Schramm wurde am 10. Dezember 1949 in Berlin geboren. Er wuchs in einem kommunistischen Elternhaus auf. Sein Vater war Mitglied der SEW und der Partei trotz der antikommunistischen Atmosphäre in Westberlin verbunden geblieben. Jürgen schätzte die Standhaftigkeit seines Vaters und dessen Bekenntnis zu kommunistischen Grundsätzen, doch sah er, dass die SEW keinen Spielraum für eine selbständige Politik besaß. Sie war der Westberliner Ortsverband der SED.

Gleiches traf auch auf die DKP zu, die sich Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik gründete. Sie musste, um offen politisch arbeiten zu können, eine Vielzahl von Zugeständnissen machen, damit sie nicht als Nachfolgepartei der 1953 verbotenen KPD eingestuft werden konnte. Zum einen musste sie akzeptieren, sich nur im legalen Rahmen zu bewegen. Ihre Programmatik hatte sie darauf abzustimmen. Zum anderen war sie bedingt durch ihre ideologische Ausrichtung und finanzielle Abhängigkeit von der SED, der Verwaltungspartei der DDR, nur deren westdeutsche Regionalpartei. Die DKP besaß in zentralen Fragen der Politik wie die SEW keine Eigenständigkeit, musste die Interpretation der kommunistischen Ge-

schichte durch die SED akzeptieren und streng den außenpolitischen Interessen der DDR wie der Sowjetunion folgen.

Beide Parteien boten für einen Heranwachsenden wie Jürgen keine Ansatzpunkte, um politisch zu arbeiten. Die Studentenbewegung und die Ende der 60er Jahre beginnenden Aktivitäten in den Betrieben setzten neue Fragen auf die Tagesordnung, denen sich SEW und DKP nur eingeschränkt zu stellen vermochten. So kam Jürgen auf der Suche nach Antworten schon während seines Ingenieurstudiums in die Nähe der Gruppe Arbeiterpolitik, der Nachfolgeorganisation der KPO. Er schloss sich ihr schließlich in Berlin an.

Nach seinem Studium nahm er eine Stelle als Ingenieur bei KHD in Köln an und trat der örtlichen Gruppe bei. Sie hatte Kontakte vor allem zu Kolleg:innen des Öffentlichen Dienstes und zu Gewerkschafter:innen verschiedener Groß- und Kleinbetriebe (u.a. Druckereien, Metall und Chemie in der Region). Sie hatten sich innerhalb des DGBs als oppositioneller Kreis organisiert und bezeichneten sich als »Gewerkschaftler gegen Sozialabbau und gegen Aufrüstung«

Das Ende der Kölner Arpo-Gruppe, zu deren Kern Jürgen bis zum Schluss zählte, erfolgte nach dem Zerfall der Sowjetunion. Die regelmäßigen Treffen der Gruppe »Lin-



ke Gewerkschafter« im DGB-Haus wurden immer weniger. In den folgenden Jahren löste sie sich auf. Damit schwanden die Wirkungsmöglichkeiten der Kölner Gruppe nach außen. Sie schief langsam ein.

Mitte der achtziger Jahre hielt sich Jürgen aus beruflichen Gründen für einige Monate in der Sowjetunion auf. Für den Kölner DGB organisierte er nach seiner Rückkehr eine Reise dorthin. Anfang der 90er Jahre folgte ein »privater« Besuch Russlands, dem sich Mitglieder der Kölner Gruppe anschlossen. Jürgen brachte die gewonnenen Erfahrungen in die politische Diskussion über die Sowjetunion sowohl in gewerkschaftlichen Kreisen als auch in der Kölner Gruppe ein.

Mit dem Einzug der Digitalisierung in die Betriebe stellte Jürgen sich die Frage, ob die neuen Möglichkeiten der Datenverarbeitung und Speicherung auch für die politische Arbeit genutzt werden könnten. Schnell war ihm klar, dass die Arbeit mit dem Computer, vor allem aber die Vernetzung der PCs über das Internet, neue Möglichkeiten für die politische Arbeit erschlossen. Die Kommunikation untereinander wurde dadurch deutlich erleichtert, der Austausch von Informationen und Texten enorm beschleunigt.

Seiner Einschätzung nach brauchte es zukünftig keine privaten Archive mehr. Archivalien, ältere Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften konnten digitalisiert und allen Interessierten im Internet zur Verfügung gestellt werden. Print-Medien, so seine Vision, würde es schon bald nicht mehr geben.

Für die Gruppe Arbeiterpolitik entwickelte er eine Homepage und ein elektronisches Archiv. Dieses frühe Engagement von Jürgen wurde von vielen Mitgliedern der Gruppe Arbeiterpolitik zu Beginn belächelt und mit Kopfschütteln begleitet. Aber wie Jürgen so war, ließ er sich nicht beirren. Er archivierte alle von der Gruppe herausgegebenen Broschüren und fast alle nach 1947 erschienenen Ausgaben der Zeitung ‚Arbeiterpolitik‘. Sie sind bis heute zugänglich. Ferner scannte er die Zeitung der KPO, »Gegen den Strom«, die Zeitschrift der IVKO »Der Internationale Klassenkampf« und fast alle Jahrgänge des Organs der KPO Elsass »Arbeiterpolitik«.

Jürgen pflegte die Homepage in den folgenden Jahren, stellte neue Ausgaben der Arbeiterpolitik ein und beo-

bachtete die Zugriffe auf die Artikel. Stolz vermerkte er in seinen Quartalsberichten, dass das Interesse am Archiv ständig wuchs.

Mit dem Zerfall der linken Zusammenhänge begann sein Engagement bei den Naturfreunden. Anfang des Jahres 2000 trat er der Organisation bei. Schon bald übernahm er Funktionen. Von 2004 bis 2006 war er in der Kölner Ortsgruppe Beisitzer für den Bereich Kommunikation, von 2006 bis 2012 deren 2. Vorsitzende und von 2012 bis 2021 deren 1. Vorsitzende. Er prägte eine Vielzahl von sozialpolitischen Veranstaltungen in Köln, sorgte für die Stabilisierung des Mitgliederbestandes und den nicht immer einfachen Übergang von der älteren zur jüngeren Generation. Er setzte sich für den Erhalt der Häuser des Verbandes ein und stemmte sich erfolgreich gegen jeden Versuch, sie zu privatisieren.

Auch das scheinbar Private war für Jürgen ein Teil des gemeinschaftlichen Lebens. Eine weite Reise nach Italien und Griechenland mit der Vespa dokumentierte er auf seiner Homepage. Über seine Erlebnisse schrieb er einen längeren Text, ganz gegen seine Gewohnheiten. Alle anderen Beiträge auf seiner Homepage zeichneten sich durch einen spartanischen Informationsstil aus. Z. B. waren die Hinweise auf seine sonstigen Interessen und Lebensgewohnheiten äußerst knapp formuliert.

Jürgen hatte, nunmehr Mitarbeiter der Bayer-AG in Leverkusen, die Möglichkeit, frühzeitig aus dem aktiven Berufsleben auszuschcheiden. Mit 55 Jahren nahm er ein Abfindungsangebot seines Arbeitgebers an. Er wollte die letzten Jahre seines Lebens selbstbestimmt nutzen.

Er betreute u.a. im heimischen Köln die Homepage alternativer Gruppen und vermittelt seine Computerkenntnisse im Seniorennetzwerk Holweide an Rentner.

Jürgen wurde von seinem Vater so erzogen, dass er sich im Leben auf das Wesentliche konzentrieren sollte und das war die Eigentumsfrage. Dies hieß für ihn, dass er das alltägliche Leben als politisches verstand. Nach seiner Überzeugung konnte man selbst im »falschen« Leben etwas »Richtiges« machen. ‚Richtig‘ war für Jürgen das Engagement in einem Wohnprojekt und später in einer Genossenschaft. Hier konnte man lernen, gemeinschaftlich Entscheidungen in einer wesentlichen Frage des Lebens zu treffen und sich bis zu einem gewissen Grad den unerbittlichen Zwängen der kapitalistischen Verwertungslogik entziehen. Beide Engagements betrieb Jürgen in gewohnt konsequenterweise. Seine hier gewonnenen Erfahrungen und sein fachliches Wissen gab er in Kursen an der VHS sowie in anderen Initiativen weiter.

Vor etwa fünf Jahren erkrankte Jürgen schwer. Seine Kommunikationsmöglichkeiten waren stark eingeschränkt. Die Kontakte zur Gruppe Arbeiterpolitik schwanden. Jürgen Schramm starb am 20. Januar 2024.

H.B. und Kölner Genoss:innen, 23.05.2024. ■

Als wir verfolgt wurden,
war ich einer von euch.
Wie kann ich das bleiben,
wenn ihr Verfolger werdet?

Eure Sehnsucht war,
wie die anderen Völker zu werden
die euch mordeten.
Nun seid ihr geworden wie sie.

Ihr habt überlebt
die zu euch grausam waren.
Lebt ihre Grausamkeit
in euch jetzt weiter?

Den Geschlagenen habt ihr befohlen:
„Zieht eure Schuhe aus“.
Wie den Sündenbock habt ihr sie
in die Wüste getrieben

in die große Moschee des Todes
deren Sandalen Sand sind
doch sie nahmen die Sünde nicht an
die ihr ihnen auflegen wolltet.

Der Eindruck der nackten Füße
im Wüstensand
überdauert die Spuren
eurer Bomben und Panzer.

ERICH FRIED, 1974



Die revolutionäre 1. Mai-Demonstration Berlin stand im Zeichen des israelischen Krieges gegen die Bevölkerung im Gazastreifen.